

Nationalratswahl am 1. Oktober

Nachdem der Nationalrat in seiner letzten Sitzung vom 14. Juli einen Auflösungsbeschluß gefaßt hatte, beschloß der Ministerrat am 25. Juli die Festlegung der Nationalratswahl für den 1. Oktober.



Markus Hammer

Hans Winkler (StS im Außenministerium), Sigisbert Dolinschek (StS im Sozialministerium), Eduard Mainoni (StS im BM für Verkehr, Innovation und Technologie), Alfred Finz (StS im BM f. Finanzen), Helmut Kukacka (StS im BM für Verkehr, Innovation und Technologie), Franz Morak (StS für Kunst und Medien), Günther Platter (BM für Landesverteidigung), Josef Pröll (BM für Land- und Forstwirtschaft), Elisabeth Gehrer (BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur), Karl-Heinz Grasser (BM für Finanzen), Vizekanzler Hubert Gorbach (BM für Verkehr, Innovation und Technologie), Ursula Plassnik (BM f. auswärtige Angelegenheiten), Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Liese Prokop (BM für Inneres), Ursula Haubner (BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz), Maria Rauch-Kallat (BM für Gesundheit und Frauen), Karin Gastinger (BM für Justiz), Wilhelm Molterer (ÖVP-Klubobmann), Karl Schweizer (StS für Sport) und Herbert Scheibner (Klubobmann des BZÖ)

Ein Vier-Parteien-Antrag auf vorzeitige Beendigung der XXII. Gesetzgebungsperiode bzw. der Bericht des Verfassungsausschusses dazu bildeten am 14. Juli 2006 im Nationalrat die Grundlage einer Debatte, in der von den Rednerinnen und Rednern aller Fraktionen nicht nur – vor einer dicht besetzten Regierungsbank – Bilanz gezogen, sondern auch die Positionen für die Wahlwerbung vor den Nationalratswahlen am 1. Ok-

tober skizziert wurden. Der Auflösungsbeschluß des Nationalrats fiel einstimmig aus.

Molterer: Österreich steht heute besser da

Abgeordneter Wilhelm Molterer, er ist auch Klubobmann der ÖVP, zog als erster Redner eine positive Bilanz über die Arbeit der Bundesregierung und eröffnete seine

Wortmeldung mit der Feststellung, Österreich stehe heute besser da. In den letzten sechs Jahren habe das Land gewonnen, sein Ansehen in der Welt sei gewachsen, Österreich sei Dank dieser Bundesregierung sicherer, moderner und menschlicher geworden.

Inhaltsverzeichnis	Seite 3
Impressum	Seite 66

Die Regierung sei, so Molterer weiter, offen an die Probleme herangegangen und habe den Mut gehabt, auch heiße Eisen anzugreifen. Die Koalition habe gestaltet und nicht verwaltet, betonte Molterer. Als Leitlinien für die Erfolge nannte er klare Zielsetzungen in Richtung Leistungsfähigkeit, so-



VP-Klubobmann Wilhelm Molterer
Foto: HOP-Media

ziale Verantwortung und ökologische Verträglichkeit. Der Regierung sei es dabei gelungen, den Haushalt zu sanieren, die Bürger zu entlasten, eine Trendwende am Arbeitsmarkt zu schaffen, in der Altersvorsorge mit dem Drei-Säulen-Modell einen wesentlichen Schritt zu gehen und in der Familienpolitik durch das Kindergeld und die Elternteilzeit Meilensteine zu setzen.

Als große Herausforderung für die nächste Legislaturperiode sah Molterer vor allem die Beschlußfassung einer neuen Verfassung für Österreich, aber auch die Schaffung klarer Spielregeln für die Zuwanderung und Integration. Die Europapolitik wiederum dürfe nicht den Populisten geopfert werden.

Die ÖVP wolle auch nach dem 1. Oktober diesen Erfolgsweg durch eine starke bürgerliche Mitte sichern und werde alles unternehmen, um eine rot-grüne Risikowende von Österreich fernzuhalten. Österreich sei bei Kanzler Schüssel in guten Händen, dies solle auch so bleiben, schloß Molterer.

Gusenbauer: Österreich hat sich Besseres verdient

SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer bezeichnete das Kabinett Schüssel als Regierung der Rekordarbeitslosigkeit und der höchsten Jugendarbeitslosigkeit in der Geschichte Österreichs und rief Molterer auf, angesichts von einer Million Armutgefährdeter und 400.000 Menschen in akuter Armut nicht so zu tun, als ob für alle Menschen in

Der Nationalratspräsident zog Bilanz

Nationalratspräsident Andreas Khol zog am Ende der letzten Nationalratsitzung vor der Sommerpause Bilanz über die zu Ende gehende Gesetzgebungsperiode. Dabei wandte er sich erneut dagegen, die Anzahl der Reden von Abgeordneten als Benchmarking für die Qualität ihrer Arbeit heranzuziehen. Das werde der vielfältigen Parlamentsarbeit nicht gerecht, betonte er. Daß die Arbeit des Parlaments von Konflikt und Konsens geprägt war, zeigt Khol zufolge die Tatsache, daß rund 50 Prozent der Gesetzesbeschlüsse einstimmig beschlossen wurden.

Insgesamt hat der Nationalrat in den vergangenen vier Jahren 161 Plenarsitzungen, mehr als 400 Ausschusssitzungen und über 100 Unterausschusssitzungen abgehalten. Dazu sind rund 4500 schriftliche Anfragen eingebracht worden. Zu diesem „erkecklichen Arbeitspensum“ komme, so Khol, noch die persönliche Wahlkreisarbeit der Abgeordneten.

Äußerst erfolgreich war Khol zufolge das Projekt „Offenes Parlament“. Die neue Rampe und der neue Zentraleingang hätten sich bewährt, unterstrich er. So habe sich die Besucherzahl im Hohen Haus verdoppelt, bis zum Juli seien mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher ins Parlament gekommen. Auch die Parlaments-Website mit Millionen von Zugriffen sei Teil des offenen Parlaments.

International federführend ist das öster-



NR-Präsident Andreas Khol
Foto: Helmreich Fotografie

reichische Parlament bei der elektronischen Gesetzgebung. „Ganze Wälder“ bräuchten nicht mehr abgeholzt zu werden, weil parlamentarische Materialien und Unterlagen über das Internet verteilt würden. Für das nächste Jahr kündigte Khol den Beginn der Umbauarbeiten im Plenarsaal an.

„Nicht ganz erreicht“ wurde laut Khol das Ziel, der Bevölkerung durch eigene EU-Plenarsitzungen Europapolitik besser zu erklären und näher zu bringen. Hier müßte sich die nächste Präsidialkonferenz Verbesserungen überlegen. Dafür sei es gelungen, die nationalen Parlamente durch Vorprüfungen stärker in die EU-Rechtsetzung einzubinden, zeigte sich Khol erfreut.



SP-Vorsitzender Alfred Gusenbauer
Foto: SPÖ/Peter Rigaud

Österreich alles in Ordnung wäre. Neben der Arbeitsmarktpolitik war auch die Steuerpolitik ein wesentlicher Kritikpunkt Gusen-

bauers. Die Steuerreform habe keinerlei Kompensation für die Belastungen der letzten sechs Jahre gebracht, 800 Konzerne seien die Hauptprofiteure, die große Mehrheit der Bevölkerung habe hingegen nichts von den Maßnahmen gehabt. Die SPÖ verfolge eine Steuerpolitik, bei der alle am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben, und nicht nur einige wenige, bei der die Durchschnittsverdiener und die kleinen Betriebe, die in Österreich investieren, entlastet werden, unterstrich Gusenbauer.

Das, wie er sagte, größte Scheitern der Bundesregierung ortete der SP-Klubobmann in der Bildungspolitik, wobei er der Koalition ideologische Verzopftheit vorwarf. Die ÖVP stehe für Bildungsabbau, größere Klassen, weniger Lehrer und weniger Chancen, die SPÖ hingegen verfolge eine Bildungspolitik, die die individuelle Begabungsförde-

Innenpolitik

nung sicherstellt und eine wahlweise Ganztagschule beinhaltet.

Heftige Kritik übte Gusenbauer weiters auch an der Gesundheitspolitik – er warf der ÖVP einen Weg in Richtung Zweiklassenmedizin vor –, und an der Pensionspolitik, die seiner Meinung nach von Pensionskürzungen gekennzeichnet war. Insgesamt meinte der Redner, Österreich habe sich Besseres verdient, am 1. Oktober habe die Bevölkerung die Wahl dazu.

Scheibner: Wahl wird Richtungsentscheidung

BZÖ-Klubobmann Herbert Scheibner blickte noch einmal auf das Jahr 2000 zurück, und warf Gusenbauer vor, damals das Champagnerglas auf die gewalttätigen Demonstrationen geschwenkt zu haben. Für die



Herbert Scheibner
Klubobmann des BZÖ
Foto: BMLV

Bundesregierung sei es hingegen darum gegangen, den Scherbenhaufen der SPÖ zu beseitigen, den Rekordschuldenstand abzubauen und eine Wende zu schaffen.

Die Koalition habe die Pensionen erhöht und insbesondere für Frauen mehr Pensionsgerechtigkeit ermöglicht, sie habe die Familien mit dem Kindergeld gestärkt und durch die Steuerreform die Bürger entlastet, in der Asylpolitik sei es gelungen, Mißbrauch zu verhindern. In der Zukunft werde die Regierung vor der Herausforderung stehen, das Gesundheitssystem auf neue Beine zu stellen, ohne dabei nach dem SPÖ-Konzept bloß die Beiträge zu erhöhen. In der Verfassungsdiskussion sei eine moderne Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern gefragt, moderne Ansätze forderte er auch im Familien- und Eherecht. In der Sicherheitspolitik bekannte er sich zur vollen Teilnahme Österreichs an einer europäischen Si-

cherheits- und Verteidigungskomponente und erteilte populistischen Tendenzen eine klare Absage. Am 1. Oktober gehe es um eine Richtungsentscheidung zwischen einer SPÖ, die, wie es Scheibner ausdrückte, bloß eine Rückkehr zur Schlafwagenpolitik, bei der sie die Posten unter sich aufteilt, anstrebt, und der Fortsetzung einer bürgerlichen Koalition, die Verantwortung für Österreich übernimmt.

Van der Bellen: Regierung mit ihrem Latein am Ende

Der Bundessprecher der Grünen, Prof. Alexander Van der Bellen, begrüßte die Verlegung der Nationalratswahl auf 1. Oktober. Die Regierung sei offenkundig „mit ihrem Latein am Ende“, sagte er. „Der Saft ist ausgegangen und der Tank ist leer.“ Vorhandene gute Ideen wie etwa jene von Justizministerin Gastinger im Bereich des Familienrechts würden nicht umgesetzt. Er stimme der Analyse zu, daß Österreich wunderbar sei, erklärte Van der Bellen, „wir alle lieben dieses Land“, Österreich sei aber nicht wunderbar, weil es von ÖVP und Freiheitlichen regiert würde.

Im Wahlkampf werden die Grünen Van der Bellen zufolge das hervorheben, worauf sie schon zuletzt immer wieder hingewiesen hätten. Insbesondere trat er für mehr Investitionen im Bereich der Bildung und der Ausbildung, mehr Chancen für Frauen, eine moderne und effiziente Energiepolitik, mehr Unterstützung für neue Selbständige und

Ein-Personen-Unternehmen sowie eine effizientere Bekämpfung der Armut in Österreich ein. Die Grünen würden sich allerdings nicht am Schüren von Ausländerfeindlichkeit beteiligen, versicherte Van der Bellen und übte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an FPÖ und BZÖ.

Als wichtiges Anliegen nannte der Chef



Alexander Van der Bellen
Bundessprecher der Grünen
Foto: Grüner Klub

der Grünen auch die Unabhängigkeit des ORF. Die Glaubwürdigkeit im Informationsbereich sei das größte Kapital des ORF, skizzierte er, werde dieses Kapital verspielt, stehe auch die ökonomische Lebensfähigkeit auf dem Spiel. In Bezug auf die BAWAG-Affäre unterstützte Van der Bellen den Vorschlag von SPÖ-Chef Gusenbauer, wonach ÖGB-Spitzen nicht im Nationalrat sitzen sollen.

Aus dem Inhalt

NR-Wahl: Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien	6	100 Jahre Führerschein	36
Nationalratswahl am 1. Oktober: Darauf müssen Sie achten!	8	Drei Achterl täglich ...	37
Sozialfall Altenpflege	11	100 Jahre Taurachbahn	38
Es wird immer schwieriger, neue Bürgermeister zu finden	15	Bärennachwuchs in Österreich	39
Außenpolitik konkret	16	Elektr. Strom heilt Wunden	40
Österreich als Verhinderungsweltmeister?	18	A. Wrabetz neuer ORF-General	42
Rettung aus dem Krieg	20	A. Netrebko ist Österreicherin	44
Konjunkturaufschwung festigt sich	21	Sigmund Freud	46
Industrie treibt Konjunktur	23	Salzburger Gwand u. Trachten	48
Wien beschleunigt Wachstum	24	Festschloß Hof	50
Hotellerie mit leichtem Plus	27	Flucht nach Wien - Ungarn '56	53
RZB zählt zu den 100 größten Banken der Welt	28	Spätgot. Plastik f. Innsbruck	54
Die neue Business Class von Austrian Airlines	29	Miraculum, ein Hexentanz	55
Auch am Sonntag shoppen?	31	Brandauer inszeniert Brecht	56
Ein Brückenmythos wird 130	32	Linzer Klangwolke	58
Fahrgäste wählen Linz zum schönsten Bahnhof	35	Wienerliedfestival Wean hean	60
		Festival Musica Sacra 2006	61
		Das klingende Mozart-Mobil	62
		Egerländer Musikanten in der New Yorker Carnegie Hall	63
		Weinherbst Niederösterreich	64
		Golfen in Vorarlberg	65

Schüssel: Programm zu 98 % abgearbeitet

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zog eine positive Bilanz über die vergangenen vier Jahre. Die abgelaufene Gesetzgebungsperiode gehöre zu den spannendsten in der 2. Republik, meinte er und verwies auf markante Eckpunkte wie die historische EU-Erweiterung um zehn neue Mitglieder im Jahr 2004, die Terroranschläge in London und Madrid sowie die Gaskrise zwischen Rußland und der Ukraine. Österreich habe sich sehr gut auf Seiten des Friedens positioniert, sagte der Kanzler.



Bundeskanzler Wolfgang Schüssel
Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Daß die Regierung mit ihrem Latein am Ende sei, wies Schüssel strikt zurück. Vielmehr seien von 100 Punkten im Regierungsprogramm 98 abgearbeitet und umgesetzt worden. Offen geblieben sei lediglich das Bundesmitarbeitergesetz und die Erarbeitung einer neuen Verfassung, wobei man in der nächsten Gesetzgebungsperiode, so Schüssel, auf den vorliegenden Vorschlägen aufbauen könne.

Zu den Erfolgen der Regierung zählte Schüssel unter anderem die Schaffung von 124.000 neuen Arbeitsplätzen, die Pensionsharmonisierung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Steigerung der Akademikerquote und die Senkung der Abgabenquote. Konkret habe man etwa die Zahl der ganztägigen Kindergartenplätze von 40.000 auf 70.000 steigern können, 18 Prozent der Bevölkerung hätten mittlerweile einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluß. Im Bereich der Umwelt seien 180 Mio. Euro zusätzlich in den Klimaschutz investiert und Dieselpartikelfilter eingeführt worden. „Nobody is perfect“, so Schüssel,

Kommt eine große Koalition?

War bisher noch alles, nun ja, fast alles, möglich, was die Zusammensetzung einer künftigen Bundesregierung anbelangt, scheint durch die Entscheidung von Hans-Peter Martin, für den Nationalrat zu kandidieren, manches einfacher geworden zu sein.

Gehen wir einfach davon aus, daß es dem klubfreien EU-Mandatar gelingen wird, die für die Kandidatur notwendigen 2600 Unterstützungserklärungen zusammenzubringen. Wenn ihn, wie er sagt, Tausende seit Jahren bedrängen, in Österreichs Innenpolitik zurückzukehren, sollte das ja kein echtes Problem für ihn darstellen.

Also Martin steigt in den Wahlkampf, kann sich, so wie zur EU-Wahl 2004, des guten Willens von „Krone“-Chef Hans Dichand sicher sein. Der hat ihm in einer „Sonntag-Krone“ eine ganze Seite für die Darstellung seiner politischen Überlegungen zur Verfügung gestellt.

2004 hat Martin – aus dem Stand heraus – mit der „Liste Dr. Hans-Peter Martin – für echte Kontrolle in Brüssel“ immerhin fast 350.000 Stimmen (13,98 %) erreicht. An diesen hohen Anteil ist bei der Wahl am 1. Oktober keinesfalls zu denken. Meinungsforscher räumen ihm aber beste Chancen ein, in den Nationalrat einzuziehen, sprechen von möglichen 7 bis 9 Prozent.

Das kann drastische Auswirkungen auf die Zusammensetzung einer künftigen Regierung haben. Hans-Peter Martin setzt mit seinem Wahlprogramm vorrangig auf Themen, die teilweise von der SPÖ, vom BZÖ und der FPÖ besetzt sind (will heißen, daß der „kleine, ehrliche, aufrechte Mann“ vor allerhand Unbill geschützt werden muß, sei es, daß diese durch die EU-Ausländer oder, wahlweise, von der jeweils anderen Partei droht; auch, oder vor allem, wenn diese in der Regierung sitzt). Für die SPÖ kommt erschwerend hinzu, daß Martin, als ehemaliger SP-Funktionär, möglicherweise bei vielen Sympathien finden könnte, die wegen des BAWAG/ÖGB-Skandals und der noch andauernden Nachwehen den Sozialdemokraten den Rücken kehren könnten. Zumindest als Ausdruck vorübergehenden Protestes. Und das sind just die Wählerinnen und Wähler, die sich BZÖ

und FPÖ zur Absicherung der jeweiligen parlamentarischen Zukunft „angeln“ wollen. Man kann gespannt sein, wie diese „Fischzüge“ ausgehen werden.

Eines steht jedenfalls ziemlich fest: Das Ziel der FPÖ, drittstärkste Kraft im Lande zu werden, scheint nicht realistisch, dieser Platz wird wohl von den Grünen beansprucht werden. Wie sich dann die Ränge vier, fünf und – wenn überhaupt – sechs darstellen werden, zeigen erst die nächsten Wochen. Dem BZÖ macht das Antreten Martins mit Sicherheit mehr Kopfzerbrechen als der SPÖ. Denn letztere könnte es sich – natürlich rein rechnerisch – leisten, zwei oder drei Prozent an Martin abzugeben. Sollte Martin vom BZÖ erhoffte Wählerschaft in dieser Größenordnung für sich mobilisieren können, wäre das das Aus für den Einzug des derzeitigen Junior-Koalitionspartners.

In einem sind sich viele Kommentatoren einig: Für eine Neuauflage der Koalition ÖVP-BZÖ wird es mit ziemlicher Sicherheit nicht reichen. Die FPÖ hat sich bereits auf ihre Oppositionsrolle festgelegt, mittlerweile ist unter den bis vor zwei Jahren einigen Freiheitlichen ein massiver Streit über Weiterverwendung eben jenes Namens ausgebrochen. Die Führung des BZÖ hat sich kurzerhand entschlossen, bundesweit als „Die Freiheitlichen – Liste Westenthaler – BZÖ“ zur Nationalratswahl anzutreten. Das erboste nicht nur die Parteispitze der FPÖ, die ihrerseits die Urhebererschaft auf den Parteinamen in Anspruch nimmt. Jedenfalls hat FP-Obmann Heinz-Christian Strache bereits angekündigt, die Wahl beim Verfassungsgericht anzufechten, sollte der FPÖ der dritte Listenplatz auf dem Wahlzettel streitig gemacht werden.

Eine Koalition von SPÖ und Grünen mit FPÖ oder BZÖ sind absolut ausgeschlossen. So bleiben also „nur“ die Varianten SPÖ-Grüne, ÖVP-Grüne und, wie es viele Österreicherinnen und Österreicher gerne sähen, eine Koalition der beiden Großen. Nur, wie ein VP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit einem SP-Vizekanzler Alfred Gusenbauer, oder umgekehrt, auskommen würde, darüber wird – derzeit – nicht einmal von den Kommentatoren nachgedacht.

Michael Mössmer

Innenpolitik

„aber schlecht ist diese Bilanz sicher nicht“.

Schüssel verwies darüberhinaus auch auf „gewaltige Weichenstellungen“ im Gesundheitsbereich, die Gründeroffensive im Wirtschaftsbereich mit 31.000 Firmenneugründungen, die Senkung der Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Verkürzung des Zivil- und des Wehrdienstes, die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie und weitere Schritte zur Steigerung der Sicherheit. Gleichzeitig habe man die Finanzen „im Griff“. Läßt man die Schuldentrückzahlungen außer Acht, hat man nach Darstellung des Bundeskanzlers in vier



FPÖ-Generalsekretär
Bundesrat Harald Vilimsky
Foto: FPÖ

Jahren einen Primärüberschuß von 20 Mrd. Euro erzielt. Auch EU-Daten und internationale Studien zeigten, daß Österreich nicht schlecht dastehe. Es sei, so Schüssel, eine gute Basis für zukünftige Politik da.

Allgemein hielt der Bundeskanzler fest, die ÖVP spreche keiner politischen Partei in Österreich die Reife ab. Es sei wichtig, daß man mit allen reden könne, die Opposition habe die Politik mit vielen Anregungen und Ideen bereichert. „Bewahren wir uns das auch in der Wahlwerbung“, sagte Schüssel, der für seine Ausführungen lang anhaltende Standing Ovationen von der ÖVP erhielt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Auflösung des Nationalrates einstimmig angenommen.

Vilimsky: Besser Ende mit Schrecken

FPÖ-Generalsekretär Bundesrat Harald Vilimsky meinte, ein „Ende mit Schrecken“ sei besser „als ein schwarz-oranger Schrecken ohne Ende“. Die FPÖ begrüße, daß „Schüssel endlich das Handtuch wirft und

Österreicher die Karten neu mischen können.“ Das Kabinett Schüssel II nehme endlich den Hut und räume die Bahn für vorgezogene Neuwahlen. Das sei gut, „denn diese Regierung hat ohnehin nichts mehr zustande gebracht“. Vilimsky sprach von Rekordarbeitslosigkeit, Rekordinsolvenzen und einer

Rekordzahl von Sozialhilfebeziehern in Österreich. Die Regierung sei durch die künstlich geschaffene ÖVP-Satellitenpartei BZÖ ohnehin nicht demokratisch legitimiert. Es sei somit ein Akt der Demokratiehygiene, daß die Österreicherinnen und Österreicher die Karten neu mischten. ■

Fällt die Erbschaftsteuer?

Die antiquierte und komplexe Erbschafts- und Schenkungssteuer soll abgeschafft werden

Die Diskussionen um ein VfGH-Urteil zum Thema der Einheitswerte würde vor allem auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer massiv betreffen. Entlastung der Österreicherinnen und Österreicher, sowie die Vereinfachung des Steuersystems sind die erklärten Ziele von Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der dazu feststellt: „Gleichzeitig die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten und das Steuersystem vereinfachen funktioniert am besten, wenn man bestimmte Steuern einfach als ganzes abschafft. Darum bin ich auch dafür, daß das antiquierte Instrument der Erbschafts- und Schenkungssteuer als solches aufgehoben wird.“

SPÖ-Budgetsprecher Christoph Matznetter sieht in Grassers Vorschlag nichts anderes als „Steuerfreiheit für die Großgrundbesitzer und die Reichen und Abkassieren bei den Besitzern von Einfamilienhäusern und bei den kleinen Sparam“. Überdies würden die Privatstiftungen zusätzlich begünstigt werden. Stiftungen würden dann die einzig relevante Steuer, die sie derzeit zu zahlen hätten, auch nicht mehr zahlen müßten, so Matznetter.

Matznetter erinnerte daran, dass durch die Erbschaftssteuer rund 140 Mio. Euro hereinkämen. „Das entspricht in etwa der Summe, die die Studiengebühren ausmachen. Wenn Grasser auf 140 Millionen verzichten kann, dann soll er das bei den Studiengebühren machen“, fordert der SPÖ-Politiker.

BZÖ-Bündnisobmann Peter Westenthaler stellte fest, nachdem sich ÖVP-Chef Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zuletzt gegenüber dem Magazin „Format“ für die Einführung der vom BZÖ seit langem geforderten einheitlichen Unternehmensbesteuerung, der sogenannten „Business Tax“, ausgesprochen habe, übernehme Finanzminister Karl-Heinz Grasser mit seiner Ankündigung, die Erbschaftssteuer abschaffen zu wollen, eine

weitere Forderung des BZÖ. Natürlich begrüße es das BZÖ, wenn nun wahlkampfbedingt wieder eine Forderungen vom Regierungspartner übernommen werde. Beides, sowohl die Einführung einer einheitlichen Business Tax von 25 Prozent wie auch „die Abschaffung der Erbschaftssteuer, die sich längst überholt hat und überdies mehr kostet als sie bringt, sind langjährige Forderungen des BZÖ“, sagte Westenthaler.

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobermann Norbert Hofer fordert im Zusammenhang mit der derzeitigen Prüfung der Berechnung der Erbschaftssteuer für Liegenschaften durch den Verfassungsgerichtshof die Abschaffung der Erbschaftssteuer für die Steuerklasse 1 und 2 bis zu einer Luxusgrenze von 500.000 Euro.

„Die Eltern haben in der Regel von dem bißchen Geld, das ihnen der Fiskus gelassen hat, oft über Jahrzehnte gespart, um sich ein Eigenheim zu erwirtschaften, in dem die Kinder aufwachsen können. Sie haben bei den Anschaffungen im Rahmen der Bauarbeiten oder bei der Einrichtung wiederum Steuern bezahlt. Und jetzt, wenn das Elternhaus oder die Wohnung an die Kinder geht, greift der Finanzminister den Menschen wieder in die Tasche. Das ist eine Abzocke und muß abgestellt werden.“

„Sehr skeptisch“ zeigt sich der Bundessprecher der Grünen Alexander Van der Bellen. In Österreich gebe es im EU-Vergleich ohnehin einen „verschwindend geringen Anteil“ derartiger Abgaben, er sehe keinen unmittelbaren Grund, auf diese Reste überhaupt zu verzichten. Der Budgetsprecher der Grünen Werner Kogler, erklärte, die „kleinen Erben und Häuselbauer müssen steuerfrei gestellt, dafür die Stiftungen in die Ziehung genommen werden“. Er könne sich eine Vermögenswertgrenze ab 350.000 Euro vorstellen. ■

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – das BZÖ

Mit dieser Darstellung der Politik von »Die Freiheitlichen – Liste Westenthaler – BZÖ« setzen wir unsere Serie fort, die Ihnen – vor der Nationalratswahl die Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

Ohne BZÖ gibt es linkes Österreich

Eines ist klar: Ohne uns in der Regierung gibt es ein linkes Österreich. Egal ob Rot-Grün oder Rot-Schwarz, in beiden Fällen gibt es in Fragen des Heimatschutzes, der Sicherheit oder der Zuwanderungspolitik einen Linksruck. Da wollen wir dagegenhalten. Nur ein verhinderter Gusenbauer ist ein guter Gusenbauer, nur ein verhinderter Van der Bellen ist ein guter Van der Bellen und nur ein kontrollierter Regierungspartner ist ein guter Regierungspartner“, erklärte BZÖ-Parteiobmann Peter Westenthaler. Hier ein Auszug aus dem Programm des „Bündnis Zukunft Österreich“:

Österreich zuerst

Die Anbindung an Lebensfäden der Geschichte und Kultur eines Landes gibt dem Menschen Identität. Geschichte und gewachsene Tradition unseres Landes zeigen: Wir sind Österreicher und Europäer. Geographisch liegen wir in der Mitte des Kontinents, politisch, wirtschaftlich und kulturell sind wir das Herz der Europäischen Wertegemeinschaft. Die historisch-kulturelle Vielfalt und die Selbstbestimmung der Völker müssen auch in Zukunft Europas Stärke sein. Die Europäische Union wird nur als Gemeinschaft ihrer Staaten Bestand haben können. Erweiterung und Vertiefung der EU sollen zu mehr Stabilität führen. Dies erfordert die Akzeptanz unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Entwicklungsdynamiken des Einigungsprozesses. Innerhalb der EU wird sich ein Kern von Mitgliedern herausbilden, deren Zusammenarbeit in allen Politikfeldern noch intensiver werden wird (Avantgarde). Für Staaten an der Peripherie gilt es, eine Partnerschaft für Europa zu bilden. Ein auf Werte und soziale Stabilität gegründetes Europa ist die Antwort auf negative Erscheinungen der Globalisierung, die Gefahren für Menschen, ihre Identität und Geborgenheit birgt. Europas Verantwortung ist daher, in Zukunft eine zentrale politische Rolle in der Weltgemeinschaft einzunehmen. Ziel ist die Etablierung als globaler sicherheitspolitischer, wettbewerbsstarker und wissensbasierter Akteur.



BZÖ-Klubobmann Herbert Scheibner, -Obmann Peter Westenthaler und -Sprecher Uwe Scheuch (v.l.n.r.)
Foto: BZÖ

Wirtschaft

Grundlage für den Wirtschaftsstandort Österreich ist die eigenverantwortliche, wettbewerbsfähige und auf Privateigentum beruhende soziale Marktwirtschaft. Träger dieses Wirtschaftsmodells sind die Klein- und Mittelbetriebe und die großen Leitbetriebe der Industrie. Sie alle sind die Grundlage und der Garant für Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Chancengleichheit für Klein- und Mittelbetriebe im Wettbewerb setzt voraus, daß monopolistische oder oligopolartige Strukturen unterbunden werden. Dabei war die Entscheidung zum weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft ein wichtiger Schritt, der mit allem notwendigen Augenmaß fortgesetzt werden muß. Die Bildung von Kartellen hingegen ist durch staatliche Intervention zu verhindern. Die Stärkung von Mittelstand und freien Berufen ist anzustreben.

Der Arbeitsmarkt unterliegt einer dramatischen Veränderung. Klassische Berufsbilder existieren immer weniger. Flexibilität und die Bereitschaft sich diesen Herausforderungen zu stellen sind gefragt. Das Bildungssystem ist gefordert, der Jugend frühzeitig eine auf die Gegebenheiten des Ar-

beitsmarkts abgestimmte berufsspezifische Orientierung zu geben. Zukunftsträchtige und sichere Arbeitsplätze im Bereich der Facharbeit werden bereits heute vermehrt nachgefragt, es fehlen allerdings die geeigneten Arbeitskräfte im Inland. Mittelfristige Programme zur Schließung dieser Lücke sind daher rasch voranzutreiben und die Arbeitnehmer sollen verstärkt am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Betriebe partizipieren.

Dem Bürger muß wieder bewußt sein, wofür er seine Steuern bezahlt. Die Struktur der Steuern und Abgaben ist derzeit nicht nachvollziehbar. Das Modell der fairen Steuern (differenzierte Flat Tax) schafft ein wirksames Anreizsystem für den Mittelstand. Es ist transparent, einfach handhabbar, gerecht und unbürokratisch. Neben einem großzügigen allgemeinen Absetzbetrag soll es auch eine starke familienpolitische Komponente geben, die nach der Kinderzahl progressiv gestaffelt ist. Kaufkraftstärkung durch Reduktion indirekter Steuern und Abgaben fördert das Wirtschaftswachstum und schafft somit Arbeitsplätze. Eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenquote ist ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – das BZÖ

Leistungsbereitschaft und Arbeitseinsatz dürfen nicht durch starr regulierte Einkommengrenzen des Steuerrechts bestraft werden. Gerade der Mittelstand leistet den größten Beitrag zum Erhalt der sozialen Sicherheit und zum Wohlstand unserer Gesellschaft. Er darf nicht zum Umverteilungsverlierer werden. Einsatzbereitschaft und Fleiß – etwa durch Bereitschaft zur Leistung von Überstunden oder freiwilligen Fortbildungsmaßnahmen – dürfen sich nicht negativ auswirken. Der Wille zur Leistung muß anerkannt und gefördert werden. Neben der Zurückdrängung der Überregulierung gilt es, Verantwortung für die eigene Berufstätigkeit, Wettbewerb und Eigeninitiative zu fördern. Staatliche Eingriffe sind nur zur Sicherung der Rahmenbedingungen (gegen ruinösen Wettbewerb, etc.) vorzunehmen.

Zukunft Jugend

Es ist nicht Aufgabe des Staates, auf die Form des Zusammenlebens von selbstbestimmten Menschen Einfluß zu nehmen. Aber der Familie als Ort der Geborgenheit und des geistig seelischen Ankerplatzes für Kinder muß jede Unterstützung und Wertschätzung durch den Staat zukommen. Neben der sozialrechtlichen Anerkennung der Familienleistungen und Transferzahlungen muß es auch einen weiteren finanziellen Ausgleich durch steuerliche Absetzbarkeit geben.

Das Miteinander der Generationen muß gewahrt bleiben. Nicht die Isolation, sondern das Zusammenleben muß in allen Bereichen auf allen Ebenen ermöglicht werden: im generationengerechten Wohnungsbau, in der Gemeinde, im lebenslangen Lernen. Davon profitieren alle: die Kinder, die berufstätigen Eltern und die älteren Menschen selbst. In generationsübergreifenden Einrichtungen der Kommunen, in denen gleichartige Bedürfnisse befriedigt und unterschiedliche Interessen gelebt werden können, ist der Zusammenhalt am besten gewährleistet. Damit sich die Menschen selbst aussuchen können, wie sie ihr Zusammenleben am besten gestalten, sollen alle privaten und öffentlichen Einrichtungen auf qualitativ hohem Niveau die gleichen Bedingungen erhalten: Kinderbetreuungsangebote, Alten- und Pflegeheime sowie Bildungseinrichtungen.

Soziales Netz

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen. Für seine Identität braucht er Zusammenhalt: von der Familie über Vereine und Institu-

tionen bis hin zum Staat. Der mißbrauchsanfällige Sozialstaat soll zu einem sozialen Netz nach dem Vorbild der Familie umgestaltet werden: Jeder muß nach seinen Fähigkeiten einen Beitrag erbringen und hat nur soweit Anspruch auf Unterstützung, als ihm eigene Leistungen nicht zumutbar oder möglich sind. Risiken, denen alle ausgesetzt sind, werden zu fairen Bedingungen geteilt. Dies darf nicht dazu führen, Leistungswillige auszunützen, sondern muß einen gerechten Ausgleich zwischen Einzelpersonen, aber auch Gruppen bedeuten.

Lebensqualität

Ziel muß die Steigerung der Lebensqualität durch Sicherung der flächendeckenden Infrastruktur- Grundversorgung sein. Ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz mit Anbindung an die EU-Nachbarstaaten bietet die Grundlage für Mobilität in allen Regionen Österreichs. Dabei gilt dem ländlichen Raum unser besonderes Augenmerk.

Forschung

Eine leistungsfähige und nach wirtschaftlichen Kriterien orientierte Forschung steigert die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des Standortes Österreich. Aufbauend auf einer universitären Grundlagenforschung, die sich am internationalen Spitzenfeld zu orientieren hat, muß die anwendungsorientierte, privatwirtschaftliche Forschung gefördert werden. Strukturreformen im Forschungsbereich tragen spürbar und nachhaltig zur Standortsicherung, zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Stärkung der Wirtschaft bei. Dies erfordert zentrale Bedarfserhebung und Koordination.

Intakte Lebensräume

Österreich ist schön und vielfältig. Alpine Ketten und flaches Land kennzeichnen seine Lebensräume. Dörfer mit modernen und trotzdem traditionell-bäuerlich kleinräumigen Kulturen aber auch pulsierende Städte mit Weltruf prägen den Charakter der darin lebenden Menschen. Die Suche nach Lebensqualität ist beiden gleich: Stadt- wie Landbevölkerung. Dies bedeutet die Anbindung an die Herausforderungen der Arbeitswelt für beide gleich sicherzustellen, wie die Notwendigkeit zur Schaffung von Ruhe- und Grünräumen für Mensch und Tier. Eine intakte Umwelt ist Grundbedingung für diese Lebensqualität.

Gesundheit

Ziel der Gesundheitspolitik muß sein, die Gesundheit zu erhalten und damit Lebensqualität, Mobilität und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Deshalb treten wir für eine gleichwertige Einstufung von Prävention und Behandlung ein. Eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge soll mit finanziellen Anreizen belohnt werden. Für gleiche Beiträge muß es gleiche Leistungen geben, wie auch die freie Wahl des Arztes und der Behandlungsmethoden.

Bildung

Schulbildung muß gute Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt bieten. Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache sowie der elementaren Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Kenntnis von mindestens einer Fremdsprache und ein Mindestmaß an Allgemeinbildung sind ebenso erforderlich wie Grundkenntnisse moderner Kulturtechniken. Eine gemeinsame Schule bis zum Ende der Pflichtschulzeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn durch eine innere Differenzierung in Gruppen eine spezifische Förderung und Entfaltung der Schüler je nach Begabung gewährleistet wird. Dies fördert eine begabungsorientierte Ausbildungswahl und wertet die Lehre sowie das Handwerk auf.

Kunst für alle

Kunst ermöglicht dem Bürger, an den kulturellen Leistungen teilzunehmen. Wir bejahen den ständigen kritischen Dialog zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern. Der verfassungsrechtlich gesicherte Freiraum künstlerischer Betätigung ist zu schützen. Kunst muß dort gefördert werden, wo Bedarf besteht. Die Aufgabe des Staates ist, für die Erhaltung und die Sammlung des kulturellen Erbes zu sorgen. Der Bewahrung und Pflege der deutschen Sprache sowie der autochthonen Volksgruppensprachen messen wir besondere Bedeutung bei. Österreichische Kunst und Kultur haben ihre Größe und Schönheit aus der Freiheit als Folge der regionalen Vielfalt gewonnen. Darum halten wir an den Grundsätzen der Regionalisierung und Dezentralisierung in der Kulturpolitik fest. Dazu gehört auch das Brauchtum sowie das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Volksgruppen. ■

<http://www.bzoe.at>

Nationalratswahl am 1. Oktober: Darauf müssen Sie achten!

Die nächste Nationalratswahl findet am Sonntag, dem 1. Oktober 2006 statt. AuslandsösterreicherInnen sollten bereits jetzt Vorkehrungen unternehmen, ihr Stimmrecht für diese Wahl zu sichern.

AuslandsösterreicherInnen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, haben zunächst einen Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz bei der zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich mittels des Formulars „Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz“ (auf der Seite 24) zu stellen.

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde Ihres letzten Haupt-Wohnsitzes in Österreich (siehe Punkt 3 des Formulars). Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil von Ihnen seinen Haupt-Wohnsitz hat oder hatte (siehe Punkt 3 des Formulars). Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge in Punkt 4 des Formulars bestimmt. Es wäre daher in den Punkten 3 und 4 insgesamt nur ein Anknüpfungspunkt anzugeben: derjenige, der von oben gesehen als erster zutrifft.

Ihr Antrag kann *jederzeit* – d.h. unabhängig von bestimmten Wahlen – per Fax oder elektronisch direkt an die zuständige Gemeinde gestellt werden (Link am Ende dieses Textes). Wenn Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

Legen Sie dem Antrag zumindest Kopien der Seiten 2 bis 5 Ihres bordeaux-roten – bzw. der Seiten 2 bis 7 Ihres alten/grünen – österreichischen Reisepasses *oder*, sofern Sie keinen österreichischen Reisepaß besitzen, eine Kopie Ihres Staatsbürgerschaftsnachweises bei.

Tip 1

Die Eintragung ist *maximal* 10 Jahre gültig. Danach wird diese *automatisch* gelöscht, wovon Sie nicht notwendigerweise verständigt werden. Wenn Sie sich also inzwischen nicht von einem anderen Ort aus in die Wäh-

lerevidenz eintragen haben lassen, hätten Sie nach 10 Jahren einen Antrag auf Verbleib in der Wählerevidenz zu stellen. Sollten Sie Zweifel an Ihrer Eintragung oder deren Datum haben, ist es zur Sicherheit ratsam, rechtzeitig vor einer kommenden Wahl oder Volksabstimmung einen (neuen) Antrag zu stellen.

Tip 2

Mit diesem Formular kann auch – gleichzeitig oder separat – die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz beantragt (bzw. verlängert) werden. Für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz eines anderen EU-Landes – für jene AuslandsösterreicherInnen, die nicht die österreichischen EP-Abgeordneten sondern diejenigen ihres Wohnsitzlandes wählen wollen –, bestehen in jedem Land eigene Formulare, die bei der dafür zuständigen lokalen Behörde erhältlich sind.

Tip 3

Österreichische Staatsbürger, die ihren dauernden Wohnsitz im Ausland haben, sollten sich anlässlich eines Kurzaufenthaltes in Österreich nicht mit Hauptwohnsitz anmelden, da sie sonst automatisch und ohne gesonderte Verständigung aus der Wählerevidenz gelöscht werden könnten.

Wahlkarte

Neben der Eintragung in die Wählerevidenz benötigen Sie zur Stimmabgabe noch eine Wahlkarte. Diese ist erst ab Ausschreibung einer Wahl oder Volksabstimmung bei Ihrer Wählerevidenzgemeinde direkt zu beantragen. Dies kann z.B. mittels eines der Formulare „Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte“ (siehe unten) oder auch formlos erfolgen, am raschesten und damit aus Zeitgründen am sichersten per Fax oder elektronisch, ist aber auch persönlich möglich. Bei Fragen oder für weitere Hilfe stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften wie (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

In vielen Ländern kann eine direkte Zusendung der Wahlkarte an Ihre Aufenthaltsadresse – und nicht über eine österreichische Botschaft / ein (General-)Konsulat – die rechtzeitige Stimmabgabe erleichtern.

Zuständig für die Anträge auf Ausstellung einer Wahlkarte sind in den Bundesländern die unter Kontakte Österreich angegebenen Stellen (Link am Ende dieses Textes).

Manche Gemeinden / Städte richten vor Wahlen / Volksabstimmungen auf ihrer Webseite eine interaktive Möglichkeit der Wahlkartenbeantragung ein.

Tip

Der Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte kann auch gleichzeitig mit dem Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz an die Wählerevidenzgemeinde abgeschickt werden.

In Wien können beide Anträge an den Magistrat der Stadt Wien – MA 62, Lerchenfelder Straße 4, A-1082 Wien; Telefon: ++43 / (0)1 / 4000-89 404 / 401, Telefax ++43 / (0)1 / 4000-99 89 401 / 404, oder per E-Mail an wahl@m62.magwien.gv.at geschickt werden.

Wenn auch als letzter Termin für die mündliche oder schriftliche Beantragung einer Wahlkarte der vierte, dritte bzw. zweite Tag vor dem Wahltag gesetzlich festgelegt ist, ist dies angesichts des möglichen weiten Postwegs für eine tatsächliche gültige Stimmabgabe im Ausland für viele Fälle zu spät. Ein rechtzeitiges Einbringen des Antrags auf Ausstellung einer Wahlkarte unter Bedachtnahme auf Bearbeitungszeiten sowie den Postweg zurück zu Ihnen wird Ihnen daher nachdrücklich empfohlen.

Die Wahlkarte ist ein weißes (für BP-Wahl, 1. Wahlgang) bzw. chamois-farbenes (für BP-Wahl, 2. Wahlgang & EP-Wahlen) verschließbares Kuvert. In der Wahlkarte befinden sich der amtliche Stimmzettel, ein gummiertes Wahlkuvert sowie ein Informationsblatt für das Wählen im Ausland.

Auch ÖsterreicherInnen, die sich nur vorübergehend im Ausland aufhalten, können bei ihrer Heimatgemeinde die Ausstellung einer Wahlkarte beantragen und mit dieser unter den gleichen Bedingungen wie AuslandsösterreicherInnen ihre Stimme abgeben. **Siehe folgende Seiten!**

<http://www.auslandsoesterreicher.at>
Adressen unter Menüpunkt „Kontakte“;
Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

① An die Gemeinde

A- _____

Postleitzahl

② im Wege der österreichischen Vertretungsbehörde

Bitte füllen Sie den Antrag zweifach in Druck- oder Maschschrift im Durchschreibeverfahren aus. Beachten Sie die Erläuterungen zu den Kreisnummern auf dem letzten Blatt. Zutreffendes bitte ankreuzen ☒!

Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der)

- Wählerevidenz**
- Europa-Wählerevidenz**

für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben

Familienname, Vornamen	Geburtsort	Geburtsdatum (TT, MM, JJJJ)
------------------------	------------	-----------------------------

gegebenenfalls frühere Namen

weiblich männlich

Wohnadresse im Ausland (Postleitzahl, Ort, Staat, Straße, Hausnummer)

Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft durch

Reisepass	Staatsbürgerschaftsnachweis	Personalausweis
-----------	-----------------------------	-----------------

Nummer	ausgestellt am	ausstellende Behörde
--------	----------------	----------------------

Als im Ausland lebende(r) österreichische(r) Staatsbürger(in) und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen

③ habe ich das 17. Lebensjahr vor dem 1. Jänner dieses Jahres vollendet werde ich heuer das 17. Lebensjahr vollenden

und stelle den **Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der/den) oben angeführte(n) Evidenz(en)** einer österreichischen Gemeinde (§ 2a Abs. 1 und 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973, § 4 Abs. 1 und 4 des Europa-Wählerevidenzgesetzes).

Als Zuordnungskriterien führe ich die folgenden inländischen Anknüpfungspunkte an:

Gemeinde der letzten Eintragung in die Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz	in die Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz eingetragen seit
--	---

Letzter Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlicher Wohnsitz) in Österreich (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)

Meine Eltern haben (hatten) einen (letzten) Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in Österreich (Daten zur Person, Inlandsadresse, gegebenenfalls getrennt nach Elternteilen)

④ **Da weder meine Eltern noch ich jemals über einen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in Österreich verfügt haben**, mache ich die nachstehend beschriebene zum Inland bestehende Lebensbeziehung glaubhaft, die den Ort der Eintragung in die oben angeführte(n) Evidenz(en) bestimmt.

Es besteht folgende Lebensbeziehung zu Österreich, auf die sich mein **Antrag auf Aufnahme/auf Verbleib in die oben angeführte(n) Evidenz(en)** gründet und die mich zum Entschluss bewogen hat, an Bundespräsidentenwahlen, Nationalratswahlen, Europawahlen und Volksabstimmungen teilnehmen zu wollen (bitte zumindest einen Punkt ankreuzen):

<input type="checkbox"/> Ort der Geburt <input type="checkbox"/> Hauptwohnsitz des Ehegatten <input type="checkbox"/> Hauptwohnsitz nächster Verwandter <input type="checkbox"/> Sitz des Dienstgebers <input type="checkbox"/> Eigentums- oder Bestandsrechte an Grundstücken oder Wohnungen	<input type="checkbox"/> Vermögenswerte <input type="checkbox"/> sonstige Lebensbeziehungen <p>⑤ Raum für nähere Angaben</p>
---	--

⑥ Anlagen

⑦ **Nur bei Anträgen gem. § 4 des Europa-Wählerevidenzgesetzes anzukreuzen, wenn der (die) Antragsteller(in) seinen (ihren) Hauptwohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat.**

Ich erkläre, dass ich bei Wahlen zum Europäischen Parlament die von Österreich zu entsendenden Abgeordneten wählen will.

⑧ **Ich habe bei keiner anderen Gemeinde einen Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz gestellt.**

⑨ Bei Rückfragen bin ich erreichbar: Telefon: _____ /Fax: _____ /E-Mail: _____

Datum _____ Unterschrift (Vor- und Familienname) _____

Ausfüllanleitung

zum Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben.

1

Bitte die Gemeinde des letzten Hauptwohnsitzes (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitzes) in Österreich (wenn möglich mit genauer Adresse) angeben. In Ermangelung eines solchen jene Gemeinde, in der zumindest ein Elternteil seinen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) im Inland hat oder zuletzt hatte.

Kann eine solche Zuordnung nicht vorgenommen werden, so bestimmt sich die Gemeinde nach der glaubhaft zu machenden Lebensbeziehung zu dieser (siehe 4)

2

Der Antrag ist an die zuständige österreichische Vertretungsbehörde (Botschaft, Konsulat) zu senden oder bei dieser abzugeben. Die Vertretungsbehörde steht Ihnen für etwaige Rückfragen zur Verfügung und leitet den Antrag für Sie an die von Ihnen oben angeführte Gemeinde weiter. Bitte richten Sie den Antrag daher nicht direkt an die in Frage kommende Gemeinde.

3

Der Antrag kann jederzeit gestellt werden, sofern Sie das 17. Lebensjahr im Vorjahr vollendet haben oder dieses im laufenden Jahr vollenden werden. Wahlberechtigt sind Sie, wenn Sie bis zum Ablauf des Tages der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Bedenken Sie jedoch, daß die Überprüfung Ihrer Angaben einige Zeit in Anspruch nimmt, weshalb der Antrag möglichst frühzeitig und nicht erst knapp vor der Wahl oder Volksabstimmung, an der Sie mittels einer gesondert anzufordernde Wahl- bzw. Stimmkarte teilnehmen wollen, gestellt werden sollte.

Mit diesem Antrag bleiben Sie in einer österreichischen Gemeinde für 10 Jahre in der Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz eingetragen.

Für den Fall, daß Sie auf Grund eines früher gestellten Antrages bereits in die Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz einer Gemeinde eingetragen sind, gilt ein weiterer Antrag als Antrag auf Verbleib in der (den) Evidenz(en) für einen Zeitraum von 10 Jahren.

Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein österreichisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Dieser Ausschluß endet grundsätzlich nach sechs Monaten. Die näheren Bestimmungen und Sonderregelungen finden Sie im § 22 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 und im § 3 des Europa-Wählerevidenzgesetzes. Im Zweifelsfall wenden Sie sich bitte an die österreichische Vertretungsbehörde.

4

Für den Fall, daß weder Ihre Eltern noch Sie jemals über einen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in einer österreichischen Gemeinde verfügt haben, richtet sich der Ort der Eintragung in die Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz nach anderen, im Antrag glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge im Vordergrund bestimmt. Daher kann der eventuell in Österreich bestehende Sitz Ihres Dienstgebers nur dann von Bedeutung sein, wenn keines der vorrangigen Eintragungskriterien, wie Ort der Geburt bzw. Hauptwohnsitz des Ehegatten oder nächster Verwandter in Österreich, vorliegen. Aus diesem Grund ist auch das Ankreuzen mehrerer Kästchen nicht sinnvoll.

5

Stellen Sie hier die von Ihnen angeführte Lebensbeziehung zu Österreich dar. Haben Sie beispielsweise den Sitz des Dienstgebers angekreuzt, führen Sie den Dienstgeber samt

genauer Adresse an. Sind in Ihrem Fall nur sonstige Lebensbeziehungen, etwa ein kurzfristiger Aufenthalt in Österreich, der zu keiner Begründung eines Hauptwohnsitzes (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitzes) geführt hat, gegeben, wären diese in einer für eine allfällige Überprüfung geeigneten Art und Weise ausführlich zu beschreiben.

6

Tragen Sie hier beigeschlossene Unterlagen ein, die der Glaubhaftmachung Ihrer Angaben dienen; z. B. eine Ablichtung Ihrer Geburtsurkunde, falls sich Ihre Lebensbeziehung auf den Ort der Geburt in Österreich gründet.

7

Da Sie bei Europawahlen nur einmal wahlberechtigt sind, entscheiden Sie sich durch Ankreuzen dieser Rubrik dafür, daß Sie die österreichischen Abgeordneten und nicht die Abgeordneten Ihres Wohnsitzmitgliedstaates wählen wollen.

8

Die Eintragung in die Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz hat in der gleichen Gemeinde zu erfolgen.

9

Für etwaige Rückfragen seitens der Gemeinde tragen Sie bitte eine Telefon- und/oder Fax-Nr. und/oder E-Mail Adresse ein, unter der Sie erreichbar sind.

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Sozialfall Altenpflege

Meist illegale Kräfte aus unseren östlichen Nachbarstaaten haben bisher für ein pflegebedürftiges Österreich Hilfe geleistet. Jetzt haben erste Anzeigen wegen »Schwarzarbeit« für Aufruhr gesorgt.

Von Christa Mössmer.



Alle Fotos: <http://www.bilderbox.biz>

Die Mikrozensus-Erhebung 2001 ergab, daß Österreich, weltweit gesehen, zu den Ländern mit niedriger Fertilität und hoher Lebenserwartung gehört. Wie in nahezu allen europäischen Ländern liegt die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau seit Mitte der 70er Jahre deutlich unter 2, also jenem Wert, der für einen vollständigen „Generationenersatz“ notwendig wäre. Die durchschnittliche Kinderanzahl betrug 2001 1,71, die Zahl der Geburten lag bei 75.458, die Nettofortpflanzungsrate lag damit bei 0,63 (Zahl der Sterbefälle: 74.767).

Das Erstgeburtsalter für Frauen steigt weiter an (2000: 27,1 Jahre, 1990: 25 Jahre), das durchschnittliche Fertilitätsalter lag 2001 bei 28,4 Jahren, 1990 bei 27,2 Jahren.

Die Gesamtzahl der Familien (Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder bzw. Alleinerziehende mit Kindern) blieb 2001 mit 2,284.000 gegenüber 2000 (2,285.000) so gut wie unverändert. Die Zahl der kinderlosen Paare hat leicht zugenommen, die Zahl der Familien mit Kindern leicht abgenommen.

Seit dem Pillenknick ...

Also war spätestens seit dem „Pillenknick“ in den 70ern des 20. Jahrhunderts klar, daß auf die Gesellschaft ein massives Problem zukommen würde. Die warnenden Stimmen der Demographen sind Legion, die unleugbare Tatsache wurde von Generationen von Politikern, wie bei einem Staffettenlauf, hastig der nächsten übergeben, von echter Vorsorge war kaum die Rede. Und dann, plötzlich, passiert das Unausweichliche: es gibt zu wenig Pflege. Nein, stimmt nicht, sagen die einen, stimmt doch, sagen die anderen, weil das, was halbwegs die Balance hält, nicht gesetzeskonform ist. So fordern die einen, das Gesetz anzupassen, die anderen, nicht vorhandenes Geld dafür zu verwenden, illegale gegen legale, also heimische und angestelltes Pflegepersonal „auszutauschen“. Auch wenn das in Größenordnungen von 20.000 oder 30.000 erst in Jahren zur Verfügung stünde. Doch davon später.

Vor drei Jahren erklärte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl anlässlich

einer Diskussion im „Forum Alpbach“, bis 2050 sinke die Zahl der unter 20jährigen in Österreich um rund 370.000 und die der 20- bis 60jährigen um etwa 710.000. Gleichzeitig werde die Zahl der über 60jährigen um fast 1,2 Millionen steigen. Leitl: „Kurz: die bevorstehende Überalterung der österreichischen und europäischen Bevölkerung gefährdet die Finanzierung der Sozialsysteme und das langfristige Wirtschaftswachstum.“

»Man« weiß es schon lange ...

Im November 2003 nahmen die Mitglieder des EU-Unterausschusses des Nationalrats ein Grünbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ zum Anlaß, dieses Thema aus österreichischer Sicht umfassend zu diskutieren. Dabei waren sich die Abgeordneten einig, daß die demographische Entwicklung in Europa eine Herausforderung für den Sozialstaat darstelle

Innenpolitik

und der niedrigen Geburtenrate entgegengewirkt werden müsse.

August 2006: Wenige Wochen vor der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 dominiert das Thema „Pfleger“ die Öffentlichkeit, in erster Linie ausgelöst durch die Tatsache, daß, so lauten Schätzungen, rd. 40.000 Hilfskräfte aus unseren östlichen Nachbarländern unser Pflegesystem aufrechterhalten. Und das, natürlich, illegal, da weder Arbeitsgenehmigungen vorliegen, geschweigedenn Sozialabgaben abgeführt würden. Sollten die Grenzen für diese Pendlerinnen und Pendler von heute auf morgen geschlossen werden, müßten wohl zig-tausende pflegebedürftige Mitmenschen, die jetzt auf eigene oder auf Kosten von Verwandten in den eigenen vier Wänden leben und versorgt werden, von öffentlichen Einrichtungen aufgenommen werden. Doch jedermann weiß, daß diese ohnedies hoffnungslos ausgebucht sind,

wenn man das so „flapsig“ formulieren möchte.

Zur Verdeutlichung eine Milchmädchenrechnung

Lassen Sie uns eine Milchmädchenrechnung anstellen: Eine illegale ausländische Pflegerin kostet 33 Euro pro Tag, für, so hört man, eine Rundumbetreuung von 24 Stunden. Das heißt natürlich, daß die Pflegerin zwischendurch schlafen kann, sie ist aber im Notfall da und sofort bereit, wenn der Patient sie braucht. Die Pflegerin erhält Kost und Quartier, für die sie natürlich nichts bezahlen muß. Ergibt: rund 1000 Euro im Monat zuzüglich Verpflegung. Zu diesen Kosten kommen aber noch Ausgaben, die oft durch das gewährte Pflegegeld nicht gedeckt sind (Windeln usw.). Nehmen wir also an, es kommen nocheinmal etwa 300 Euro pro Mo-

nat dazu. Um also trotz Pflegebedürftigkeit zuhause bleiben zu können, müssen der Kranke oder Familienangehörige imstande sein, zumindest etwa 1300 Euro im Monat aufzubringen. Das sind, in Schilling gerechnet, rund 18.000 Schilling. Ich verwende diesen Rückgriff auch die „gute, alte Zeit“ des Schillings, da er gerade unter Älteren in Erinnerung ruft, wieviel eigentlich 1300 Euro wirklich sind. Für die Generation, die jetzt in dem Alter ist, wo sie Pflege braucht, ist es kein Geheimnis, daß eine Netto-Pension von 18.000 Schilling, resp. 1300 Euro, sicher nicht die Regel ist. Nur zum Vergleich: Laut „Grünem Bericht“ 2004 erhielten Bauern 642 Euro, Arbeiter 716 und Angestellte 1199 Euro durchschnittliche Alterspension (ohne Zulagen).

Dabei bleibt zu bedenken, daß vor allem Frauen in ihren aktiven Jahren weniger verdient haben, auch wenn sie dasselbe wie

Bevölkerungsstruktur

Jahr	0 bis unter 15 Jahre			15 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre		Durchschnittsalter in Jahren
	insgesamt	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
2005	8,131.354	1,298.421	16,0	5,032.604	61,9	1,800.329	22,1	40,6
2010	8,255.368	1,214.576	14,7	5,112.440	61,9	1,928.352	23,4	41,7
2015	8,347.927	1,174.297	14,1	5,120.675	61,3	2,052.955	24,6	42,7
2020	8,400.920	1,156.808	13,8	5,002.745	59,5	2,241.367	26,7	43,7
2025	8,425.533	1,140.076	13,5	4,799.706	57,0	2,485.751	29,5	44,6
2030	8,420.812	1,111.997	13,2	4,609.085	54,7	2,699.730	32,1	45,6
2035	8,385.998	1,073.835	12,8	4,501.664	53,7	2,810.499	33,5	46,4
2040	8,329.468	1,037.509	12,5	4,431.956	53,2	2,860.003	34,3	47,2
2045	8,254.699	1,011.566	12,3	4,329.450	52,4	2,913.683	35,3	47,8
2050	8,162.695	995.590	12,2	4,226.886	51,8	2,940.219	36,0	48,2
2055	8,044.985	983.417	12,2	4,121.424	51,2	2,940.144	36,5	48,4
2060	7,907.122	969.716	12,3	4,048.188	51,2	2,889.218	36,5	48,4
2065	7,772.562	953.585	12,3	3,994.378	51,4	2,824.599	36,3	48,3
2070	7,651.316	937.557	12,3	3,947.419	51,6	2,766.340	36,2	48,3
2075	7,539.932	924.512	12,3	3,900.170	51,7	2,715.250	36,0	48,2

Für Österreich sieht es so aus, daß mittelfristig kein Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist, ganz im Gegenteil, in den nächsten 20 Jahren wird die Einwohnerzahl noch steigen. Dramatisch wird hingegen die Veränderung der Altersstruktur sein. Die Anteile der unter 15jährigen sinken stark, die Altersgruppe der über 60jährigen – und dabei speziell die Anzahl der über 75jährigen – steigt stark an. Die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren nimmt hingegen langfristig um 10 Prozent ab. Parallel zu dieser Entwicklung steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung auf über von zur Zeit über 40 Jahren auf knapp über 48 Jahre.

Quellen: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante; Donau Equal Modul Sozialraum, <http://www.sozialraum.at/>

Innenpolitik

Männer geleistet haben. Sie haben also auch entsprechend weniger Pension. Aber selbst wenn ein Mensch, der nun auf Pflegehilfe angewiesen ist, diese 1300 Euro Pension hätte, wäre dann kein Geld mehr für Miete, Strom, Gas, Telefon, Rundfunk etc. vorhanden. Selbst bei einem noch so günstigen Angebot aus dem Osten wäre das also für viele Tausende gar nicht leistbar. Das geht dann nur, wenn man „offiziell“ pflegebedürftig ist und um Zuschüsse einreicht, um halbwegs über die Runden zu kommen. Wie man der Behörde aber dann klarmacht, wofür die Pension jedes Monat verwendet wird (man kann ja schwerlich die Julenka aus der Slowakei namhaft machen), entzieht sich der Kenntnis.

Wer, zum Beispiel, im Geriatriezentren der Stadt Wien aufgenommen werden will, muß für die Kosten der Pflege selbst aufkommen, sofern die pflegebedürftige Person über entsprechendes Pflegegeld, Einkommen oder verwertbares Vermögen verfügt. Eine Förderung aus Sozialhilfemitteln richtet sich ebenfalls nach der Höhe des Einkommens und des verwertbaren Vermögens. Die Kosten im Geriatriezentren der Stadt Wien liegen (2005) bei rund 80 Euro pro Tag, also rund 2500 pro Monat. Jeder, der über dieses Einkommen nicht verfügt, hat einen sogenannten „zumutbaren Beitrag“ zu entrichten, der sich aus einem Kostenbeitrag von 80 Prozent des Nettoeinkommens inklusive des anteiligen Pflegegeldes und des verwertbaren Vermögens zusammensetzt. 20 Prozent des Nettoeinkommens sowie der 13. und 14. Monatsbezug und 10 Prozent der Pflegegeldstufe 3 verbleiben als Taschengeld.

Jetzt drängt sich eine Frage auf: Der erste Fall, nämlich die illegale Pflegerin kostet in



Was tun, wenn man nicht mehr alleine aus dem Haus kann?

etwa 1300 Euro pro Monat, derselbe Zeitraum im Pflegeheim der Stadt Wien 2500. Würde die öffentliche Hand für Menschen, die diesen Betrag einer illegalen Pflegerin aufbringen könnten, einen Zuschuß von 1000 Euro gewähren, könnten pro Pflegefall und pro Monat 1500 Euro eingespart werden. Ein Sondergesetz könnte dafür installiert werden und pflegebedürftige Menschen hätten den unschätzbaren Vorteil, die letzten Monate oder Jahre ihres Lebens in ihrem

gewohnten Lebensraum verbringen zu können. Die öffentlichen Pflegeanstalten wären entlastet, es gäbe keine Überfüllungen, und keine lange Wartezeiten für diejenigen, die sich für ein Geriatriezentrum entscheiden würden. Gar nicht zu reden davon, daß das Pflegepersonal nicht unentwegt einer unmenschenwürdigen psychischen Belastung ausgesetzt wäre. Denn so, wie sich die Situation heute darstellt, meint der Soziologe und Altersforscher Anton Amann von der Universität Wien, „die Zahl der Alten steigt, die Zahl der Pfleger wächst nicht rasch genug mit und bis zum Jahr 2050 werden bis zu 800.000 Personen pflegebedürftig sein.“

Bleiben »unsere« auf der Strecke?

Es sollen also etwa an die 40.000 illegale PflegerInnen in Österreich arbeiten, die von ihrem Einkommen wohl nicht sehr viel in Österreich ausgeben werden. Und daß sie das Einkommen überhaupt in ihren Heimatländern angeben, darf bezweifelt werden.

Bleiben unsere ausgebildeten, hochqualifizierten PflegerInnen, jetzt auf der Strecke? Droht ihnen gar Arbeitslosigkeit?

Der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband ist der Berufsverband aller Pflegeberufe Österreichs. Deren Präsidentin, Christine Ecker, relativiert: „Es ist hoch an der Zeit, daß Leistungen aus dem Aufgabenbereich der Pflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung im extramuralen Bereich auseinander gehalten werden.“ Derzeit finde, so Ecker, eine wilde Vermischung der Begriffe statt und es entstehe der Eindruck, daß die Haushaltsführung mit Pflege gleichgesetzt werde: „Das ist erstens nicht richtig und trägt zweitens zur massiven Versicherung der Bevölkerung bei.“ Gehe man nun davon aus, daß in vielen Haushalten zur Versorgung älterer Personen Haushaltshilfen beschäftigt seien, relativiere sich die Zahl von 40.000 „Pflegekräften“ sofort. In 90 Prozent aller Fälle seien dies Personen ohne Pflegeausbildung. Und Ecker macht darauf aufmerksam, daß diese laut Gesetz auch keine Pflegetätigkeiten verrichten dürfen, dieses Gesetz sei zum Schutz der österreichischen Bevölkerung erlassen worden, um eine hohe Qualität zu sichern. Es müsse demnach die Intension der Politik sein, diese Qualität nicht zu untergraben. Vor allem die fehlenden Planstellen in der Krankenpflege seiens schuld am konstatierten Mißstand.

Als Innenministerin Liese Prokop im Mai darüber nachdachte, für „boomende Berufs-



Wenn die »alten« familiären Strukturen, hier drei Generationen an einem Tisch, noch funktionieren, ist die Versorgung im Alter nicht so problematisch.

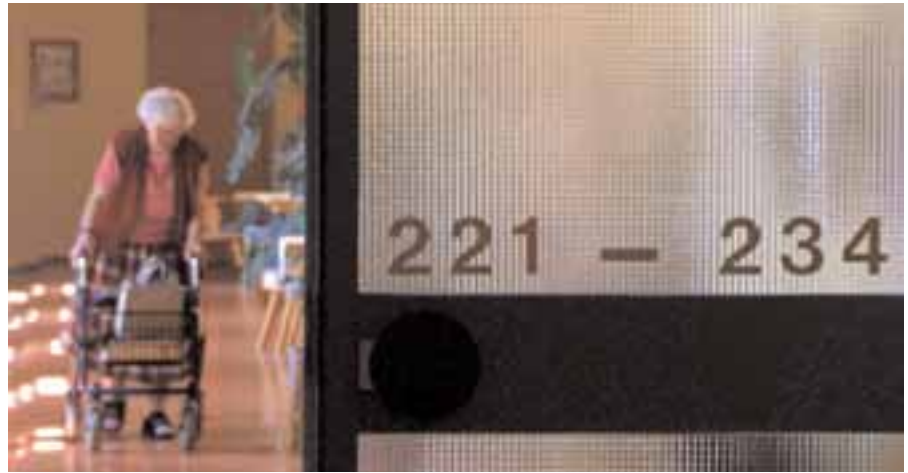
Innenpolitik

gruppen“, wie z. B. die Gesundheits- und Krankenpflege, eigene Zuwanderungsquoten und damit verstärkt Pflegepersonal nach Österreich zu holen, meinte Ecker, „die stationäre Altenpflege ist bereits mit Auslastungsproblemen konfrontiert. Das heißt, daß die bestehenden Bettenkapazitäten in den Alten- und Pflegeheimen nicht ausgeschöpft werden können.“ Ebenso stagniere die mobile Pflege, also die Hauskrankenpflege. Obwohl die Zahl der pflegebedürftigen Menschen ständig ansteige, würden keine neuen Arbeitsplätze in der Hauskrankenpflege geschaffen – „ganz im Gegenteil“, so Ecker.

Reiner Brettenthaler, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, hingegen erklärte, man dürfe den pflegebedürftigen Menschen in Österreich die helfenden Hände nicht wegnehmen. In Österreich gebe es zur Zeit eine „existenzielle Angebotslücke“ bei niederschwelligem Pflegebedarf. Diese Form der Betreuung hilfsbedürftiger, meist älterer, mehrfach kranker und behinderter Menschen sei früher vor allem durch Angehörige wahrgenommen worden, sagte Brettenthaler. Das gegenwärtige österreichische Angebot an Betreuungspersonal sei zur Hilfestellung bei den Verrichtungen des Alltags eindeutig überqualifiziert. Es gelte daher, mittel- bis langfristig etwa über einen Lehrberuf, den sicherlich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung steigenden Bedarf abzudecken.

Als Möglichkeiten der Legalisierung sieht die ÖÄK etwa ein Modell in Anlehnung an die Saisoniers in Gastronomie und Landwirtschaft oder die Ausweitung der Anwendbarkeit des Hausangestellten-Gesetzes auf ausländische Pflegekräfte, wie dies zuletzt der Präsident des Österreichischen Hilfswerkes, Othmar Karas, vorgeschlagen habe. Die vom Staat im Zuge der Legalisierung eingenommenen Sozialkosten müßten jedoch zumindest in einer großzügig bemessenen Übergangsfrist unmittelbar den betroffenen Pfinglingen zugute kommen, um die Kosten in einer leistbaren Höhe zu halten. Brettenthaler: „In diesem Fall könnte der Staat sogar auf die Sozialeinnahmen verzichten und damit eindeutig zu verstehen geben, wie wichtig für ihn die Anliegen hilfebedürftiger Menschen sind.“

Prof. Anton Amann vom Institut für Soziologie an der Universität Wien meint, daß die illegalen Pflegerinnen aus Osteuropa in unserem derzeitigen System zwei Lücken abdecken würden. Erstens den Personalmangel und zweitens den Kostenfaktor: die Eingliederung der etwa 40.000 ausländischen Pfl-



Wir sollten alles daran setzen, daß unsere Eltern ihren Lebensabend möglichst ...



... in Würde verbringen können. Die Heimpflege ist ein wesentlicher Bestandteil.

ger in unser Sozialsystem würde den Kostenrahmen bei weitem sprengen. Mehr Geld und mehr Pfleger seien also nötig, sagt Amann – und auch die 30 bis 40-Jährigen sollten jetzt schon darüber nachdenken, wie sie sich die Pflege im hohen Alter finanzieren könnten.

Wie soll es weitergehen?

Wie soll es also weitergehen? Es gibt in Notsituationen eines Landes oft ein System der Selbstregelung. Wenn die Obrigkeit zur Regelung nicht imstande war und ist, war der Bürger oft recht gut in der Lage, sich selbst zu helfen. Eine sogenannte „offene Gesellschaft“, die aber nur im Inneren stattfand, die nicht nach außen sichtbar werden wollte. Solche Systeme haben sehr oft verhindert, daß ein Staat in den offenen Abgrund gestürzt ist. Die Gesundheitspolitik ist solch ein markanter volkswirtschaftlicher Aspekt, der bei Einhaltung der Gesetzestreue das ganze Gesundheitssystem ins Wanken brächte.

Im selben Atemzug muß aber darauf hingewiesen werden, daß durch die Freiwilligkeit von Helfern und Helferinnen in allen sozialen Einrichtungen alles noch so gut funktioniert – weil diese Helfer zum größten Teil ehrenamtlich, oft neben ihrem Beruf, unentgeltlich ihren Dienst an der Gemeinschaft versehen, der nicht zu bezahlen wäre: Rettung, Feuerwehr, u.v.a. Nicht auszudenken, was passierte, würden – von heute auf morgen – all diese Menschen, denen wir im Grunde genommen das Funktionieren unserer sozialen Gesellschaft verdanken, ihre Ämter zurücklegen, würden von heute auf morgen die illegalen Pflegerinnen und Pfleger aus dem Osten uns den Rücken kehren.

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat die ehemalige Landeshauptfrau der Steiermark, Waltraud Klasnic, mit der Koordination einer nationalen Expertengruppe betraut, die sich intensiv mit dem Thema Altenbetreuung und Pflege auseinandersetzen soll. Über deren Zusammensetzung, den „Fahrplan“ und Ergebnisse werden wir Ihnen wohl demnächst berichten können. ■

Es wird immer schwieriger, neue Bürgermeister zu finden

Hoher zeitlicher Aufwand, schlechte soziale Absicherung und neue Aufgaben Hauptgründe für zu wenige Bewerber

Den österreichischen Gemeinden fällt es zunehmend schwer, geeignete Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters zu gewinnen“, erklärte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer im Rahmen einer Pressekonferenz in Wien. „Der hohe zeitliche Aufwand, die schlechte soziale Absicherung und ständig steigende Aufgaben für die Gemeinden sind die Hauptmotive, die viele Menschen dieses Amt nicht mehr anstreben lassen“, so Mödlhammer.

Der Österreichische Gemeindebund hat im Frühjahr den prominenten Arbeits- und Sozialrechtler Univ. Prof. Wolfgang Mazal mit der Erstellung einer Studie „Die soziale Situation von Österreichs Bürgermeistern“ beauftragt. Quantitative Basis der Studie war die Befragung von mehr als 900 heimischen Bürgermeister/innen, die in einem sieben Seiten langen Fragebogen ihre soziale Situation offen legten.

„Immer häufiger finden Bürgermeister keine geeigneten Nachfolger, noch öfter gibt es bei Gemeinde-Wahlen überhaupt nur noch einen Kandidaten“, berichtet Mödlhammer. Im Bundesland Salzburg hätten bei der letzten Wahl beispielsweise 20 Prozent der Bürgermeister-Kandidaten gar keinen Konkurrenten bei der Wahl gehabt.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. „Im Schnitt wendet ein Bürgermeister rund 32 Wochenstunden für sein Amt auf“, so der Gemeindebund-Präsident. „Das ist aber nur das Bürgermeisteramt, 85 Prozent der Bürgermeister üben daneben einen vollen 40-Stunden-Job aus und kommen somit auf eine Wochenarbeitszeit von 70 Stunden und mehr.“

Ein weiterer Grund für die geringe Begeisterung dieses Amt anzustreben liegt in der mangelnden sozialrechtlichen Absicherung der Gemeinde-Chefs. „Aus der Bürgermeister-Tätigkeit allein gibt es keinen Pensionsanspruch, keine Arbeitslosenversicherung, kein Minimalmaß an sozialen Rechten, wie sie ansonsten jeder Arbeitnehmer genießt“, kritisiert Mödlhammer. Dies sei für viele ein gewaltiges Hemmnis, vor allem deshalb, weil die meisten Kandidaten ja auch eine Familie zu ernähren hätten.



Foto: Österr. Gemeindebund

Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident des Österr. Gemeindebundes

Die ständig steigenden Aufgaben einer Gemeinde belasten zudem hauptsächlich die Gemeinde-Oberhäupter. „Der Bürgermeister ist vom obersten Repräsentanten seiner Gemeinde zum Manager, Beichtvater, Psychologen, Behördenleiter und „Mädchen für Alles“ geworden“, so Mödlhammer. „Das Anforderungsprofil hat sich in den letzten 20 Jahren massiv verändert, die sozialen Rahmenbedingungen haben sich aber nicht mitverändert.“

Immer mehr Gemeinde-Chefs klagen über brutalen psychischen Stress, der aus diesen Belastungen resultiert. „Das führt auch dazu, daß wir aus Mangel an Bewerbern extrem viele Methusalems unter den Bürgermeistern haben, die seit vielen Jahren dieses Amt ausüben, selbst aber zum Teil schon weit über 70 Jahre alt sind“, so Mödlhammer.

Mödlhammer und Studienautor Mazal forderten daher, auf Basis der Studienergebnisse, eine neue Festschreibung der Aufgaben der Kommunalpolitik. „Man muß darüber nachdenken, welche Aufgaben die Gemeinden in Zukunft tatsächlich überneh-

men sollen und wer die Erfüllung dieser Aufgaben dann zu verantworten hat“, so der Gemeindebund-Präsident. „Wenn man sich dafür entscheidet, daß dies der Bürgermeister sein soll, dann muß man auch die dafür notwendigen sozialen Rahmenbedingungen schaffen.“

Mödlhammer will nun, daß Experten – wie eben Prof. Mazal – aus dem Österreich-Konvent das neue Anforderungsprofil für Bürgermeister erstellen und danach geeignete Vorschläge zur Beseitigung der bestehenden Nachteile machen. „Ergebnis könnte ein verbessertes Anreizsystem für heimische Kommunalpolitiker sein“, so Mödlhammer. Diesen Nachdenk- und Diskussionsprozeß will Mödlhammer aus sämtlichen Wahlkämpfen heraushalten, ein guter Zeitraum, so der Präsident, wäre, „daß wir innerhalb des nächsten Jahres konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen haben“. Das unerfreuliche Alternativ-Szenario wäre, „daß wir in Zukunft nur noch Bürgermeister haben werden, die sich ihr Amt beruflich und finanziell leisten können, weil sie selbstständig oder vermögend sind“, so Mödlhammer. ■

Außenpolitik konkret

Außenministerin Plassnik präsentierte Außenpolitischen Bericht 2005 im Ministerrat

Im Ministerrat am 8. August präsentierte Außenministerin Ursula Plassnik den Außenpolitischen Bericht 2005. „Nur wenn die interessierten Österreicherinnen und Österreicher nachvollziehen können, was wir machen, warum wir es machen und wie wir es machen, werden wir für die Außen-, Europa-, Auslandskultur- und Entwicklungspolitik auch die notwendige begleitende Unterstützung haben“, so Plassnik.

„Das Jahr 2005 war ein anspruchsvolles und spannendes Jahr. Die Themenstellung war komplex. Wir haben im Rahmen der UNO, der EU und unserer bilateralen Kontakte nach Kräften und im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beigetragen, Frieden, Sicherheit und Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und in der Welt zu fördern. Als Mitglied der EU-Troika hatte Österreich bereits ab Juli 2005 seinen Platz im Cockpit der Europäischen Union wahrgenommen und den Kurs verantwortungsvoll mitgesteuert“, sagte die Außenministerin.

Ihr zentrales Anliegen sei es, „mit den Füßen am Boden ‚Außenpolitik konkret‘ für die Österreicherinnen und Österreicher zu machen. Wir sind eine moderne Serviceeinrichtung mit einem weltweiten Netz an Partnern im Dienste der österreichischen Bevölkerung. In mehr als 2700 Fällen konnte im Rahmen des konsularischen Schutzes direkt Hilfe geleistet werden“, so Plassnik.

„Europa aktiv und umsichtig mitzugestalten, das ist mein Ziel in der Europapolitik. Es geht mir darum, das spezifische europäische Lebensmodell zu bewahren und zu fördern: Unser Ziel muß es sein, das europäische Friedensprojekt für die nächsten Generationen weiterzuentwickeln, eine gesunde Umwelt zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern, die sozialen Sicherheitsnetze sowie die kulturelle Vielfalt zu bewahren. Europa muss ein Kontinent der Zuversicht bleiben. Von einem europapolitischen Schleuderkurs halte ich nichts.“

„Ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit liegt darin, unsere unmittelbaren Nachbarn, die Balkanländer, auf ihrem Weg Richtung Europa zu unterstützen. Denn Stabilität in unserer Nachbarschaft ist unser Sicherheitsgewinn. Österreich hat maßgeblich daran mitgewirkt, daß am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien begon-

nen werden konnten, vor allem auch durch die Einsetzung der Kroatien Task Force beim Europäischen Rat im März 2005. Die Verankerung der Aufnahmebedingungen der EU als eine der Beitrittsvoraussetzungen sowie eine gerechtere Aufteilung der finanziellen Beiträge zur Erweiterung auf alle Mitgliedsstaaten ist ein Verdienst Österreichs“, so Plassnik.

Der Dialog der Kulturen und Religionen stand im Mittelpunkt der Konferenz „Islam in einer pluralistischen Welt“ im November 2005. „Es liegt an uns allen, den Dialog der Religionen und Kulturen zu fördern und zu pflegen. Denn wir müssen vom friedlichen Nebeneinander als Minimalstandard zum gedeihlichen Miteinander und als wünschbares Fernziel zum wirklichen Füreinander in einer gemeinsamen Gesellschaft, in einer gemeinsamen Welt kommen. Gerade im Rahmen der Islamkonferenz konnten wichtige

Kontakte geknüpft und Netze verdichtet werden, die im Karikaturenstreit im Februar 2006 einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung geleistet haben“, so Plassnik.

Österreich konnte 2005 auch seine Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit verdoppeln und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Perspektivenlosigkeit in den ärmsten Ländern der Welt.

Primäre Aufgabe des Außenpolitischen Berichts ist es, umfassend über die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse der internationalen Politik und die Rolle Österreichs in den internationalen Beziehungen zu informieren. Darüber hinaus soll der Bericht dem Anspruch eines Jahrbuchs, das sich an einen breit gestreuten Leserkreis aus Verwaltung, Diplomatie, Wissenschaft, Wirtschaft und Presse richtet, gerecht werden. ■

Österreich hilft, das Leid der Zivilbevölkerung im Libanon zu lindern

„Die österreichische Soforthilfe für die notleidende Zivilbevölkerung im Libanon ist voll angelaufen“, berichtete Außenministerin Ursula Plassnik im Ministerrat. In Anbetracht der angespannten humanitären Situation im Libanon hatte die Bundesregierung Ende Juli prompt reagiert und eine Soforthilfe in Höhe von 500.000 Euro beschlossen.

Seither wurden 325.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds an die Nothilfeaktivitäten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz überwiesen. Primär dienen sie dazu, die Notversorgung der durch die Kriegshandlungen schwer getroffenen Bevölkerung im Südlibanon und der intern Vertriebenen sicherzustellen. Die Maßnahmen umfassen die Notversorgung der betroffenen Menschen mit Nahrung, Wasser, Medikamenten und Hygieneartikeln, Hilfe bei der Zusammenführung von vermissten Personen mit ihren Familien sowie die psychosoziale Betreuung traumatisierter Kinder.

Weitere 175.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds gehen an Projekte



Foto: HOPT-Media

Außenministerin Ursula Plassnik mit Flüchtlingen am Wiener Flughafen

von österreichischen Nichtregierungsorganisationen, die über profunde Nahost-Erfahrung verfügen. Die Gelder werden der Grundversorgung von intern Vertriebenen in den Lagern Bourj el Barajneh, Chatilla und in zahlreichen Schulen im Großraum Beirut, die mittlerweile als Auffanglager dienen, zugute kommen.

Österreich als Verhinderungsweltmeister?

Kosten und Konsequenzen der Verzögerung von Infrastrukturprojekten in Österreich von 1976-2006 waren Thema einer Veranstaltung von WIWIPOL und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Von Rupert Weinzierl.



v.l.n.r.: Markus Beyrer (Generalsekretär der Industriellenvereinigung Österreich), Günther Chaloupek ((Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien), Rupert Weinzierl (WIWIPOL), Peter Pelinka (Chefredakteur Format), Hannes Androsch (AIC - Androsch International Management Consulting GmbH), GD Horst Pöchlhammer (Vorstandsvorsitzender Porr AG) Foto: Alexander Ch. Wulz

An der Diskussion im „Presseclub Concordia“ nahmen der Industrielle und ehemalige Finanzminister Hannes Androsch, Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung Österreich, Günther Chaloupek von der Arbeiterkammer Wien, Horst Pöchlhammer, Vorstandsvorsitzender der Porr AG, Rupert Weinzierl, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) und Autor der Studie „Österreich als Verhinderungsweltmeister?“ teil. Die Moderation hatte Peter Pelinka, Chefredakteur des Wirtschafts magazins „Format“, übernommen.

1. Versäumnisse und Defizite der österreichischen Infrastrukturpolitik

Die Qualität der Infrastruktur ist ein Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklungsstufe eines Landes und damit ein wichtiger Faktor im internationalen Standortwettbewerb. Umstritten ist in der akademischen

und politischen Diskussion nur das Ausmaß der Einkommens-, Wachstums- und Beschäftigungseffekte. Die Effekte öffentlicher Konjunkturimpulse im Bereich Infrastruktur sind signifikant: Investitionen von 1 % des BIP in Infrastruktur schaffen laut WIFO kurzfristig (innerhalb von 3 Jahren) rund 1,5 % mehr Realwachstum sowie einen Beschäftigungszuwachs von bis zu 36.000 Arbeitnehmern.

Trotz dieser Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen für Wirtschaftswachstum hat sich der Anteil der Gesamtausgaben für Infrastruktur als Anteil am BIP seit 1975 in Österreich mehr als halbiert: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt wies der gesamte Staat, also alle Gebietskörperschaften, 2004 eine Investitionsquote von 1,05 % auf. Rechnet man die Kapitaltransfers der öffentlichen Haushalte hinzu (sie finanzieren hauptsächlich Investitionen in früheren Bundesbetrieben), so kommt man für 2004 laut VGR zu einer Quote öffentlich finanzierter Investitionen von 3,35 % des BIP. Wie niedrig dieser Wert liegt, zeigt ein Vergleich mit der

Ära austro-keynesianischer Wirtschaftspolitik: 1975 lag der Anteil der Bruttoinvestitionen der öffentlichen Hand am BIP bei fast 8 %. Dagegen ist in den Top 3 der EU-Länder die staatliche Investitionsquote seit Beginn der 90er Jahre stabil geblieben oder nur leicht zurückgegangen. Als Erklärung für dieses Sinken der BIP-Anteile von Infrastrukturinvestitionen, die in schwächerem Maß als in Österreich auch andere EU-Staaten betrifft, werden in der Literatur eine Sättigung im Bereich der Infrastrukturausstattung und die zunehmende Knappheit öffentlicher Mittel genannt. Der Befund einer Sättigung kann aber meines Erachtens für Österreich heute nicht aufrechterhalten werden: Die Osterweiterung und der Transformationsprozess der europäischen Staaten zu Informationsgesellschaften haben neuen Bedarf geschaffen und zugleich deutliche Mängel Österreichs im Infrastrukturangebot ans Licht gebracht.

Augenscheinliche Mängel gibt es heute in Österreich nicht nur im Bereich der In-

Österreich, Europa und die Welt

formations- und Kommunikationstechnologien, sondern auch im Energiebereich (wie etwa das massive Ungleichgewicht in der Stromaufbringung zwischen Nord- und Südösterreich) und im Bereich der Verkehrsinfrastruktur: Eine Studie von Bernhard Felderer und Ulrich Schuh aus dem Juni 2005 zeigt, daß die Ausstattung an Verkehrsinfrastruktur, sowohl für Schiene als auch Straße, in Österreich signifikant unter dem gesamtwirtschaftlich optimalen Niveau liegt¹⁾. In Infrastruktur-Konzepten dürfen auch die immateriellen Investitionen (wie beispielsweise Lizenzen, Patente) nicht vernachlässigt werden: In diesem Bereich liegt Österreich zwar im EU-Durchschnitt, aber deutlich niedriger als die Top 3 der EU-Länder.

2. Case Studies

Das präsentierte Projekt beschäftigte sich mit den Effekten öffentlicher Infrastrukturinvestitionen und mit den Auswirkungen von Verzögerungen und Verhinderungen dieser Investitionen auf makroökonomische Variablen. Der Fokus der Untersuchung lag dabei auf drei Schlüsselbereichen von Infrastrukturinvestitionen, nämlich Eisenbahn, Straßenbau und Energiewirtschaft. Für die sieben im Projekt detailliert untersuchten großen Infrastruktur-Projekte gilt, daß der tatsächliche „Schaden“ vor allem von Verhinderungen, aber auch von langwierigen Verzögerungen in Form von Opportunitätskosten das ursprüngliche Investitionsvolumen signifikant übersteigt. Grund dafür ist laut Univ.-Prof. Mikulaš Luptacik vom Industriewissenschaftlichen Institut die höchstgradig arbeitsteilige Produktion der österreichischen Wirtschaft. Luptacik demonstriert diesen Umstand am Beispiel der 380kV-Leitung in der Südsteiermark: Durch den Bau lassen sich seinen Berechnungen zufolge bei einem realisierten Investitionsvolumen von 500 Mio. Euro über die gesamte Volkswirtschaft bis zu 9500 Arbeitsplätze generieren. Durch die einkommensinduzierten Effekte erhöht sich die durch die Investition in Österreich generierte gesamtwirtschaftliche Produktion auf etwa 890 Mio. Euro²⁾.

Im Fall des Donaukraftwerks Hainburg hat die Verbundgesellschaft für die Planung und Projektierung des Projektes mehr als 29,07 Mill. Euro (400 Mill. Schilling) aufgewendet. Die Baukosten hätten 0,93 Mrd. Euro (12,8 Mrd. Schilling) betragen – durch den Kraftwerksbau wären in der Bauwirtschaft rund 2000 Arbeitsplätze und rund 6000-7000 weitere in der Zulieferindustrie entstanden³⁾.



Zwentendorf hat insgesamt 1,02 Mrd. Euro (14 Mrd. Schilling) gekostet, 43,6 Mio. (600 Mio Schilling) davon für die Konservierung. Foto: EVN

An der Case Study Atomkraftwerk Zwentendorf sieht man, in welche Höhen Sunk Costs im Falle einer Nichtinbetriebnahme eines schon fertig gestellten Objekts steigen können: Zwentendorf hat insgesamt 1,02 Mrd. Euro (14 Mrd. Schilling) gekostet, 43,6 Mio. (600 Mio Schilling) davon für die Konservierung⁴⁾.

Auch beim Semmering-Basis-Tunnel sind bereits beträchtliche Sunk Costs angefallen: SCHIG-Vorstandsdirektor Helmut Falschlehner beziffert den Betrag, der durch Verzögerung und Neuplanung insgesamt „in den Sand gesetzt“ wurde, mit 2 Mrd. Euro. Zudem wird das neue Projekt voraussichtlich teurer als das ursprünglich geplante: Am 8. März 2005 erklärte Bundeskanzler Schüssel, daß die Bundesregierung für das neu zu planende Projekt Semmering-Basistunnel statt mit Kosten von 1 nun mit 1,2 Mrd. Euro rechne. Verkehrsminister Gorbach nannte am selben Tag einen geringfügig höheren Betrag von 1,25 Mrd. Euro. Zu den externen Effekten einer planmäßigen Projektrealisierung und der Verzögerung meint Falschlehner, daß die Wirtschaftsstandorte insbesondere in der Steiermark durch die Verzögerung und die zusätzlichen Transportkosten enorm belastet seien.

Weitere Case Studies, die wir untersucht haben, sind der Lainzer Tunnel, die Pyhrnautobahn und die Ennsnahe Trasse. Die sieben Case Studies wurden wegen ihrer Größe, wirtschaftlichen Bedeutung und wegen der intensiven politischen Auseinandersetzung um ihre Realisierung ausgewählt. Um aber

das Ausmaß an Widerstand gegen Infrastrukturprojekte in den letzten 30 Jahren besser zu illustrieren, folgt auf die Case Studies eine Liste von 210 verzögerten oder verhinderten, meist kleineren Infrastrukturprojekten, eine imposante Zahl, die zeigt, daß der Konsens der österreichischen Öffentlichkeit sowohl im Falle von gesamtwirtschaftlich nutzbringenden als auch bei regionalen Investitionen nicht mehr gegeben ist.

3. Schlussfolgerungen und Plädoyer für eine Infrastruktur-Offensive

In den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts formierte sich in Österreich erstmals politisch relevanter Widerstand gegen Infrastrukturprojekte, in einer Zeit also, in der der globale Konkurrenzdruck deutlich geringer war. Seit Österreichs EU-Beitritt und der EU-Erweiterung haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert: Sowohl der internationale als auch der innereuropäische Standortwettbewerb sind enorm intensiviert und Arbeitslosigkeit ist leider wieder zum größten ökonomischen und gesellschaftlichen Problem avanciert. Wichtig wäre deshalb meines Erachtens eine breite gesellschaftliche Interessenidentifikation und -abwägung mit dem Ziel, prioritäre gesellschaftliche Interessen politisch festzulegen.

Die EU-Erweiterung spielt bei diesen Verschiebungen eine Schlüsselrolle: Zentraleuropa wird ein noch entscheidenderer Wirtschaftsraum für Österreich werden, doch in

Österreich, Europa und die Welt

punkto gemeinsamer Infrastrukturvorhaben wurden sowohl 1989 als auch die EU-Erweiterung ein bißchen verschlafen. Infrastrukturinvestitionen sind für Österreich, das sich an Steuer- und Lohnsenkungswettbewerben nicht beteiligen kann und soll, ein ganz wesentlicher Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Investitionen in den Bereichen Bahn, Straße und Energie sind meiner Ansicht nach dringend geboten, um ein Infrastruktur-Niveau zu erreichen, das dem 21. Jahrhundert und der EU-Erweiterung entspricht.

Ein wichtiger Faktor der Konkurrenzfähigkeit wird bei der Reduktion von Infrastrukturausgaben und der Verzögerung oder Verhinderung von Infrastrukturprojekten meist wenig bis gar nicht beachtet: Das Zurückfallen in der öffentlichen Investitionstätigkeit schwächt den Standort Österreich. Die prioritäre Betonung der ökologischen Aspekte bei Infrastrukturprojekten übersieht, daß Wirtschaftswachstum schnelle Entscheidungen und Umsetzungen benötigt und dass außerdem nur entsprechendes Wirtschaftswachstum nachhaltige ökologische Lösungen hervorbringen kann. Es soll an dieser Stelle den Bürgerinitiativen und Umweltschutzbewegungen nicht das Recht abgesprochen werden, ihre Einwände zu deponieren und zu besseren Problemlösungsvarianten beizutragen. Hier sind im Gegenteil die Betreiber von Infrastrukturprojekten und die Bürokratie gefordert, die Bürgerinitiativen schon vor Projektbeginn in die Planung einbinden sollten.

In einer Situation einer (zu) hohen Sparquote, infrastruktureller Mängel und gestiegener Arbeitslosigkeit bieten sich Infrastrukturmaßnahmen auch aus einer Nachfragesicht mit geradezu zwingender Logik als Offensivstrategie an. Infrastrukturmaßnahmen sind damit ein wesentlicher Bestandteil eines Maßnahmen-Mixes zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Die europäische Dimension ist trotz immer noch vorhandener nationaler Spielräume mittlerweile der Schlüsselfaktor für eine funktionierende Infrastrukturoffensive: Maßnahmen zur Ankurbelung öffentlicher Investitionen und Stimulierung privater Investitionen, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gemeinsam abgestimmt werden, sind deutlich wirksamer als einzelstaatliche Aktivitäten. Markus Marterbauer verweist darauf, daß die Herausforderungen für die europäische Infrastruktur im Zuge der Erweiterung der EU enorm seien. Ein Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur verbes-

sert die langfristigen Wachstumschancen der neuen Mitgliedsländer und damit auch jene ihrer westeuropäischen Handelspartner. Er hat aber auch kurzfristige Konjunkturreffekte. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 10 Mrd. Euro führt auf EU-Ebene zu einem Anstieg des BIP um etwa 25 Mrd. Euro. Auf nationalstaatlicher Ebene sind die Wachstumseffekte öffentlicher Investitionen geringer, der Multiplikator bleibt aber deutlich über 1. Wenn es aber gelingt, auch die anderen EU-Länder zu einer Erhöhung ihrer Investitionen zu bewegen, dann wird der volle Investitionsmultiplikator wirksam, das



Rupert Weinzierl
Arbeitsgemeinschaft für
wissenschaftliche Wirtschaftspolitik
Foto: Alexander Ch. Wulz

österreichische BIP steigt um 2 1/2 Mrd. Euro⁵⁾.

Der wachsenden ökonomischen Bedeutung von Clustern kann Österreich ebenfalls nur durch steigende Infrastrukturinvestitionen gerecht werden, um z. B. die medial bereits gehypte Twin City Wien-Bratislava zu einer international erfolgreichen Wachstumsregion werden zu lassen. Deshalb sollten nationale und internationale Infrastrukturprojekte mit hohem volkswirtschaftlichem Wert (z. B. im Rahmen der EU-Erweiterung) in den nächsten Jahren beschleunigt werden. Zur Finanzierung bieten sich im Falle von budgetären Engpässen PPP-Modelle und europäische Finanzierungen an. Ein meines Erachtens sehr sinnvoller Vorschlag kommt von der Euro-Memorandum-Gruppe rund um Jörg Huffschild von der Universität Bremen: Im Euro-Memorandum 2004 wird gefordert, daß die EU ein großes, koordiniertes Programm öffentlicher Investitionen in Infrastruktur im Ausmaß von 1 % des EU-BIP (=ca 90 Mrd. Euro) realisiert ... Finanziert werden soll der Groß-

teil des Programms „durch Darlehen der Europäischen Investitionsbank, die nicht auf das Defizit angerechnet werden.“⁶⁾

Die europäische Perspektive ist aber auch bei vielen nationalstaatlichen Investitionsentscheidungen wichtig, um nicht gesamtwirtschaftlich falsche Investitionsentscheidungen zu treffen. Generell scheint es in den letzten Jahren in Österreich an Gesamtkonzepten (auch bedingt durch die Aufspaltung der Kompetenzen auf verschiedenste Körperschaften und ausgegliederte Gesellschaften) für den Infrastruktur-Bereich gefehlt zu haben, ebenso wie an Strategien, den von externen Effekten betroffenen Gruppen schon zu Projektbeginn Lösungen anzubieten, sowie an ausreichendem Lobbying für europäische Investitionsprojekte. Wichtig wäre neben einer politischen Einigung auf die Notwendigkeit einer Infrastruktur-Offensive und einer europäischen Koordinierung auch eine weitgehend planmäßige Abwicklung von öffentlichen Investitionsvorhaben.

Zum Abschluß Projektleiter Hans Seidel: „Wie kann eine Wirtschaft wachsen, wenn die Menschen den Status Quo erhalten wollen, wenn sie Änderungen möglichst vermeiden wollen und wenn sie die Technik nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfinden. Die Menschen müssen verstehen lernen, daß der ‚Dornröschen-Zustand‘ kein realisierbares gesellschaftliches Modell ist. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß Infrastrukturprojekte wegen ihrer Komplexität lange Reifezeiten benötigen. Die öffentlichen Körperschaften müssen daher immer eine relativ große Zahl von Projekten in der Pipeline haben, um ein relativ stetiges Volumen an Infrastrukturinvestitionen durchführen zu können.“ ■

Quelle: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
<http://www.euro-info.net/>

- 1) Bernhard Felderer/Ulrich Schuh „Wachstum und Beschäftigung durch Infrastrukturinvestitionen“, Juni 2005.
- 2) Industriewissenschaftliches Institut (IWI) „Die Bedeutung einer gesicherten Stromversorgung am Wirtschaftsstandort Österreich. Volkswirtschaftliche Effekte“, Dezember 2004.
- 3) Elisabeth Stenitzer, Diplomarbeit „Der Konflikt um Hainburg“.
- 4) Florian Premstaller, Kernenergiepolitik in Österreich während der Ära Bruno Kreisky, S.21 f.
- 5) Markus Marterbauer „Wachstumspolitik – notwendig und möglich“, Referat, <http://www.wiwipol.at>
- 6) <http://www.memo-europe.uni-bremen.de>

Rettung aus dem Krieg

Beamte des Einsatzkommandos Cobra retteten zahlreiche Menschen aus den Kriegsgebieten im Libanon

Neben dem „klassischen“ Antiterrorsegment, das gemäß der Sondereinheiten-Verordnung der „Cobra“ zur Besorgung übertragen ist, deckt die Einheit ein breites Spektrum von Einsatzlagen ab. Vor allem die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Polizei- und Gendarmeriedienststellen beim Einschreiten bei erhöhten oder hohen Gefährdungslagen, so z.B. bei Konflikten, bei denen Waffen im Spiel sind, zählt zu den Aufgaben von „Cobra-neu“. Aber auch die „traditionellen“ Arbeitsbereiche wie Geiselnahmen, Amokläufe, die Erstürmung von Luftfahrzeugen, Festnahmen schwerkrimineller und auch der Schutz österreichischer Missionen müssen von den MitarbeiterInnen der Cobra beherrscht werden.

Letzteres wurde erst jüngst unter Beweis gestellt, wofür Innenministerin Liese Prokop die Cobra-Polizisten in Wiener Neustadt für deren mutigen und verantwortungsvollen Einsatz ehrte.

Infolge der Interventionen der IDF (Israel Defence Forces) im Libanon gegen Milizen der Hisbollah, flüchteten viele im Libanon lebende Menschen, darunter zahlreiche Österreicher: Touristen sowie ansässige Auslandsösterreicher. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ersuchte das Innenministerium um Unterstützung der Botschafter vor Ort. Daraufhin schickte das BM.I Krisenreaktionsteams des Einsatzkommandos Cobra in die Kriegsregion, die für derartige Einsätze vorbereitet sind.

Fünf Cobra-Beamte wurden am 15. Juli in das Krisengebiet entsandt, wo sie die österreichischen Botschaften in Beirut und Damaskus bei der Organisation der Ausreise von Österreichern und Menschen aus anderen europäischen Ländern unterstützten. Da die direkte Straßenverbindung von Beirut nach Damaskus andauernd bombardiert wurde, stand zur Evakuierung über den Landweg nur die Nordgrenze nahe Tripolis zur Verfügung. Die Wegstrecke konnte unter den gegebenen Umständen nicht unter acht Stunden bewerkstelligt werden. In Damaskus wurden die evakuierten Personen versorgt, nach Nationalitäten den zuständigen Botschaften übergeben und deren Weiterreise, hauptsächlich nach Wien, organisiert.

Neben dem Landweg stand ab 18. Juli



Foto: BM.I/Christian Prokop

Liese Prokop dankte den Cobra-Beamten für ihren Einsatz im Libanon

auch der Seeweg ab Beirut hauptsächlich nach Larnaka zur Verfügung, wo mit zahlreichen Fähren auch eine Vielzahl von Österreichern evakuiert und in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Fähren wurden von französischen Kriegsschiffen gesichert.

Die Evakuierung fand teilweise unter akuter Gefährdung des eigenen Lebens der Retter statt. Es wurden unter anderem Menschen gerettet, die sich außerhalb Beiruts befanden und deshalb großer Gefahren von Bombardements ausgesetzt waren: Ein älteres krankes Ehepaar und eine jungen Mutter mit ihrem Kleinkind aus Saadiyat (90 km südlich von Beirut) wurden in einer gemeinsamen Aktion mit deutschen Kräften geborgen. Von dort wurden sie mit einem griechischen Schiff nach Larnaka gebracht. Am 23. Juli wurden in einer gemeinsamen Aktion mit deutschen Kräften, aus dem Raum En Nabatiye (circa 120 km südlich von Beirut), fünf Österreicher davon zwei Erwachsene und fünf Kinder nach Beirut und weiter über den Landweg nach Damaskus evakuiert.

Die Beamten des EKO Cobra bauten in Beirut und Damaskus unter Führung der österreichischen Botschaften eine funktionierende Infrastruktur für die Evakuierung von Personen aus dem Libanon auf. Sie wurden dabei vor allem vom Verbindungsbeam-

ten des Innenministeriums in Jordanien, Roland Müller, und dem Militärattaché an der Botschaft in Beirut unterstützt. Damit konnten sie alle ausreisewilligen Österreicher aus dem Libanon evakuieren. Es wurden aber nicht nur Österreicher, sondern auch eine große Anzahl anderer EU-Bürger, aber auch Angehörige anderer Nationen, außer Landes gebracht. Keine der von den Cobra-Beamten betreuten zum Teil stark traumatisierten Personen mußte Nächte auf Matratzenlagern oder stundenlange Wartezeiten an der Grenze in Kauf nehmen.

Das Außenministerium bedankte sich bei der Innenministerin für die tatkräftige Unterstützung und für die ausgezeichnete Kooperation mit den Kräften des BM.I.

Liese Prokop ehrte die fünf Beamten des Krisenreaktionsteams des EKO-Cobra: Thomas Pinkel und Oliver Maurer (EKO-Cobra Wien), Josef Prutsch (EKO Cobra Wiener Neustadt) sowie Erich Brenner und Harald Spörk (EKO-Cobra Graz) für ihren mutigen und verantwortungsvollen Einsatz: „Es macht nicht nur stolz, sondern auch sicher, daß sich die Bürger auf ihre Beamten, auf ‚ihre Cobra‘, derart verlassen können“, sagte Prokop. Dennoch sei zu hoffen, „daß derartige Situationen die Ausnahme bleiben werden“.

Konjunkturaufschwung festigt sich

Laut aktueller WIFO-Schnellschätzung wuchs die österreichische Wirtschaft im II. Quartal 2006 real um 3 Prozent ^{*)}

Der Warenexport gewann weiter an Dynamik, auch die Investitionstätigkeit hat sich gefestigt. Im privaten Konsum und im Wohnbau fehlen jedoch Anzeichen einer Belebung. Die Stimmung ist in den Unternehmen der Sachgüterproduktion derzeit so günstig wie zuletzt im Jahr 2000. Das Expansionstempo der Wirtschaft dürfte sich jedoch spätestens Anfang 2007 abschwächen, da sich die internationalen Rahmenbedingungen verschlechtern und die Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland auslaufen werden.

Der Konjunkturaufschwung hat in Österreich im II. Quartal 2006 an Schwung ge-

wonnen. Laut aktueller Schnellschätzung des WIFO stieg das BIP gegenüber dem Vorquartal real um 1 %. Die Dynamik verstärkte sich gegenüber dem I. Quartal (+0,6 %) deutlich. Im II. Quartal wuchs die Wirtschaft im Vorjahresvergleich neuerlich um 3 %.

Die kräftige Expansion der Weltwirtschaft wirkt sich günstig auf die heimischen Exporte aus. Diese tragen den Konjunkturaufschwung und regen Investitionen an. Die Exporte i. w. S. entwickelten sich im II. Quartal sehr lebhaft (+1½ % gegenüber dem Vorquartal), im Vorjahresvergleich wurde der Export real um gut 9 % gesteigert. Die Belebung der europäischen Wirtschaft und die günstige Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit trugen wesentlich

dazu bei. Besonders rasch nahm die Ausfuhr in die erdölproduzierenden Länder zu (Recycling der Erdölgelder).

Im Gefolge des Exportbooms verstärkte sich die Industriedynamik weiter. Im II. Quartal übertraf die Wertschöpfung der Sachgüterproduktion das Niveau des Vorquartals um gut 2 %. Die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, daß die Aufwärtstendenz – trotz der politischen Unsicherheiten im Nahen Osten – auch im III. Quartal anhält: Die Unternehmen rechnen mit einer spürbaren Ausweitung der Produktion und beurteilen ihre Auftrags- und Geschäftslage günstiger als in den Monaten davor.

Die Bauunternehmen schätzen ihre Geschäftslage besonders positiv ein. Dies gilt vor allem für den Tiefbau, der hohe Auf-

^{*)} Quelle: WIFO

Sandra Steindl, Ewald Walterskirchen

	Saison- und arbeitstagsbereinigt, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real					
	2005				2006	
	I. Qu.1	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ¹⁾	+0,4	+0,4	+0,5	+0,5	+0,4	+0,5
Staat	+0,3	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,3
Bruttoinvestitionen	-1,5	+0,5	+1,5	+0,6	+0,1	+0,5
Exporte	+1,4	+2,0	+2,0	+1,2	+1,3	+1,6
Importe	+0,9	+1,4	+1,6	+0,9	+1,0	+1,0
Bruttoinlandsprodukt	+0,2	+0,5	+0,7	+0,7	+0,6	+1,0
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft	-0,5	-0,7	-0,8	-0,3	+0,0	+0,2
Produzierender Bereich ²⁾	+0,4	+0,9	+1,2	+1,3	+1,8	+2,1
Bauwesen	+0,6	+0,7	+0,7	+0,6	+0,5	+0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-0,1	+0,4	+0,7	+0,6	+0,0	+0,2
Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen ³⁾	+0,3	+0,5	+1,0	+0,9	+0,6	+0,9
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2
Gütersteuern	+0,2	+0,4	+0,6	+0,5	+0,3	+0,8
Gütersubventionen	+0,9	+0,9	+1,0	+1,0	+1,1	+0,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+1,6	+1,8	+1,5	+2,3	+3,0	+3,0

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 2) Bergbau, Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung. 3) Kreditinstitute und Versicherungen, Grundstücks- und Wohnungswesen. – 4) Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung, private Dienstleistungen.

Wirtschaft

tragszuwächse verzeichnete. Die Verbesserung der Auftragslage schlägt sich bisher jedoch nur begrenzt in einer Produktionssteigerung nieder. Die Bauwirtschaft expandierte im II. Quartal mit real $+1/2\%$ gegenüber dem Vorquartal weiterhin mäßig; dabei bremste die Flaute im Wohnbau die Entwicklung.

Die Aufwärtstendenz im produzierenden Bereich greift allmählich auf die Ausrüstungsinvestitionen über, sie stiegen im II. Quartal real um etwa $1 1/2\%$ gegenüber dem Vorquartal und übertrafen das Vorjahresniveau um $5/2\%$. Eine deutliche Ausweitung der Investitionstätigkeit im Jahr 2006 hatte sich bereits im WIFO-Investitionstest angekündigt.

Die Ergebnisse des Handels waren auch im II. Quartal enttäuschend. Der Kfz-Handel setzte weniger um als im Vorjahr, und auch der Großhandel verzeichnete einen schwachen Geschäftsgang. Insgesamt wuchsen die Bereiche Handel, Verkehr und Gastgewerbe gegenüber der Vorperiode um nur $0,2\%$. Relativ kräftig stieg laut VGR, begünstigt durch die EU-Präsidentschaft Österreichs und das Mozart-Jahr, die Wertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen. Die Schwächen der Wirtschaftsentwicklung in Österreich liegen weiterhin im privaten Konsum und im Wohnbau. Der Konsum verstärkte sich auch im II. Quartal nicht, die Ausgaben der privaten Haushalte expandierten wie in den letzten fünf Quartalen um rund $1/2\%$ gegenüber der Vorperiode. Im Vorjahresvergleich wurde der Inländerkonsum laut aktueller WIFO-Schnellschätzung um $1 3/4\%$ ausgeweitet, kaum rascher als im vergangenen Jahr.



Im Wohnbau fehlen jedoch Anzeichen einer Belebung ...

Dank des mäßigen Preisauftriebs nahmen die Bruttorealeinkommen im II. Quartal zu. Die Verbraucherpreise lagen um $1,6\%$, die Tariflöhne um $2,8\%$ über dem Vorjahresniveau. Im Juni verringerte sich die Inflationsrate auf $1,5\%$. Etwa die Hälfte der Teuerung ging auf den Anstieg der Energiepreise zurück, die anderen Preise waren insgesamt sehr stabil. Im Sommer wurden angesichts der Rohölverteuerung die Benzin- und Dieselpreise neuerlich angehoben. Der Rohöl-

preis erreichte Anfang August Höchstwerte von $78 \$$ je Barrel.

Der Konjunkturaufschwung und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hatten eine beträchtliche Zunahme der aktiven Beschäftigung zur Folge (Juli $+54.600$). Begünstigt waren die Branchen mit einem hohen und wachsenden Anteil der Teilzeitbeschäftigung: unternehmensnahe Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Gesundheitswesen. Die Stabilisierung der Arbeitsplatzsituation in der Sachgüterproduktion deutet darauf hin, daß heuer auch die Zahl der Vollzeit-arbeitsplätze steigen dürfte. Laut Mikrozensus erreichte die Teilzeitquote im I. Quartal 2006 $22,5\%$ aller Erwerbstätigen ($+1 1/2$ Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr), die Zahl der Vollzeiterwerbstätigen folgte keinem eindeutigen Trend.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Juli mit 197.000 um 14.000 niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie auf die Ausweitung der Schulungen ($+9.000$) und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (Einstellungsbeihilfen usw.) zurückzuführen. Die gute Konjunktur trug ebenfalls zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei. Dies bestätigt die Regel, daß die Arbeitslosenquote sinkt, sobald das Wirtschaftswachstum mindestens $2 1/2\%$ erreicht. ■



... auch der private Konsum hinkt nach

Fotos: <http://www.bilderbox.biz>

<http://www.wifo.at>

Starke Industrie treibt Konjunktur

Konjunkturmotor läuft rund – breiter, selbsttragender Aufschwung – optimistische Einschätzung für den Herbst

Eine starke Industrie treibt weiterhin die heimische Konjunktur. Trotz zunehmend widriger internationaler Rahmenbedingungen ist genug Schwungmasse für eine zügige Fortsetzung der kräftigen Expansion bis in den Herbst hinein vorhanden“, bewertete der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Peter Koren, die Ergebnisse der aktuellen IV-Konjunkturumfrage „Der Konjunkturmotor der Industrie läuft rund!“

Gegenüber dem 1. Quartal 2006 geht das IV-Konjunkturbarometer, das als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten gebildet wird, gegenüber seinem Rekordstand von 41 Punkten auf 37 Punkte zurück. Diese Entwicklung ist ausschließlich Folge einer vorsichtigeren Einschätzung der Prognosekomponente, während die Lagekomponente nochmals einen neuen Höchstwert markiert. Das gesplante Bild spiegelt wider, daß sich die Industrie auf zunehmend ungünstigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen einzustellen beginnt. Von den hohen Preisniveaus auf den Energie- und Rohstoffmärkten, der latenten Problematik der Versorgungssicherheit, nach wie vor ausstehenden Fortschritten bei der Liberalisierung des Welthandels im Bereich der Industriegüter und Dienstleistungen sowie fortgesetzten Zinsanhebungen im Euroraum wird zum Jahreswechsel ein leicht dämpfender Einfluß auf das Drehmoment ausgehen.

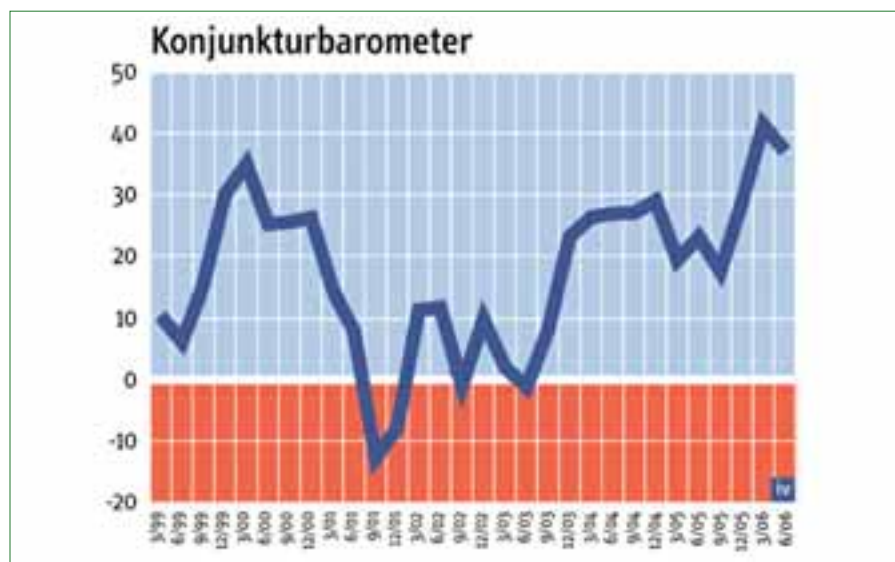
„Die Chance auf eine prolongierte Aufschwungphase bleibt dennoch intakt“, so IV-Chefökonom Christian Helmenstein, „angekurbelt von der Industrie haben auch andere Bereiche der Wirtschaft Fahrt aufgenommen, sodass derzeit ein sich selbst tragender Aufschwung zu beobachten ist, der verwendungsseitig von allen drei Hauptnachfragekomponenten – Nettoexporte, Investitionen und Konsum – gespeist wird.“

Anlaß zu einer optimistischen Einschätzung des weiteren Verlaufs der Industriekonjunktur in naher Zukunft bietet insbesondere das außerordentlich hohe Niveau der Gesamtauftragsbestände (Saldo von +66 nach +55 im Vorquartal). „Zunehmend löst dabei

der Auftragseingang aus dem Inland das lange Zeit dominierende internationale Geschäft als Wachstumstreiber ab“, so Helmenstein.

Dementsprechend wird die Entwicklung der Produktionstätigkeit auf Sicht der nächsten drei Monate – in saisonbereinigter Betrachtung – als nochmals, wenngleich nur noch leicht steigend ausgewiesen. Eine Reihe von Unternehmen produziert bereits an der Kapazitätsgrenze, sodaß sich die starke Mengenkonzunktur gegenwärtig nach wie

spielräume darstellen lassen. Der Anteil der Unternehmen, die steigende Verkaufspreise erwarten, hält sich mit denjenigen, die einen negativen Preistrend für ihre Produkte prognostizieren, mithin nur noch knapp die Waage (Saldo -1 nach +5 im Vorquartal). Dementsprechend verringert sich der Saldo der Unternehmen, die eine weitere Verbesserung ihrer Ertragssituation auf Sicht von sechs Monaten erwarten, auf +6 nach +12 im Vorquartal. Hingegen wird die derzeitige Ertragssituation von 40 Prozent der Unter-



vor in einer Vergrößerung der Auftragsreichweiten niederschlägt. Vize-Generalsekretär Koren: „Dies gibt in konjunktureller Hinsicht Anlaß zu der Erwartung, daß der Beschäftigtenstand in der Industrie im weiteren Jahresverlauf zumindest gehalten werden kann. In Abhängigkeit von der Beschäftigungsentwicklung in der arbeitsintensiven, zugleich aber stark wetterbeeinflussten Bauwirtschaft könnte sich per saldo sogar ein Beschäftigungszuwachs für das Gesamtjahr ergeben.“

Hinsichtlich der weiteren Ertragsentwicklung mahnt die Einschätzung des Verlaufs der Verkaufspreise zur Zurückhaltung. Trotz einer starken Mengenkonzunktur führt die hohe Konkurrenzintensität auf den Märkten dazu, daß sich kaum Preiserhöhungs-

nahmen als „gut“ beurteilt, während nur 10 Prozent der Unternehmen diese als deziidiert „schlecht“ einstufen.

Zur Befragungsmethode

An der Konjunkturumfrage beteiligten sich 467 Unternehmen mit mehr als 254.000 Beschäftigten. Bei der Konjunkturumfrage der IV kommt – ähnlich wie bei dem bekannten deutschen IFO-Konjunkturklimaindex – folgende Methode zur Anwendung: den Unternehmen werden drei Antwortmöglichkeiten vorgelegt: positiv, neutral und negativ. Errechnet werden die (beschäftigungsgegewichteten) Prozentanteile dieser Antwortkategorien, sodann wird der konjunktursensible „Saldo“ aus den Prozentanteilen positiver und negativer Antworten unter Vernachlässigung der neutralen gebildet. ■

Wien beschleunigt Wachstum

Wiener Wachstum im zweiten Halbjahr 2005 über dem Bundesschnitt – der Aufschwung hält auch 2006 an



Foto: media wien

Im November 2005 ging das um neun Millionen Euro errichtete Zentrallager der Henkel Central Eastern Europe in Wien Meidling in Betrieb. Von hier werden Tschechien, Slowakei, Slowenien und Österreich mit Wasch- und Reinigungsmitteln beliefert.

Wiens Wirtschaft wächst wieder schneller. Das zeigt ein aktueller WIFO-Bericht. In der zweiten Jahreshälfte 2005 lag das Wiener Wirtschaftswachstum mit einem Plus von 2,4 Prozent sogar über dem Bundesdurchschnitt von plus 2,3 Prozent. Nach ersten Schätzungen betrug das von den Wiener Unternehmen im Jahr 2005 erwirtschaftete Bruttoregionalprodukt rund 67 Mrd. Euro. Das ist mehr als ein Viertel (27 Prozent) des gesamten österreichischen Bruttoinlandsproduktes von 247 Mrd. Euro. Trotz steigender Beschäftigungszahlen bedeutet der Aufschwung allerdings noch keine Entwarnung für den Arbeitsmarkt. „Wir wollen deshalb durch ein 4-Punkte-Programm mit den Schwerpunkten Innovation und Internationalisierung, Ausbildung und Wissenschaftsförderung den Konjunkturaufschwung unterstützen und damit mehr Arbeitsplätze schaffen“, erklärte Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Vizebürgermeister Sepp Rieder beim Bürgermeistermediengespräch am 1. August gemeinsam mit der Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, KR Brigitte Jank.

„Auch für das Jahr 2006 prognostiziert das WIFO ein Anhalten des Konjunkturaufschwungs bei einem Wachstum auf dem Österreich-Niveau von rund 2,6 Prozent“, berichten Rieder und Jank. Die wichtigsten Wachstumssäulen 2005 waren, der Tourismus (Rekordergebnis mit einem Nächtigungsplus von 5,4 Prozent), die Energieversorgung, aber auch die Sachgüterproduktion und der unternehmensnahe sowie sonstige Dienstleistungssektor.

„Daß das Jahr 2005 ganz im Zeichen der Konjunkturerholung stand, zeigt auch der Gründerboom in Wien“, betonte Jank. Insgesamt wurden im Vorjahr 8638 Unternehmen gegründet, das sind um 411 Betriebe (plus 5 Prozent) mehr als 2004. Die meisten Neugründungen waren im Bereich Gewerbe und Handwerk (3192) zu verzeichnen, gefolgt vom Bereich Information & Consulting (2254), dem Handel (2011), dem Tourismus und der Freizeitwirtschaft (573) sowie dem Bereich Transport und Verkehr (550) und der Sparte Industrie mit 102 Neugründungen. Für das Jahr 2006 wird sogar mit einem

leicht höheren Ergebnis gerechnet. Ein wahrer Ansturm herrschte im Gründerservice der Wirtschaftskammer Wien. Die Mitarbeiter führten 2005 insgesamt die Rekordzahl von 25.000 Beratungen in Sachen Neugründungen durch. (1993 Workshops, 517 persönliche Einzelgespräche, 1750 Kurzberatungen, 18.900 Telefonberatungen, 1500 e-Mails)

Auch die Anzahl der internationalen Unternehmen, die sich in Wien ansiedeln, sei ausgesprochen positiv. 74 ausländische Unternehmen (+37 Prozent) waren es im Jahr 2005 und im ersten Halbjahr 2006 haben sich bereits 31 internationale Betriebe für Wien entschieden.

Innovation und Internationalisierung, Ausbildung und Wissenschaft

„Die Stadt Wien und die Wirtschaftskammer Wien unterstützen und verstärken den Konjunkturaufschwung. Allein für die Wirtschaftsförderung stehen im Jahr 2006 quer über alle Bereiche aus dem Stadtbudget ins-

Wirtschaft

gesamt 136 Mio. Euro zur Verfügung. Schwerpunkte sind neben der Wissenschafts- und Technologieförderung (27 Mio. Euro) die Unterstützung der Wiener Betriebe bei der Internationalisierung, die effiziente Hilfe für Jungunternehmer und Unternehmensgründer sowie ein mit 30 Mio. Euro dotiertes Förderpaket für Klein- und Mittelbetriebe, die mit Hilfe von Innovationen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stehen heuer weitere rund 56 Mio. Euro bereit. 12,5 Mio. Euro davon für die Jugend- und Lehrlingsausbildung. Dazu kommt noch ein Invest-Paket der Stadt und ihrer Unternehmen mit einem Volumen von insgesamt 2 Mrd. Euro für Aufträge, die direkt der Wirtschaft zu Gute kommen“, erklärt Rieder.

Wien als Standort

Ein Gradmesser für den Erfolg und die Attraktivität Wiens als Wirtschaftsstandort ist auch die Bilanz bei der Ansiedlung von internationalen Unternehmen. Im Vorjahr wurden von der Austrian Business Agency (ABA) und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfond (WWFF) insgesamt 74 internationale Unternehmen in Wien angesiedelt. Das waren um 20 Betriebe mehr als im Jahr 2004 mit 54 Ansiedlungen (+ 37%). Insgesamt investierten diese 74 Unternehmen rund 80 Millionen Euro am Standort Wien und haben 725 Arbeitsplätze geschaffen. Der positive Trend bei den Betriebsansiedlungen hält auch im Jahr 2006 weiter an. Mit Stichtag 30. Juni 2006 wurden heuer von ABA und WWFF insgesamt bereits 31 ausländische Unternehmen in Wien angesiedelt. In Österreich waren es 68 ABA-Ansiedlungen. Die 31 in Wien angesiedelten Unternehmen investieren über 7 Mio. Euro am Standort Wien und schaffen 333 neue Arbeitsplätze.

Produktivitätssteigerung, steigende Beschäftigung

Der Wirtschaftsaufschwung in Wien geht Hand in Hand mit einer im Österreichvergleich hohen Produktivitätssteigerung. Im zweiten Halbjahr 2005 nahm die Bruttowertschöpfung je unselbstständig Beschäftigtem real um 1,8 Prozent zu. Der Österreichschnitt beim Produktivitätszuwachs lag im gleichen Zeitraum bei plus 1,2 Prozent. Nur in den Bundesländern Burgenland (+1,9 Prozent) und Vorarlberg (+2,2 Prozent) ist die Produktivität noch höher gestiegen als in Wien.



Eines neues Werk sichert Bombardier-Standort Wien und damit 500 Arbeitsplätze. Mit der Entscheidung für den Werksneubau bekräftigt die Bombardier-Führung ihr „Ja“ zum Wiener Standort und stärkt die Rolle des Wiener Werkes im internationalen Konzern. Noch im September 2006 wird mit dem Bau des neuen Werkes begonnen. Insgesamt werden 32 Millionen Euro investiert.

Foto: Pressefoto Votava



TECHbase Vienna: Standort des im November 2005 eröffneten Technologieparks ist Wien-Floridsdorf. Auf dem ehemaligen Areal der Paukerwerke wird nun auf 10.000 Quadratmetern Forschung und Entwicklung auf hoch stehendem Niveau in den Bereichen Mobilität und Energie betrieben.

Foto: WWFF/Werres

Die Konjunkturerholung spiegelt sich auch in den Arbeitsmarktdaten wieder. Im Jahr 2005 war Wien das einzige Bundesland in Österreich in dem sowohl die Zahl der Arbeitslosen (- 0,7 Prozent) als auch die Arbeitslosenquote von 9,8 auf 9,7 Prozent zurückgegangen ist. Rund 756.500 unselbstständig Beschäftigte arbeiten in der Stadt. Ins-

gesamt gibt es in Wien mehr als 910.000 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, um fast 24.000 mehr als noch vor fünf Jahren. Insgesamt bietet Wien ein Viertel aller österreichischen Arbeitsplätze, nicht nur für die Wiener selbst, sondern auch für rund 200.000 Pendler, hauptsächlich aus Niederösterreich und dem Burgenland.

Wirtschaft

Wachstumsmotor: Tourismus, Energiewirtschaft und Dienstleistungen

Beschleunigt hat sich das Wiener Wirtschaftswachstum laut WIFO-Bericht vor allem im zweiten Halbjahr 2005 mit einem Plus von 2,4 Prozent. Über das gesamte Jahr 2005 gerechnet, ergibt sich für die Wiener Wirtschaft ein Wachstum von plus 2,0 Prozent. Das Wiener Wachstum liegt damit auf dem Österreichtniveau (+ 2,2 Prozent) und ähnlich hoch wie in den anderen Bundesländern der Ostregion. Zum Vergleich: Das Wachstum in Niederösterreich betrug 2,0 Prozent und das im Burgenland 2,1 Prozent.

Die stärksten Stützen des Wachstums im Jahr 2005 waren nach der Bruttowertschöpfung betrachtet, der Tourismus (+3,3 Prozent), die Energiewirtschaft (+11,7 Prozent) und der Dienstleistungsbereich, wobei bei den Dienstleistungen folgende Gruppen die stärksten Wertschöpfungszuwächse zeigten:

- öffentliche und persönlichen Dienste: +3,2 Prozent
- unternehmensbezogene Dienstleistungen/Realitätenwesen: +2,9 %
- Kredit- und Versicherungswesen: +2,4 Prozent

Wie gut sich der Dienstleistungsbereich entwickelt, ist auch an den Beschäftigungszahlen erkennbar. Speziell die wissensintensiven Dienstleistungen haben stark zugelegt (+ 4,3 Prozent). Zu dieser Gruppe werden zum Beispiel Unternehmen in den Bereichen IKT, Forschung & Entwicklung sowie Betriebe die unternehmensbezogene Dienstleistungen im engeren Sinn erbringen, gezählt.

Gestiegen ist auch die Wertschöpfung in der Sachgüterproduktion und zwar um plus 1,8 Prozent. Die größten Umsatzzuwächse erreichten die Fahrzeug-, Baustoff- und Kunststoffindustrie, Teile der Elektroindustrie sowie die Nahrungsmittelindustrie und das Verlagswesen.

Hinter den Erwartungen geblieben sind im Jahr 2005 der Handel (+ 0,2 Prozent), das Bauwesen (+ 0,2 Prozent) und der Sektor Öffentliche Verwaltung (- 2,0 Prozent), in dem sich vor allem der fortgesetzte Personalabbau in der Bundesverwaltung auswirkt.

Aufschwung hält auch im Jahr 2006 an

Für Wiens Wirtschaft prognostiziert das WIFO für das Jahr 2006 ein Wachstum in der Höhe von rund 2,6 Prozent. Ähnlich

hoch wird auch das österreichische Gesamt-Wirtschaftswachstum sein. Besonders profitieren sollte Wiens Wirtschaft im Jahr 2006 von der dynamischen Entwicklung im angrenzenden Ost- und Mitteleuropa. Auch der Tourismus boomt weiterhin. Die Tourismus-Halbjahresbilanz weist bereits ein Nächtigungsplus von 8,8 Prozent (+ 342.000 Nchtigungen) aus.

Weitere positive Impulse werden 2006 von der Bauwirtschaft vor allem vom Tief- und Wirtschaftsbau sowie vom Dienstleistungssektor erwartet. Ein wichtiges Signal, dass der Dienstleistungsbereich weiter wächst, ist die aktuelle Beschäftigungsentwicklung in diesem Bereich. Hier haben sich im ersten Halbjahr 2006 die Unternehmensdienste (+5,7 Prozent), sowie der Gesundheits- (+4,9 Prozent) und Ausbildungsbereich (+5,1 Prozent) besonders dynamisch entwickelt. Im Aufwind befindet sich auch weiterhin die Industrie und die Sachgüterproduktion, die von steigenden Exporten und Investitionen profitiert. So ist im ersten Quartal der technische Produktionswert der Industrie in Wien um 10,4 Prozent und die abgesetzte Produktion bereits um +12,2 Prozent gestiegen.

30 Millionen Euro Förderpaket

Die Wiener Landesregierung hat im April eines der größten zusätzlichen Förder- und Finanzierungspakete für die Wiener Klein- und Mittelbetriebe beschlossen. Insgesamt stehen 30 Mio. Euro zur Verfügung, die zur Hälfte jeweils aus Mitteln der austria wirtschaftsservice (aws) und des Landes Wien aufgebracht werden.

Von diesen 30 Mio. Euro werden 15 Mio. über den WWFF im Rahmen von drei Förderwettbewerben für Klein- und Kleinstbetriebe vergeben. Gefördert werden zum Beispiel der Einsatz neuer Technologien, die Anschaffung moderner Geräte und Maschinen, aber auch Neuerungen in den Bereichen Produktentwicklung, Organisation, Prozeßablauf, Marketing oder im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern. Der erste Wettbewerb für die Zielgruppe der Kleinbetriebe mit zwischen 16 und 49 Beschäftigten ist bereits abgeschlossen. 31 Unternehmen haben Projekte eingereicht. Welche Projekte gefördert werden, wird Ende September feststehen. Mit 29. Juni wurde der Wettbewerbe für Betriebe mit 6 bis 15 Beschäftigten und am 25. Juli der Wettbewerb für die Kleinstbetriebe mit bis zu 5 Be-

schäftigten gestartet. Noch bis Ende September bzw. Oktober können die Betriebe ihre Projekte beim WWFF einreichen.

Weitere 15 Millionen Euro stehen für die Förderung von mittleren Unternehmen (50 bis 249 Mitarbeiter) bereit. Diese Förderschiene wird von der austria wirtschaftsservice abgewickelt.

Internationalisierungsförderung

Die verstärkte Internationalisierung der Wiener Betriebe ist einer der wichtigsten Faktoren für den künftigen Erfolg der Wiener Wirtschaft. Mit der Internationalisierungsförderung tragen WWFF und Wirtschaftskammer Wien gemeinsam zur Ankurbelung von Konjunktur und Export bei. Bis Ende Juni 2006 konnten 62 Anträge – um 16 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres – gezählt werden. Diesen Unternehmen wurden 746.079 Euro Förderung zugesagt. Über zwei Mio. Euro an Gesamtinvestitionen werden damit ausgelöst. Diese Förderung ist im Jahr 2006 mit insgesamt 1,5 Millionen Euro dotiert.

GründerInnen und JungunternehmerInnen

Gemeinsam mit der austria wirtschaftsservice (aws) bietet der WWFF auch Förderungen für JungunternehmerInnen an. Dabei werden die Gründung oder Übernahme eines Betriebes, das Ansparen von Eigenkapital zur Unternehmensgründung sowie Investitionen mit hohem Innovations- und Wachstumspotenzial gefördert. Allein Wien hat im Rahmen dieser Förderung im ersten Halbjahr 2006 bereits über 70 GründerInnen und JungunternehmerInnen mit über 200.000 Euro unterstützt. Darüber hinaus unterstützt der WWFF Jungunternehmer auch mit maßgeschneiderten Immobilienangeboten. Jüngstes Beispiel ist das Tech21, das im Herbst eröffnet wird. Dabei handelt es sich um einen weiteren Gewerbehof im 21. Bezirk, wo auf vier Etagen Büro- und Gewerbeflächen mit insgesamt 5.500 m² Nutzfläche entstehen. Es steht für alle Arten von KMU offen, „bietet aber mit seiner reichhaltigen Ausstattung für EDV, Telekommunikation und Datenübertragung besonders attraktive Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen und ist damit auch ein Baustein der Wiener Technologieoffensive“, so Rieder. Insgesamt gibt es in Wien inklusive Tech21 bereits sieben Gewerbehöfe. ■

Hotellerie mit leichtem Plus

Durch mehr organisierten Tourismus und Verlagerung auf neue Märkte wird auch in Zukunft gepunktet – Marketingleitfaden für 1- und 2-Sternbetriebe präsentiert

Klaus Ennemoser, Obmann des Fachverbandes Hotellerie, erklärte anlässlich der traditionellen Sommer-Presskonferenz in der Wirtschaftskammer Österreich, man rechne, trotz des momentan eher schlechten Wetters, mit einem Umsatzplus von ca. zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit den Nächtigungen werde man knapp unter dem Vorjahresergebnis liegen. Die Gewinner waren Wien (Nächtigungsplus Jänner-Juni 8,9 Prozent), Burgenland (plus 5,4 Prozent) und Niederösterreich (plus 4,4 Prozent). Deutschland, der immer noch wichtigste Quellmarkt Österreichs, hat im ersten Halbjahr 2006 stark ausgelassen (minus 4,3 Prozent), gefolgt von den Niederlanden (minus 4,4 Prozent). Dem gegenüber steht das verstärkte Kommen unserer osteuropäischen Nachbarländer. „Überrascht haben die US-Amerikaner (Ankünfte Jänner bis Juni 06 +10,6 Prozent), die Franzosen (+ 8,9 Prozent) und die Briten (+5 Prozent)“, zeigte sich Ennemoser erfreut.

Der Obmann des Fachverbandes sprach sich für vermehrten organisierten Tourismus aus: „Wir müssen alle Kräfte der Leistungsträger bündeln, um ein maßgeschneidertes Paket für den Kunden zu schnüren. Wir wollen Österreich als Urlaubsmarke in der ganzen Welt gut verkaufen“, betonte Ennemoser. Durch das zunehmende Ausbleiben der heimischen Hauptquellmärkte Deutschland und Niederlande sei eine Verlagerung auf neue Märkte, hier insbesondere die neuen EU-Länder, durchaus sinnvoll. Ebenso müsse man sich eindeutigen Trends und neuen Strömungen anpassen. So kann man deutlich den Trend zu kürzeren Aufenthalten, dafür aber oft Mehrfachurlauben erkennen (durchschnittlicher Aufenthalt in Österreich: 5,1 Tage). Kurzfristige Buchungen per Telefon oder e-mail nehmen zu.

Der Kultur- und Städte-Tourismus boomt, was durch die LCC's (Low Cost Carriers) noch verstärkt wird. Das belegen neben den positiven Ergebnissen in Wien die sensationellen Zahlen aus der Stadt Salzburg, berichtete Ennemoser: „Das satte Nächtigungsplus von 17,6 Prozent ist natürlich zum einen auf das Mozartjahr zurückzuführen, zum anderen auf die Nähe zum Münchner WM-Stadion (Fußball-WM 06). Die bevorstehen-



Foto: Österreich Journal

de Rad-WM wird der Hotellerie in Salzburg und Umgebung wohl auch ein zufriedenstellendes Plus im Herbst einbringen.“

Besonderes Augenmerk will der Fachverband Hotellerie in Zukunft auf die Unterstützung der Ein und Zwei Stern-Betriebe legen. „Wir sehen für die rund 6000 Betriebe, die mit 12 Millionen Nächtigungen rund 10 Prozent der Gesamtnächtigungen ausmachen, noch viel ungenutztes Potential“, erklärte Gabriele Leitner, Geschäftsführerin des Fachverbandes Hotellerie in der WKÖ. Immer wieder wird die Situation der Ein- und Zweistern-Betriebe als eher schwierig beschrieben, doch die Betriebe erreichen Beachtliches. Im Jahr 2005 konnte erstmals seit 1991 wieder ein zartes Nächtigungsplus von 0,9 Prozent erwirtschaftet werden; dem gegenüber stehen jeweils Abnahmen, die 1997 einen Spitzenwert von -9,2 Prozent erreichten.

Ein neuer Marketingleitfaden „Der Draht zum Gast“, der aufgrund einer Studie in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsuniversität anhand einer gemeinsamen Studie erstellt wurde, soll Ein und Zwei Stern-Betriebe dabei unterstützen, sich im Qualitäts-Wettbewerb zu positionieren und sich auf die Chan-

cen und Potentiale des Marktes zu konzentrieren. „Vor allem jenen Unternehmern, die mit wenigen Mitarbeitern auskommen müssen, soll der Leitfaden helfen, bei den wichtigsten erhobenen Faktoren, wie Positionierung und Vermarktung, Standort und finanzielle Möglichkeiten, besser zu punkten“, so Ennemoser.

Zum Thema „Hotelsterne“ und Klassifizierung konnte Ennemoser von einer durchaus erfreulichen Entwicklung berichten. Mit 1. 1. 2006 waren in Österreich 9832 Betriebe klassifiziert, das entspricht einem Anteil von 51,75 Prozent aller österreichischen Beherbergungsbetriebe, was Österreich im EU-Vergleich der Länder mit freiwilliger Klassifizierung zu einem Spitzenreiter macht. Die vom Fachverband Hotellerie neu eingeführte zusätzliche Auszeichnung „Superior“ für die bestehenden 4-Stern-Betriebe erfreut sich ebenfalls reger Nachfrage. Mit 1. August 06 wurden 21 Superior-Auszeichnungen verliehen und 118 Betriebe haben bereits den Antrag für die Auszeichnung gestellt. „Die österreichische Hotellerie hat damit ein weiteres Mal bewiesen, dass die Branche innovationsfreudig ist und die Hotelsterne sich ständig weiterentwickeln“, so Ennemoser. ■

RZB zählt zu den 100 größten Banken der Welt

Fünf Raiffeisenlandesbanken unter den »Top 1000 World Banks«, insgesamt 18 österreichische Banken platziert

Nach der aktuellen „Top 1000 World Banks“-Aufstellung des Financial Times-Fachmagazins „The Banker“ zählt die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) zu den 100 größten Banken weltweit. Sie ist gemessen an der Bilanzsumme als 94. platziert. Nach Kernkapital ist sie als 126. gereiht. Im Ranking 2005 war sie noch 114. nach Bilanzsumme und 131. nach Kernkapital. Wie schnell die RZB auf der Überholspur unterwegs ist, illustriert auch der langjährige Vergleich. 1999 war sie noch 208. nach Bilanzsumme und 279. nach Kernkapital.

Wie in den Jahren zuvor ist die US-amerikanische Citigroup die kapitalstärkste Bank der Welt, gefolgt von der britischen HSBC. Beim Ranking nach Bilanzsumme führt erstmals die britische Barclays Bank vor der Schweizer UBS und der japanischen Mitsubishi UFJ Financial Group.

Insgesamt konnten sich 18 österreichische Banken unter den nach Kernkapital gereihten Top 1000-Banken der Welt platzieren. „The Banker“ führt 16 von ihnen an, darunter fünf Raiffeisenlandesbanken: Erste Bank/Sparkassen (105.), RZB (126.), BAWAG/P.S.K. (171.), ÖVAG (210.), RLB OÖ (327.), HAA (376.), RLB NÖ-W (473.), Oberbank (517.), RLB Steiermark (526.), Hypo Vorarlberg (663.), BTV (686.), Hypo Tirol (721.), RLB Tirol (783.), RV Salzburg (830.), BKS (884.) und die Volkskreditbank (887.). Gereiht nach Bilanzsumme ergibt sich bei fast allen Banken eine bessere Platzierung als nach Kernkapital.

Nicht angeführt wurde die Bank Austria Creditanstalt (BACA), da ihre Werte bereits in jenen der italienischen UniCredit enthalten sind und nicht doppelt gezählt werden, um die Ergebnisse nicht zu verzerren. Die BA-CA selbst wäre auf Platz 83 gelandet. Gleiches gilt für die Donau-Bank (pro forma 737.), die als Tochter der russischen Vneshtorgbank nicht gerankt wurde. Ebenso sind die Sparkassen im Haftungsverbund bereits in den Daten der Erste Bank berücksichtigt und wurden als Teil einer inländischen Bank auch pro forma nicht angeführt. Würde die Raiffeisen Bankengruppe analog zur Erste

Bank/Sparkassen gereiht werden, hätte sie den 59. Platz belegt. Die bereits mit der RZB erfaßte Konzerntochter Raiffeisen International wäre isoliert betrachtet auf dem 180. Rang platziert gewesen.

Eine detaillierte Übersicht über das Ranking der Top 25 Banken weltweit sowie der österreichischen Banken nach Kernkapital und Bilanzsumme finden Sie im beigefügten Tabellenteil.

und Produkten profitieren. Die Auswertungen des renommierten Fachmagazins „The Banker“ bestätigen dies nun zum wiederholten Male auch im weltweiten Maßstab“, sagt RZB-Generaldirektor Walter Rothensteiner.

Insgesamt war 2003 ein gutes Jahr für die Top 1000-Banken. Das Kernkapital stieg signifikant und die Gewinne sind neuerlich angewachsen, wenn gleich mit geringerer Wachstumsdynamik. Nur 22 Banken ver-



Bei der Performance, die „The Banker“ am Return on Equity (RoE) und Return on Assets (RoA) mißt, zeigen die österreichischen Banken trotz höherer Erträge in Zentral- und Osteuropa das gewohnte Ergebnis: Beim RoE konnten sich nur drei österreichische Banken in der ersten Hälfte platzieren (HAA 231., RZB 259., Erste Bank 269.), beim RoA hat es gar keine österreichische Bank unter die Top 500 geschafft (RZB mit Rang 557 am Besten platziert).

Eines der dichtesten Filialnetze weltweit und der scharfe Wettbewerb am österreichischen Markt zum Vorteil der Kunden bewirken zwangsläufig niedrigere Gewinne der österreichischen Banken. „Zahlreiche Studien beweisen, daß die Österreicher von im EU-Vergleich günstigen Bankdienstleistungen

buchten einen Verlust, darunter auch eine österreichische Bank (BAWAG). Einer der Gründe für den Gewinnanstieg insgesamt ist das anhaltende Comeback der japanischen und deutschen Banken, die aber dennoch bei den Performance-Kennzahlen gegenüber dem Durchschnitt deutlich zurückliegen.

Die League Tables von „The Banker“ gelten als die zuverlässigste Quelle ihrer Art und in der Finanzwelt als diesbezüglich wichtigstes Nachschlagewerk. „The Banker“ reiht die Banken nach ihrem Kernkapital („Strength“), weist aber auch Ranglisten nach Bilanzsumme („Size“) sowie nach dem Kapital/Bilanzsummen-Verhältnis („Soundness“) und entsprechend der Performance aus. Das „Top 1000 World Banks“-Ranking wurde in der Juli-Ausgabe veröffentlicht. ■

Wohlfühlen mit allen Sinnen

Die neue Business Class von Austrian Airlines – Neue Schlaf Fauteuils und viele weitere Komfortelemente sorgen für ein einzigartiges Reiseerlebnis

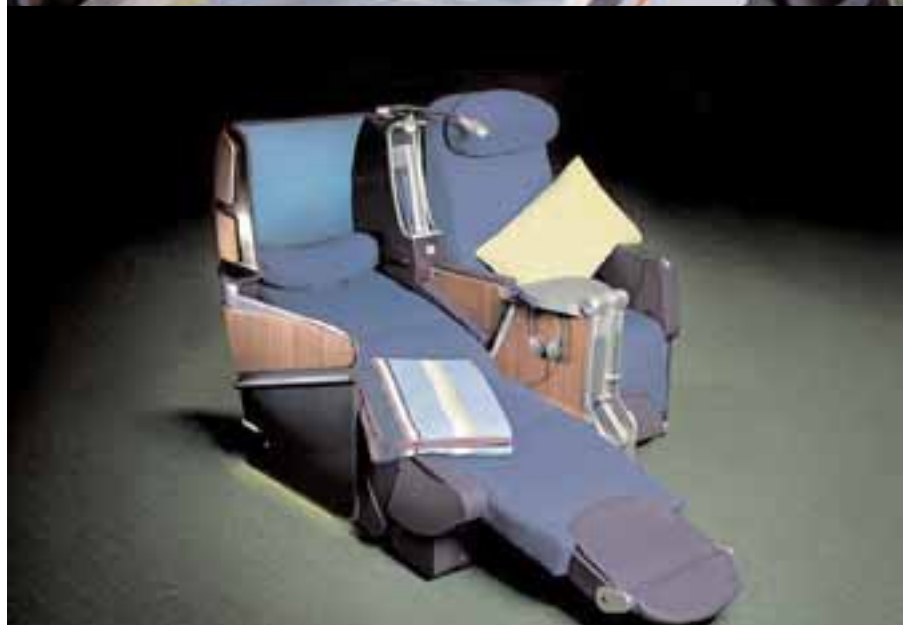
In der neuen Austrian Business Class erwartet die Passagiere ein Reiseerlebnis, das alle Sinne anspricht. Egal ob man arbeitet, kulinarische Köstlichkeiten genießt, schläft oder sich entspannen möchte, zahlreiche durchdachte Details machen jeden Langstreckenflug zum Vergnügen. Mit herzlicher Aufmerksamkeit von der Crew betreut, kommt man ausgeruht und entspannt an seinem Reiseziel an.

Austrian Airlines Vorstandsvorsitzender Alfred Ötsch zur Qualitätsoffensive: „Die Stärken unserer Airlinegruppe liegen in unserem weitverzweigten, auf den Osten spezialisierten Netzwerk und im Bekenntnis zu hoher Qualität im Flugerlebnis für unsere Kunden. Wir wollen unsere Business Class auf Interkontinentalflügen als eine der weltweit besten positionieren und ein Gesamterlebnis aus Komfort, Ambiente, Gourmetfreuden und charmanter persönlicher Betreuung bieten.“

Der neue Schlaf Fauteuil

Um den Aufenthalt an Bord während eines Langstreckenfluges so angenehm wie möglich zu gestalten, wurde der neue Business Class Schlaf Fauteuil mit vielen praktischen Funktionen ausgestattet. Hochwertige Materialien, wie beispielsweise echtes Leder, wurden mit viel Liebe zum Detail verarbeitet. Zahlreiche gut durchdachte Komfortelemente von der schwenkbaren Leselampe über den extragroßen Bildschirm bis zur Massagefunktion machen die Reise besonders behaglich:

- Die Leselampe ist mit schwenkbarem Arm stufenlos regulierbar.
- Das Staufach bietet genügend Platz für einen Laptop und andere persönliche Gegenstände.
- Der „UP-Button“ bringt die Sitzposition auf Knopfdruck von der Liege- in die Entspannungsstufe.
- Der Restaurant-Tisch wird mit einem Handgriff aus der Armstütze gezogen und zum großflächigen Ess- oder Schreibtisch.
- Die Trennwand sorgt bei Bedarf für ungestörte Privatsphäre.
- Die versenkbaren Armlehnen schaffen eine noch komfortablere Bettbreite.





- Die Fußstütze sorgt für eine komplett ausgestreckte Liegeposition.
- Das Control Panel steuert die Positionen des Fauteuils ganz nach Wunsch: Sitzen, Entspannen, Schlafen oder Massage.
- Der persönliche, schwenkbare Bildschirm klappt mit einem Handgriff aus und bietet Unterhaltung auf einem extragroßen Format von 26cm (10,4").
- Der Laptop-Anschluß mit 110 V-Steckdose lädt den Computer während des Fluges ganz ohne Adapter auf.
- Die Ambiente Beleuchtung sorgt für eine einzigartige Lichtstimmung in der Kabine.
- Die Kopfhörer sind mit einer speziellen Funktion, die Nebengeräusche ausschaltet, ausgestattet und bleiben auf einem eigenen Haken immer griffbereit.

Durch neue Farben und Materialien wird eine natürliche, behagliche Atmosphäre an Bord geschaffen. Weiche Pölster und eine Steppdecke oder eine Rückenmassage auf Knopfdruck sorgen für angenehme Entspannung. So tankt man neue Energie und kommt frisch und ausgeruht an seinem Reiseziel an.

Die Langstreckenjets Boeing 777 und Boeing 767 werden ab dem Sommer schrittweise umgestaltet, um die Reise noch angenehmer zu machen. Der neue Komfort der Austrian Business Class inklusive der neuen Schlaf Fauteuils ist zukünftig auf den Strecken nach Singapore, Kuala Lumpur, Melbourne, Sydney, Delhi, New York, Washington, Toronto, Mumbai (Bombay), Mauritius, Phuket, Colombo, Malé und zu Karibischen Ferienzeilen erlebbar. Auch die bewährten Langstreckenflugzeuge Airbus A330 und A340 bieten Reisekomfort auf höchstem Niveau.

Unter <http://www.austrian.com> kann man jederzeit in der Austrian Business Class virtuell Platz nehmen und die Funktionen des neuen Schlaf Fauteuils ausprobieren. Gibt man das Datum des nächsten Fluges ein, so erfährt man, ob das Flugzeug bereits mit den neuen Features ausgestattet ist.



Mit allen Sinnen...

In der neuen Austrian Business Class werden die Passagiere mit einem frischen, dezenten Aromakzept überrascht. Das persönliche Comfort Kit enthält Wellness Artikel wie duftendes Aroma Öl, feuchtigkeitsspendende Essenzen und vieles mehr. Kulinarische Köstlichkeiten – begleitet von österreichischen und internationalen Weinen und herrlichem Kaffeeduft – runden das aromatische Erlebnis ab.

Kulinarik auf höchstem Niveau

Küchenchefs aus aller Welt zaubern köstliche Kreationen aus der österreichischen und internationalen Küche auf den Teller. An Bord sorgt ein „fliegender Koch“ eigenhändig für ein appetitliches Finish auf neu gestyltem Porzellan, die Bordsommeliers empfehlen gerne den passenden Wein dazu. In der neuen Austrian Business Class wird außerdem ein echtes Wiener Kaffeehaus Service mit Kaffeespezialitäten und weltberühmten österreichischen Mehlspeisen angeboten.

Unterhaltung in 10.000m Höhe

Im Audioprogramm findet man für jeden Musikgeschmack den richtigen Sound. Ein abwechslungsreiches Programm mit Pop, Jazz, Hip-Hop oder Klassik verkürzt den Aufenthalt an Bord. Der Meditations-Audiokanal begleitet die Passagiere ins Land der Träume und spezielle Kopfhörer schalten alle Umweltgeräusche aus. Bis zu 18 Videokanäle bringen auf extragroßen, schwenkbaren Bildschirmen in jedem Fauteuil echtes Kino-Feeling ins Flugzeug. ■

<http://www.austrian.com>



Wiens Touristen wollen auch am Sonntag shoppen

Gallup-Studie legt Wünsche der Wien-Touristen offen

Eine Umfrage unter den Mitgliedern der Österreichischen Hoteliervereinigung (ÖHV) im Frühjahr dieses Jahres hat gezeigt, daß eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und offene Geschäfte am Sonntag für 65 Prozent der Mitglieder in Gesamtösterreich sehr wichtig bzw. wichtig sind. In Wien bewerteten sogar 93 Prozent der ÖHV-Hoteliere dieses Thema als sehr wichtig bzw. wichtig.

Nun hat die ÖHV das Österreichische Gallup Institut beauftragt, die Gäste zu befragen. Für diese Untersuchung wurden im Juni 2006 insgesamt 500 Wien-Touristen zu ihren Reisegewohnheiten und ihrem Shoppingverhalten befragt. Zusätzlich wurde die Zufriedenheit der Touristen mit verschiedenen Bereichen ihres Aufenthaltes in Wien analysiert, und die österreichische Hauptstadt auch mit anderen europäischen Städten verglichen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf das generelle Shoppingverhalten der Touristen und die Zufriedenheit mit den in Wien geltenden allgemeinen Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel gelegt. In diesem Zusammenhang wurde auch versucht, Konsequenzen im Verhalten der Touristen, welche durch eine Verlängerung der Öffnungszeiten zu erwarten sind, abzuschätzen.

Dabei stellte sich heraus, daß das Einkaufserlebnis für 14 Prozent der Befragten eine wichtige Zusatzmotivation bei der Reiseentscheidung darstellt. Bei den Gästen der Fünf-Sterne Hotellerie geben 74 Prozent an, daß vielfältige Einkaufsmöglichkeiten und lange Ladenöffnungszeiten bei der Entscheidung für die Urlaubsdestination von Bedeutung sind. Wien konnte sich bisher aber noch nicht als Shopping-Destination positionieren: Im Vergleich mit anderen europäischen Städten wird Wien von den Gästen in den meisten Belangen ausgesprochen gut bis sehr gut bewertet.

Was das Kulturangebot betrifft, erhielt die Hauptstadt auf einer fünfstufigen Skala z. B. die Note 1,73, und die freundliche Bevölkerung wurde mit der Note 1,92 bewertet. Die Öffnungszeiten im Handel schnitten mit der Durchschnittsnote 2,59 im Vergleich am schlechtesten ab. Außerdem sind 27 Prozent

der Wiener Gäste, das sind knapp eine Million Touristen, der Meinung, daß die Geschäfte in Wien im Vergleich zu anderen vergleichbaren Städten eher kurz bzw. sehr kurz geöffnet sind.



Peter Peer, Copräsident der ÖHV
Foto: ÖHV/Lembergh

Gut die Hälfte (53 Prozent) der Wien-Touristen spricht sich für längere Ladenöffnungszeiten in der Hauptstadt aus. Das heißt: Fast zwei Millionen Wien-Gäste würden längere Ladenöffnungszeiten begrüßen, im Vergleich dazu sprechen sich lediglich 184.000 Touristen dagegen aus.

Für zwei Gruppen sind längere Ladenöffnungszeiten besonders wichtig: Für die wahrscheinlich kaufkräftigste Touristengruppe, die Gäste der Fünf-Sterne Hotels, von denen 61 Prozent für längere Öffnungszeiten sind und für die Gruppe der reiseerfahrenen Gäste, die bereits mehr als drei Städte bereist haben (von ihnen sprechen sich 56 Prozent für längere Öffnungszeiten aus).

Gäste wollen auch am Sonntag einkaufen

Eine weitere wichtige Erkenntnis aus der Studie: Der Sonntag sollte nach den Wünschen der Wien-Gäste kein shoppingfreier Tag sein. Deutlich mehr als die Hälfte der Wien-Touristen (60 Prozent), das sind über zwei Millionen Gäste, würden die Möglichkeit, sonntags einzukaufen, nützen. Wobei

das Interesse an Sonntagseinkäufen mit der Unterbringungskategorie steigt: Bei den Touristen, die in einem Fünf-Sterne Betrieb nächtigen, ist die Zustimmung zum Sonntagseinkauf mit 69 Prozent am höchsten.

Ein gutes Drittel (34 Prozent) der Befragten – bei den Fünf-Sterne Hotelgästen sogar fast jeder Zweite (48 Prozent) – hätte während des Wien-Aufenthaltes mehr eingekauft, wenn die Geschäfte länger geöffnet gewesen wären.

Für den Handel brächte die Sonntagsöffnung die Chance auf zusätzlichen Umsatz: Wenn man davon ausgeht, daß jeder dritte Tourist, der sein Interesse an Sonntagseinkäufen geäußert hat, tatsächlich an einem Sonntag in Wien ist und dann den durchschnittlich täglich verwendeten Betrag von 36 Euro ausgibt, ergäbe das für den Handel ein jährliches Umsatzplus von 26,5 Millionen Euro.

Für die Hotellerie ist besonders interessant, daß acht Prozent der Touristen ihren Aufenthalt zumindest wahrscheinlich verlängert bzw. länger geplant hätten, wenn die Geschäfte in Wien länger geöffnet wären. D. h. hochgerechnet auf alle Ankünfte des Jahres 2005 wären es knapp 300.000 Personen, die einen längeren Aufenthalt als wahrscheinlich annehmen. Unter der Hypothese, daß diese Personen zumindest einen Tag länger in Wien bleiben würden, ergibt sich ein potenzielles Nächtigungsplus von 300.000 Übernachtungen. Geben diese Gäste am Verlängerungstag dann auch noch den durchschnittlichen Betrag von 36 Euro aus, kann sich der Handel über weitere 10,8 Millionen Umsatz freuen. Insgesamt würde sich durch die Ausgaben von Touristen am Sonntag und am zusätzlich angehängten Urlaubstag (bedingt durch offene Geschäfte am Sonntag und längere Ladenöffnungszeiten am Abend) für den Handel also ein Umsatzpotenzial von 32 bis 35 Millionen Euro ergeben.

Angesichts dieser Ergebnisse erneuert ÖHV-Präsident Peter Peer seinen Vorschlag eines Pilotversuchs, die Sonntagsöffnung in Wien einfach an vier Sonntagen vor Weihnachten und an vier weiteren tourismusrelevanten Sonntagen zu testen. ■

Ein Brückenmythos wird 130

Einsturz der Wiener Reichsbrücke von 30 Jahren als markantes Ereignis



Foto: MA 29/Archiv

Der Fahrer des Busses, der mit der Reichsbrücke in die Donau gestürzt war, überlebte. Nur ein PKW-Lenker verlor sein Leben.

Keine Brücke in Wien ist so bekannt wie sie – die Reichsbrücke. Um keine Brücke ranken sich mehr Geschichten und Mythen als um sie. Im August jähren sich zwei Ereignisse rund um diese Brücke – vor 30 Jahren stürzte die Reichsbrücke am 1. August 1976 ein, und vor 130 Jahren wurde am 21. August 1876 die „Kronprinz-Rudolf-Brücke“ offiziell eröffnet.

Die erste Brücke

Die erste Reichsbrücke, als Reichsstraßenbrücke begonnen und als „Kronprinz-Rudolf-Brücke“ offiziell eröffnet, wurde im Zuge der 1868 begonnenen Donauregulierung als „stabile Brücke“ in der Achse Jägerzeile – Schwimmschulallee (heutige Praterstraße und Lassallestraße) in vierjähriger Bauzeit errichtet. Auf dieser Brücke wurde auch die Brückensteuer von 32 Kreuzern eingehoben, was vor allem von den Bewohnern



Die »zweite« Reichsbrücke, auf der bis 1. August 1976 auch die Straßenbahn nach Kaisermühlen und retour unterwegs war.

Foto: MA29 / Archiv

der „Kolonie Kaisermühlen“ als große Belastung empfunden wurde. 1919 wurde sie in „Reichsbrücke“ umbenannt. Eine große Bedrohung stellte der Eisstoß 1928/29 dar, den die Brücke aber überstand. Aufgrund des gestiegenen Verkehrs und des schlechten technischen Zustandes entschloß man sich, die Brücke neu zu bauen.

Die zweite Brücke

Die zweite Brücke entstand in der alten Achse der Reichsbrücke. Aus diesem Grund entschloß man sich, die alte Brücke bereits 1934 auszuschieben, und über sie den Verkehr laufen zu lassen. Das Projekt „Kettenbrücke“ wurde als Prestigeprojekt in einer Zeit begonnen, als das Land innenpolitisch mit großen Sorgen zu kämpfen hatte. Auch das Projekt ging nicht so voran, wie man sich das gewünscht hatte. Die alte Reichsbrücke mußte ein Jahr länger die Behelfs-



Ein Altvertrautes Bild von der Reichsbrücke, so, wie sie bis zum 1. August 1976 dem Verkehr, auch der Straßenbahn diente. Foto: MA29

brücke sein, die Untergrundverhältnisse waren schwieriger als angenommen. Zudem wurde das Projekt von einem akademischen Streit über die Machbarkeit der Brücke überschattet, der im Freitod eines Professors mit seiner Gattin endete. In den Kriegstagen wurde das „Objekt 56“ (Codebezeichnung der Roten Armee für die Brücke) trotz einiger Treffer und heftiger Kämpfe nicht zerstört. Bis 1955 wurde sie als „Brücke der Roten Armee“ umbenannt. Der 100. Geburtstag der Brücke im Jahr 1976 fiel buchstäblich ins Wasser. Am 1. August versank in den frühen

Morgenstunden die Brücke im Wasser, ein Toter war zu beklagen. Der Rest ist Geschichte.

Die dritte Brücke

Nach dem Einsturz wurden in Rekordbauzeit Ersatzbrücken über die Donau gebaut. Bereits im Dezember 1976 wurde die Straßenersatzbrücke dem Verkehr übergeben. Durch den Brückeneinsturz hatte sich auch die Möglichkeit ergeben, die neue U-Bahnlinie U1 innerhalb des Hohlkastens der

Eröffnung der Kronprinz-Rudolf-Brücke.

Die feierliche Eröffnung der vollendeten Reichsstraßenbrücke, die nunmehr in Folge Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers den Namen Kronprinz-Rudolf-Brücke führt, ist heute 9^{1/2} Uhr Vormittags durch Se. Exc. den Herrn Statthalter von Nieder-Oesterreich Freiherrn v. Conrad-Eybeschfeld vollzogen worden. In dem seitwärts der Brückenauffahrtsrampe errichteten Zelte hatten sich Ihre Excellenzen der Reichskriegsminister FML. Graf v. Blyandt-Rheydt, der Landescommandirende FML. Freiherr v. Maroicic, dann Sectionschef Rubin, der Landmarschall Abt Helfersdorfer, der Bürgermeister Dr. Felder, der Stellvertreter des Polizeipräsidenten Hofrath Weiß, der mit der Oberleitung des Brückenbaues betraute Hofrath Waniel Ritter v. Domysslow an der Spitze der Bauleiter: Baurath Stephan Weiß, Oberingenieur Clemens Fischer und Joseph Peter und zahlreiche Gäste eingefunden.

Bei der Ankunft Sr. Exc. des Herrn Statthalters intonirte die vor dem Zelte aufgestellte Militärmusicalcapelle die Volkshymne.

Der Oberbauleiter Hofrath Waniel Ritter v. Domysslow richtete an Se. Exc. den Herrn Statthalter Freiherrn v. Conrad-Eybeschfeld folgende Ansprache:

„Eu. Excellenz!

Als Oberbauleiter des Reichsstraßen-Brückenbaues erlaube ich mir, Eu. Excellenz in meinem Namen und im Namen der k. k. Bauleitung und der Bauunternehmung auf dieser Stätte unseres Wirkens ehrfurchtsvoll zu begrüßen.

Durch die dem Schaffen alles Gemeinnütigen so reichlich zugewendete Gnade Sr. Majestät, durch die Munificenz der Reichsvertretung und die unablässige Fürsorge Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Innern für diese Aufgabe seines Ressorts so wie durch das Zusammenwirken aller berufenen Organe ist es möglich geworden, den Bau dieser Brücke zu vollenden, die das fruchtbare Marchfeld der Hauptstadt und Residenzstadt näher rückt, in der nächsten Zukunft einem weiter reichenden Verkehr zu dienen bestimmt ist und die, einen Hauptverbindungs Punkt über den Reichsstrom bildend, späteren Geschlechtern Zeugniß geben wird von den Bestrebungen der Gegenwart und von ihren opferfreudigen Schöpfungen auf dem Gebiete der materiellen Interessen.

Mir und meinen Amtsberufsgenossen so wie der hier vertretenen Bauunternehmung ist die ehrenvolle Aufgabe zu Theil geworden, diesen Brückenbau auszuführen.

Fünf Jahre mühevollen Waltens sind verstrichen, in denen wir unsere volle Kraft pflichtgemäß dem uns übertragenem Werke gewidmet haben. Wir freuen uns, daß es uns gegönnt war, es zur Vollendung zu bringen, und die uns zu Theil gewordene allergnädigste Anerkennung Sr. Majestät gefattet uns, dem Gedanken Raum zu geben, daß unserem redlichen Wollen das Gelingen nicht ver sagt war.

Mit dem gehobesten Gefühle erfüllt uns die Allerhöchste Bewilligung, daß diese Donau-Brücke durch den Namen Sr. k. und k. Hoheit uneres durchlauchtigsten Kronprinzen verherrlicht werden dürfe.

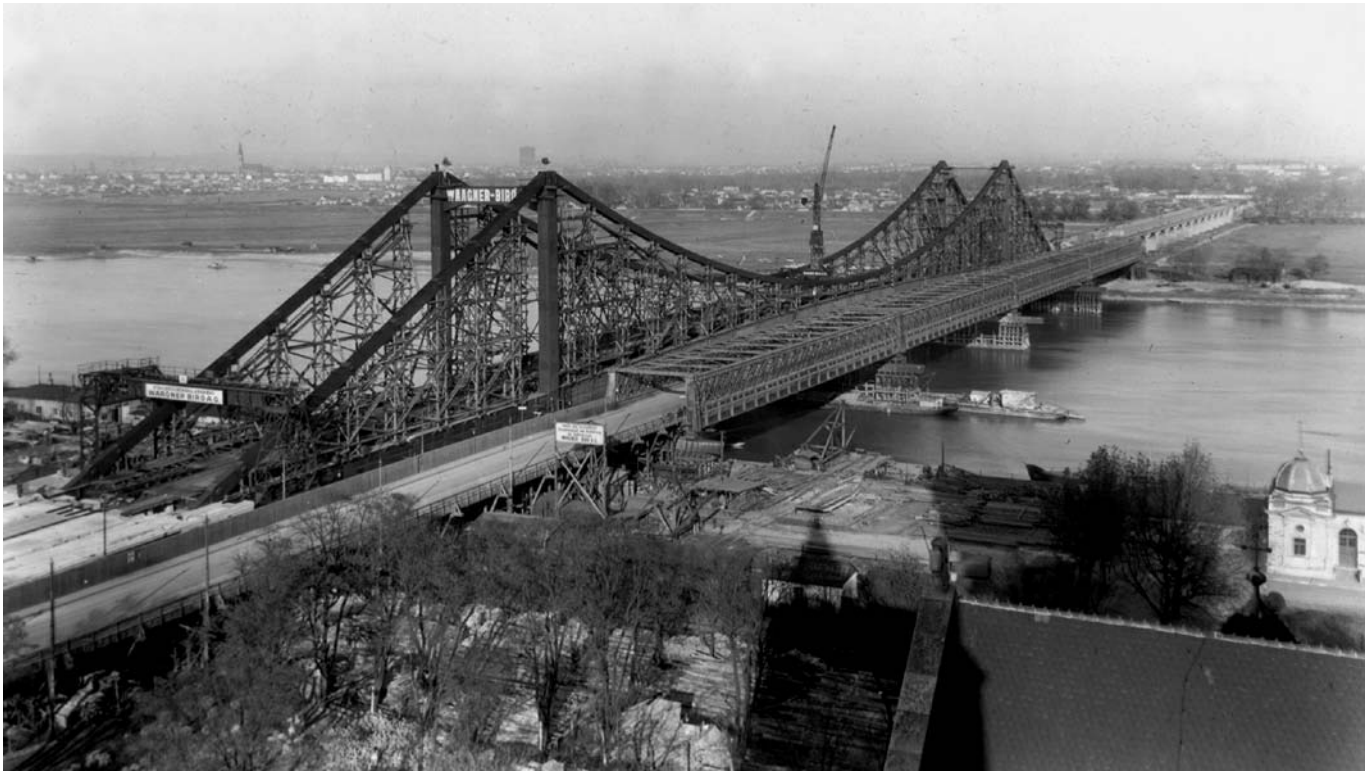
Heiße Segenswünsche und tiefgefühlter Dank bewegen unsere Brust, indem wir diesen geliebten Namen, der heute auf allen Jungen Oesterreichs schwebt, mit einem Worte vereinigt sehen, zu dem mitzuwirken uns durch die Günst des Schicksals beschieden war.

Von diesen Gefühlen durchdrungen, bringen wir ein Hoch aus auf Se. k. und k. Apostolische Majestät unferen allergnädigsten Kaiser und auf die Zukunft Oesterreichs, Se. k. und k. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Kronprinzen Rudolf, hoch! hoch! hoch!

Quelle: ANNO

Anno ist der virtuelle Zeitungslesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek. Hier kann in historischen österreichischen Zeitungen und Zeitschriften online geblättert und gelesen werden. Gerade jetzt - im immer größer werdenden Europa - steigt das Interesse an der eigenen Region. Diese wird in kaum einer Quelle so gut abgedeckt wie in Zeitungen. <http://anno.onb.ac.at/>

Chronik



Die Reichsbrücke wurde in vierjähriger Bauzeit als »stabile Brücke« errichtet;
unten: die neue Reichsbrücke bei Nacht

Fotos: MA29 / Archiv



Brücke über die Donau nach Kagnan zu führen. Am 9. November 1980 wurde die Brücke offiziell dem Verkehr übergeben. Am 3. September 1982 fuhr dann die erste U-Bahn-Garnitur durch die Reichsbrücke.

In den Jahren 2003 bis 2005 wurde die Reichsbrücke an die neuen Bedürfnisse jenseits der Donau angepaßt. Noch mehr Wohnbevölkerung und noch mehr Freizeitangebote, vor allen durch die neu geschaffene Donauinsel, sind in Kagnan und Kaisermühlen anzutreffen. Das Tragwerk der Reichsbrücke ist zwar in Ordnung, äußerlich war aber einiges zu machen. Neue Rad- und Fußwege, die jetzt die Bezirke und die Donauinsel barrierefrei verbinden, neue Busstationen, mehr Licht bei weniger Stromverbrauch und neue Oberflächengestaltung machen die Reichsbrücke zu einem wahren Prachtstück an der Donau. Durch ein technisches Meßsystem in der Brücke, das gemeinsam mit arsenal research betrieben wird, wird diese Brücke auch technisch ein Vorzeigeprojekt moderner Brückentechnik. So konnte etwa durch das Meßsystem zum Wienmarathon der Mythos entkräftet werden, die Läufer könnten die Brücke zum Einsturz bringen. Ihr Schwingungsverhalten ist insgesamt geringer als die Belastungen durch den laufenden U-Bahn-Betrieb. Zum Abschluß der Bauarbeiten wurde im Juli 2005 im Zuge der Festveranstaltung „25 Jahre Reichsbrücke“ die Brücke rundum erneuert der Bevölkerung präsentiert. ■

Fahrgäste wählen Linz zum schönsten Bahnhof Österreichs



Fotos: CI & M / Robert Deopito

Der Linzer Hauptbahnhof wurde zum zweiten Mal in Folge beim Bahntest des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) von 32 Prozent der 18.870 befragten Fahrgäste zum schönsten Bahnhof Österreichs gewählt, 14 Prozent stimmten für den Hauptbahnhof Innsbruck, der den zweiten Platz erreichte. Der Grazer Hauptbahnhof landete an dritter Stelle. „Alle drei Bahnhöfe wurden neu gestaltet. Dieses Ergebnis sollte ein Ansporn sein, die Bahnhofsoffensive zu beschleunigen“, stellt VCÖ-Sprecher Christian Gratzter zum Ergebnis des VCÖ-Bahntest fest.

Handlungsbedarf gibt es vor allem in Wien. 24 Prozent antworteten auf die Frage, welcher Bahnhof gefällt Ihnen am wenigsten: „Der Wiener Südbahnhof.“ 18 Prozent nannten den Wiener Westbahnhof, der aber auch von 8 Prozent zum schönsten Bahnhof gewählt wurde. Von 13 Prozent wurde der Hauptbahnhof St. Pölten als „häßlichster“ Bahnhof bezeichnet. „Es ist erfreulich, daß die Modernisierung des Bahnhofs St. Pölten jetzt begonnen wurde. Ebenso wichtig ist, dass der Zentralbahnhof in Wien rasch gebaut wird“, betont VCÖ-Sprecher Gratzter.



Der VCÖ-Bahntest hat gezeigt, daß die Fahrgäste aus Niederösterreich mit den Bahnhöfen am wenigsten zufrieden sind. Sie gaben die Note 2,7. Am zufriedensten sind die Kärntner, die die Note 2,3 vergaben.

Der VCÖ weist auf die wichtigsten Kriterien bei Bahnhöfen hin: Der ideale Bahnhof ist gut erreichbar, behindertengerecht und damit barrierefrei gebaut, sauber und hell, strahlt eine angenehme Atmosphäre aus und wird als Geschäftsstandort gut genutzt.

Weiteres Ergebnis: Die meisten Fahrgäste wohnen in der Nähe einer Haltestelle oder eines Bahnhofs. „58 Prozent der Fahrgäste brauchen weniger als 15 Minuten zur Haltestelle. Die Österreicher fahren gerne mit der Bahn statt mit dem Auto, wenn es in der Nähe eine Haltestelle gibt. Das zeigt, wie wichtig ein dichtes Bahnnetz ist“, stellt Gratzter fest. 34 Prozent der Fahrgäste kommen mit anderen Öffentlichen Verkehrsmitteln zum Bahnhof, 26 Prozent zu Fuß, 18 Prozent fahren im Auto mit, 12 Prozent kommen mit dem eigenen Auto, sieben Prozent mit dem Fahrrad und drei Prozent mit dem Taxi.

<http://www.oebb.at> <http://www.vcoe.at>

100 Jahre Führerschein in Österreich

Die allererste Führerscheinprüfung wurde 1893 in Frankreich durchgeführt

In Österreich liegt die Geburtsstunde der amtlichen Führerscheinprüfung genau 100 Jahre zurück, recherchierte der ARBÖ. Eine Ministerialverordnung, die für den österreichischen Teil der k.k.-Monarchie galt, schrieb 1906 die Einführung von Erkennungszeichen (Kfz-Kennzeichen) sowie die Prüfung der Wagenlenker vor. „Die Angst vor der Maschine war damals groß, darum wurde vor allem die Technik des Vehikels und weniger der Lenker geprüft“, erzählt Christian Rapp, vom technischen Museum Wien.

Bereits einige Jahre früher wurde in Frankreich die aller erste Führerscheinprüfung abgehalten: Am 14. August 1893 (also vor genau 113 Jahren) verordnete der damals neuernannte Polizeipräsident Louis Lépine allen Besitzern von „Motorwagen“ eine Prüfung. Geprüft wurden die ersten mutigen Führerscheinanwärter von Bergbauingenieuren, die sich zum damaligen Zeit im Bereich Technik am besten auskannten.

In Österreich begannen die ersten Anzeigen für Fahrgenehmigungen bereits 1892. Graf Siegfried Wimpffen suchte damals bei der Wiener Polizei, „Referat für Spektakel“, um eine Genehmigung zum Betrieb eines Dampf-Automobils an. „Im Rahmen einer Dampfkesselprüfung wurde die Maschine auf ihre Tauglichkeit getestet“, so Rapp. Eine Kommission, der der Rektor der Wiener Technischen Hochschule sowie Beamte des Magistrates und der Polizei angehörten, erteilten dann die erste Konzession. Bis zur nächsten Genehmigung dauerte es allerdings vier Jahre: 1896 erhielt Ludwig Lohner die Berechtigung zum Betrieb eines Benzin-Motorwagens.

„Die Dampfkesselprüfung gibt es auch heute noch“, berichtet Rapp, der Kurator für eine Ausstellung zur Geschichte der Autofahrer in Wien ist. „Lokführer, die heute eine Dampflok fahren, müssen diese Dampfkesselprüfung absolvieren. Sie müssen das technische Know-how besitzen, um diese alten Maschinen richtig bedienen zu können.“

1896 erteilte der k.k. Statthalter im Erzherzogtum Österreich unter der Enns eine Verordnung zur landesgesetzlichen Regelung für den Kraftfahrzeugverkehr, die Bestim-



1: Sicherheitsmerkmal: Guillochendruck, Iriseinfärbung; 2: Führerschein in allen EU-Sprachen; 3: Unterscheidungszeichen des EU-Mitgliedsstaats; Sicherheitsmerkmal: Hologramm; 5: Sicherheitsmerkmal: 3fach-Kippbild; 6: Persönliche Daten; 7: Unterschrift; 8: Lichtbild

mungen für das Fahren mit Automobilwagen und Motorrädern regelte. Dort findet man auch die Linksfahrordnung für Niederösterreich, die festlegte „links zu fahren, links auszuweichen und rechts vorzufahren“. Von den wenigen Automobilisten, die damals unterwegs waren, hielt sich jedoch kaum jemand daran. Außerdem gab es niemanden, der den Verkehr regelte. Auch Vorrangregeln oder Verkehrszeichen fehlten noch.

Vademekum für Signale

1902 schlug die „Association Generale Automobile“ vor, 16 Straßensignale aufzustellen. Damit konnte sie jedoch nicht alle Automobilisten begeistern. Am 30. November 1902 schrieb die „Allgemeine Automobil-Zeitung“, daß „durch die Einführung von so vielen Zeichen leicht eine Verwechslung herbeigeführt werde, und der Automobilist stets ein kleines Vademekum (*Leitifaden, Anm.*) bei sich führen müsse, um seinem Gedächtnis nachzuhelfen“. Dazu ein ARBÖ-Vergleich: Heute müssen sich die Kraftfahrer durch einen Wald von mindestens zwei Millionen Schilder österreichweit kämpfen. Und das ganz ohne „Vademekum“.

Auch in der jüngeren Geschichte des Führerscheins und der dazugehörigen Prüfung hat sich einiges verändert:

1998 wurde die mündliche Prüfung durch Fragen aus dem Computer ersetzt. Seit 2003 ist die so genannte Mehrphasenausbildung für Führerscheinkandidaten in Kraft, Führerscheineulinge müssen nach der eigentlichen Fahrprüfung zeitlich gestaffelt zwei Perfektionsfahren (in den Fahrschulen), ein Fahrsicherheitstraining (z.B. beim ARBÖ) und ein verkehrspsychologisches Gespräch absolvieren, um den Schein behalten zu dürfen. Am 1. Juli 2005 wurde in Österreich das Vormerksystem eingeführt. Seit 1. März dieses Jahres gibt es den 1955 geborenen rosa Schein nur mehr in Scheckkartenformat und aus widerstandsfähigem Plastik. Das heißt, in der Waschmaschine irrtümlich ausgebleichte, lappige Lenkerberechtigungen gehören nun endgültig der Vergangenheit an.

Ab 11. Oktober 2006 ist übrigens die Ausstellung „Spurwechsel – Geschichte der Autofahrer Wiens“ im technischen Museum in Wien zu besichtigen. ■

Informationen zum neuen Führerschein finden Sie unter der Adresse

<http://www.scheckkartenfuhrerschein.at/>

Drei Achterl täglich...

oder: Was ein Husarenhauptmann aus dem 16. Jahrhundert mit dem modernen Gesundheitstourismus zu tun hat.

Man schreibt das 16. Jahrhundert. Die Türken überrennen die Ostgrenze des Kaiserreiches. Husarenhauptmann Mathias Schmalvogl stellt sich ihnen, an der Spitze seiner Truppe, tapfer entgegen. In zahlreichen Gefechten beweist er sich seinem Kaiser durch besonderen Mut und Tapferkeit. Als Dank für seine Loyalität wird der Husar von Rudolf II. mit zahlreichen Privilegien ausgestattet und schließlich, als Krönung seiner militärischen Laufbahn, wenige Jahre nach dem Sieg über die Türken bei Calugari, 1609 in Prag in den Adelsstand erhoben.

den heldenhaften Vorfahren wird der „Rote Husar“, ein trockener Rotburger, auch in Zukunft das Spitzenprodukt des „Husaren-Weinguts“ an den sonnigen Hängen des Leithagebirges bleiben.

Drei Achterl täglich...

Weltweite Studien haben ergeben, daß die im Wein enthaltenen Antioxidantien die aggressiven freien Radikalen unschädlich machen und dadurch das Krebsrisiko, Arteriosklerose und Herzinfarkttrisiko erheblich

Wellness-Buchungsplattform Europas online gegangen. Das faszinierende daran ist, daß auf einer übersichtlich gestalteten Auswahlseite mit der Maus mehrere Kriterien markiert werden können: Region, Hotel-Charakteristik, welche Naturheilmethoden oder gesundheitsfördernden Einrichtungen im Haus oder zumindest im Ort oder der näheren Umgebung verfügbar sein müssen und, nicht zuletzt, welches Gebrechen behoben werden soll. Die Verknüpfung dieser Kriterien führt zu einer Auflistung aller relevanten Adressen, bei denen – mit einem Klick – auch



Wie Baron Werner Schmalvogl zu berichten weiß, führten eines Tages widrige Umstände dazu, daß sein tapferer Vorfahre in türkische Gefangenschaft geriet. In Erwartung eines grausamen Todes wollte er noch einen Schluck seines geliebten Weines genießen. Neugierig geworden, wollten auch die Türken davon trinken, und so ging der Weinschlauch von Mund zu Mund. Moslems kannten weder den vergorenen Traubensaft noch die Wirkung des Alkohols, und so kam es, daß bald alle volltrunken waren. Dem Baron gelang damit das „Husarenstück“ – die Gegner zu besiegen und wohlbehalten zu entkommen. Die besondere Vorliebe für erstklassige Weine hat sich die Familie Schmalvogl bis heute bewahrt. Im Angedenken an

verringern. Sogar die Reduzierung des Alzheimerrisikos wird damit in Verbindung gebracht. Und das bei Rot- und Weißwein gleichermaßen. Sogar der „oberste Wächter“, die WHO, gesteht den unbedenklichen Genuß von bis zu drei Achterl täglich zu. Das ist aber bei weitem nicht der einzige Bezug Werner Schmalvogls zum gesunden Leben. Aus Überzeugung hat er nämlich mit dem über unsere Grenzen hinaus berühmten, leider viel zu früh verstorbenen, Willi Dungal den Verein „Gesundes Österreich“ gegründet, der als Begründer des modernen Gesundheitstourismus in Österreich gilt. Mit jeder Menge Erfahrung und Innovationsgeist ist unter Schmalvogls Federführung vor kurzem die modernste und größte

gleich Informationen angefordert werden können; englischsprachige Version inklusive (andere Sprachen sind in Vorbereitung). Und das nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland, an der Aufnahme weiterer europäischer Länder wird gearbeitet. Das Portal von „Gesundes Österreich“ bietet aber darüberhinaus noch jede Menge anderer Informationen über einen Ratgeber, der die wichtigsten Fakten zu „Gesundheit im Alltag“ erläutert, jede Menge Links zu Naturheilmethoden, Selbsthilfegruppen, eine Kräuterfibel und eine ausführliche Auflistung von Gesundheitsprodukten. Sie sollten dort einmal hineinschauen, auch wenn es Ihnen heute noch gut geht! <http://www.gesundes-oesterreich.at>

100 Jahre Taurachbahn

Wichtige Attraktion für den Lungau bereichert das touristische Angebot

Eine wichtige touristische Attraktion des Landes Salzburg feiert ihren 100-jährigen Bestand: die Taurachbahn. „Der Tourismus im Lungau wäre um eine wichtige Attraktion ärmer, wenn die Dampf-Lokomotive S 12 nicht mehr schnaufen würde. Sie bringt zahlreiche Besucher in unser Bundesland“, sagte Tourismus- und Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer Anfang August anlässlich der Jubiläumsfeier. „Die Bahn spannt einen Bogen aus längst vergangenen Tagen in unsere schnellebige Zeit. Sie lädt ein, die Region aus einer ungewohnten und auch gemütlichen Perspektive kennen zu lernen.“

Die Station Mauterndorf ist eine harmonische Ergänzung zum historischen Erscheinungsbild des Marktes Mauterndorf, um so mehr, „als es heute in den Sommermonaten dort dampft, zischt und raucht wie zu Zeiten meiner Großeltern“, sagte Haslauer. „Wenn die Gäste gut gelaunt die Fahrt durch den Lungau genießen und Kinderaugen beim Anblick der dampfenden Lokomotive strahlen, dann ist dies für alle Aktivisten der Taurachbahn Bestätigung und der schönste Lohn für ihre Arbeit. Sämtliche Gastronomiebetriebe des Lungaus und am Katschberg wurden mit den neuen Fahrplänen und Postern ausgestattet. Die Taurachbahn wird als Bestandteil des touristischen Angebotes des Lungaus akzeptiert und gefördert“, so Haslauer.

Die Taurachbahn liegt im Lungauer Hochbecken, umgeben von den Radstädter Tauern im Norden, den Hohen Tauern im Westen und den Nockbergen im Süden. Ihren Namen erhielt die Bahn von der Taurach, einem Bergfluß, der seine Quelle in den Massiven der Tauern hat und dem die Bahn von Mauterndorf bis Tamsweg folgt. Das betriebliche Zentrum sowie Ausgangspunkt der Züge ist der Bahnhof Mauterndorf. Das gesamte Betriebspersonal der Bahn besteht aus freiwilligen Mitarbeitern, die alle notwendigen Prüfungen abgelegt haben und die entsprechenden Berechtigungen besitzen. Da der Großteil dieses Personenkreises auch noch einem Beruf nachgehen muß, kann der Betrieb der Taurachbahn nur in den Sommermonaten an den Wochenenden stattfinden.

Ursprünglich war die Taurachbahn ein Teil der 1894 erbauten Murtalbahn. In den



Die historische Dampflokomotive des Clubs 760 in St. Andrä



Bgm. Valentin König aus Thomatal winkt zum Abschied aus der historischen Dampflokomotive, im Vordergrund LH-Stv. Wilfried Haslauer

Fotos: Land Salzburg / Landespressebüro

Jahren 1979/1980 wurde die Taurachbahn-Studiengesellschaft mit Sitz in Mariapfarr gegründet. 1983 wurde sie in Taurachbahn-Gesellschaft umbenannt. Ziel der Gesellschaft war die Verfügungsberechtigung über dieses Teilstück. Am 1. April 1982 wurde die Strecke gepachtet und nach mehrjähriger Arbeit war sie wieder soweit instand gesetzt, dass erste Baufahrzeuge nach Mauterndorf gebracht werden konnten. Am 26. Oktober 1985 fuhr dann erstmals ein Sonderzug auf der neuen Strecke. Mit einem enormen Kostenaufwand wurde die Wiederherstellung der

beschädigten Eisenbahnbrücke bei St. Andrä im Juni 1983 beendet, und im August 1983 wurde sie erstmals anlässlich der Überstellungsfahrt nach Mauterndorf befahren.

Der Schwerpunkt 2006 ist die Sanierung des Empfangsgebäudes Mauterndorf. Nach mehr als 30 Jahren zeigen sich schon bedenkliche Abnutzungserscheinungen, besonders aber die Feuchtigkeitseinflüsse auf die Mauern. ■

Weitere Informationen bietet der „Club 760 – Verein der Freunde der Murtalbahn“ unter <http://www.club760.at/html/Taurachbahn.htm>

Bärennachwuchs in Österreich

WWF freut sich über drei Jungbären im Ötschergebiet

Seit Anfang Mai bestätigen mehrere Sichtbeobachtungen, daß sich in den Wildalpen im Ötschergebiet eine Bärin mit ihren drei Jungtieren aufhält. Um welche Bärin es sich bei der Mutter genau handelt, ist noch unklar. Bis in den Frühsommer nächsten Jahres werden die jungen Bären bei ihrer Mutter bleiben und von ihr alles lernen, was sie für das Überleben in der freien Wildbahn brauchen. Die Jungen sind ein positives Zeichen, daß sich die Bären im österreichischen Alpenraum heimisch fühlen. Außerdem benötigt die österreichische Bärenpopulation dringend Zuwachs, um langfristig überleben zu können.

„Die Ergebnisse der genetischen Untersuchungen zeigen ein durchaus Besorgnis erregendes Bild für Österreichs kleine Bärenpopulation“, sagt Beate Striebel, Bärenexpertin des WWF Österreich. Aufgrund der genaueren Ergebnisse durch die genetischen Analysen mußte die Schätzung aus dem Jahr 2001 von 15 bis 20 Bären im Gebiet der Nördlichen Kalkalpen auf sieben bis zwölf Tiere korrigiert werden. Währenddessen hält sich die zweite Population in Kärnten weiterhin konstant bei fünf bis acht Bären. „Die Populationsgröße und die Verbreitung sind demnach seit Mitte der 1990er Jahre bestenfalls stabil geblieben, auf Dauer brauchen wir aber mehr Bären“, so Beate Striebel.

Die Bärenanwälte des WWF beschäftigt derzeit vor allem die Frage, was aus ca. 15 vermißten Bären in den Nördlichen Kalkalpen geworden ist und weshalb sich trotz regelmäßigem Zuwachs und ausreichend geeignetem Lebensraum keine Zunahme des Bärenbestandes feststellen läßt. Untersuchungen dazu sollen den Forschungsschwerpunkt des Bärenprojektes in den nächsten Jahren bilden. Dafür ist vor allem die Weiterführung des genetischen Monitoring notwendig. Leider ist nach dem Auslaufen des EU-unterstützten Bären-LIFE Projektes derzeit keine Finanzierung dieser Forschungsarbeit vorhanden.

Wichtig für eine langfristige Zukunft der Braunbären in Österreich ist die Vernetzung und der Schutz von Lebensräumen, um eine Zuwanderung aus benachbarten Populationen zu ermöglichen und die vorhandenen Bärenfamilien zu erhalten. Die MA 49, das Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der



Fotos: P. Weinmann 4nature.at / WWF

Stadt Wien, bewirtschaftet die Quellenschutzwälder im Bärenggebiet. Laut Werner Fleck vom Forstamt der Stadt Wien wird durch eine naturnahe Bewirtschaftungsform die Artenvielfalt des Waldes erhalten und verbessert, was auch den Bären zugute kommt. Im Zusammenhang mit der Bärenpopulation

in diesem Gebiet arbeitet der WWF mit dem Forstamt der Stadt Wien eng zusammen. Noch bis Ende Oktober ist im Wasserleitungsmuseum der Stadt Wien in Wildalpen/Steiermark eine Ausstellung mit dem Titel „Dem Bären auf der Spur“ zu sehen. ■

<http://www.wwf.at>

Elektrischer Strom heilt Wunden

Erstmals konnte der wissenschaftliche Beweis erbracht werden, daß es für die Rolle des Stroms bei der Wundheilung eine genetische Basis gibt

Einem Team von Wissenschaftlern aus Österreich, Schottland, den USA und Japan gelang der Nachweis, dass Elektrizität einen wesentlichen Einfluß auf die Wundheilung hat. Die Forscher hoffen, daß ihre Erkenntnisse dazu führen werden, neuartige Methoden zur Behandlung von schlecht heilenden Wunden zu entwickeln.

Das Team um Josef Penninger veröffentlichte seine Arbeit in der Ausgabe des Wissenschaftsjournals „Nature“ (27. Juli 2006). Die Autoren beschreiben darin Proteine und Gene, die an der durch elektrische Felder stimulierten Wundheilung ursächlich beteiligt sind. Bei ihren Untersuchungen an Haut, Blutzellen, und Hornhaut entdeckten die Forscher, daß sie die Einwanderung von Zellen in eine Wunde durch Anlegen von elektrischen Feldern beschleunigen konnten. Durch Veränderung der elektrischen Spannung – in einer Stärke wie sie etwa in menschlichen Hautwunden „natürlicherweise“ vorkommt – konnte die Geschwindigkeit der Heilung gerichtet beeinflusst werden.

Prof. Josef Penninger, Direktor des Wiener Instituts für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (IMBA), ist von den Ergebnissen begeistert: „Mit dieser Arbeit konnten wir erstmals den wissenschaftlichen Beweis erbringen, daß es für die Rolle des Stroms bei der Wundheilung eine genetische Basis gibt. Ein altes und bisher ignoriertes biologisches Prinzip wird dadurch in die moderne genetische Wissenschaft übertragbar.“

Die Rolle des elektrischen Stroms bei der Signalübertragung in Nerven oder der Kontraktion von Muskeln ist gut untersucht. In der Elektrophysiologie spricht man von Aktionspotenzialen, die durch Spannungsunterschiede entlang von Zellmembranen entstehen und nur wenige Millisekunden lang aufrecht erhalten werden. Ein wesentlich weniger beachtetes Phänomen – obgleich schon länger bekannt – sind Ströme, die in verletzten Geweben fließen und über mehrere Tage anhalten können, die sogenannte „Wundelektrizität“.

Die Entstehung dieser elektrischen Ströme basiert auf fundamentalen physikalischen Prinzipien in allen Organismen: Zellen, die



Josef Penninger, Leiter des Instituts für Molekulare Biotechnologie Foto: IMP/IMBA

in Gewebeverbänden organisiert sind, wirken wie kleine, biologische Batterien. Quer durch die Schichten der menschlichen Haut baut sich eine Potenzialdifferenz auf. Wird die Haut – etwa durch einen Schnitt - verletzt, bewirkt die Schnittwunde einen „Kurzschluß“ und erzeugt ein meßbares elektrisches Feld am Wundrand. Dieses Wundpotential ist eine Erscheinung, die seit langem bekannt ist.

Bereits vor 250 Jahren experimentierte Luigi Galvani mit präparierten Froschmuskeln, die er durch Berührung mit durchtrennten Nervenenden zu Kontraktionen anregen konnte. Er bezeichnete das Phänomen als „tierische Elektrizität“. Knapp 50 Jahre später gelang es dem Italiener Carlo Matteucci erstmals, den elektrischen Strom eines Muskels direkt zu messen. Der deutsche Physiologe Emil Du-Bois Reymond wies den Strom, der aus Wunden fließt, im Selbstexperiment nach und etablierte damit im 19. Jahrhundert das Forschungsgebiet der Elektrophysiologie.

Nachdem das Phänomen der Wundelektrizität lange Zeit ignoriert worden war, nahm sich die Gruppe um Josef Penninger in Wien und Min Zhao in Aberdeen des Themas an. Die Forscher untersuchten die Wundheilung an Zellkulturen von menschlicher Haut und Hornhaut von Ratten. Nach Verletzung wachsen benachbarte Zellen in die Wunde ein und verschließen sie schließlich. Durch Anlegen eines elektrischen Feldes kann diese Zellwanderung beschleunigt werden. Eine Umkehrung des elektrischen Feldes bewirkt hingegen eine Ausweitung der Wunde und damit verlangsamte Wundheilung.

Diese Beeinflussung von Zellbewegung durch Strom wird als Elektrotaxis bezeichnet. Zellen wandern aber auch – und vor allem – entlang chemischer Gradienten, was als Chemotaxis bekannt ist. Durch Spülung der Zellkulturen mit frischer Nährlösung konnten die Forscher bei ihren Experimenten eine Überlagerung durch chemotaktische Phänomene ausschließen. Sie untersuchten

auch einen Schleimpilz, der durch Mutation die Fähigkeit zur Chemotaxis verloren hatte. Die Ansprechbarkeit auf elektrische Signale blieb dabei unverändert. Elektrotaxis funktioniert in fast allen Zellen, welche gerichtete Zellmigration zeigen, und scheint eines der ältesten Prinzipien in der Biologie zu sein, um gerichtete Zellbewegungen auszulösen.

Bei der Analyse der beteiligten Mechanismen stellte sich heraus, daß die Signalübertragung innerhalb der Zelle bei Chemotaxis und Elektrotaxis den gleichen Weg nimmt. Als wichtigstes Molekül in der Signalkette wurde das Enzym PI3K identifiziert. Durch experimentelle Blockade des Gens für PI3K kann die Reaktion auf elektrische Felder sowohl in isolierten Zellen als auch in Geweben unterdrückt werden. Das Signal von PI3K wird von dem bekannten Tumor Suppressor Protein PTEN unterdrückt – die Forscher konnten auch nachweisen, daß die Blockade des PTEN-Gens die Wundheilung beschleunigt. Damit gelang der erste Nachweis von Genen, die für elektrisch stimulierte Wundheilung verantwortlich sind.

Hoffnung auf neue Therapieformen

Verzögerte Wundheilung stellt die Mediziner immer wieder vor Probleme, zum Beispiel bei der wachsenden Zahl von Diabetikern. Aus den jüngsten Erkenntnissen zur Elektrotaxis leiten die Wissenschaftler Hoffnungen für neuartige Therapieformen ab. Dabei ist jedoch nicht an das Anlegen von Elektroden gedacht, sondern an die Entwicklung von Substanzen, die gezielt in den Ionenstrom innerhalb von Geweben und damit in die Entstehung von elektrischen Potenzialen eingreifen.

Für Josef Penninger ist mit der soeben publizierten Arbeit aber noch eine weitere Hoffnung verbunden. „Wir konnten aufgrund unserer Untersuchungen ein Phänomen rehabilitieren, das lange Zeit im Grenzbereich der Medizin angesiedelt war. Ich hoffe, daß wir damit weiteren Forschungen in diese Richtung die Tür öffnen. Viele Prinzipien, die in der Alternativmedizin angewandt werden, warten noch auf ihre wissenschaftliche Beschreibung. Mit unserer Arbeit haben wir zumindest einen ersten Schritt gesetzt, der eines dieser bisher ignorierten Phänomene – zelluläre Elektrizität und Wundheilung – mit fundamentaler Physik und Genetischen Prinzipien vereint.“ ■

Sonnenstrom kann auch Gebäude kühlen

Photovoltaikanlagen zur sicheren Nutzung der Stromversorgung

Wie jedes Jahr sind die Sommermonate durch einen erhöhten Stromverbrauch durch Kühlgeräte und Ventilatoren gekennzeichnet. Die Situation hat sich in den vergangenen Wochen in ganz Europa verschärft. Kühlwasserprobleme von Atom- und Kohlekraftwerken sowie der gestiegene Strombedarf aufgrund des verstärkten Einsatzes von Klimaanlagen haben zu einem Engpaß im Stromhandel geführt. Mit der Hitze steigt aber nicht nur der Kühlbedarf, sondern auch der Energieertrag von Photovoltaikanlagen. Doch gerade der Ausbau dieser Energiesparte geht in Österreich nur schleppend vor sich. Ein Grund dafür ist das Ökostromgesetz, meinen Experten.



„Der Ausbau der Photovoltaikleistung soll in Österreich in Zukunft zumindest den Strombedarf decken, der im Sommer für die Kühlung von Gebäuden notwendig ist. Die derzeit installierten 24 Megawatt MW reichen jedoch nicht aus um die notwendigen 120 MW herzustellen“, so Peter Molnar, Geschäftsführer der oekostrom Vertriebsgesellschaft im „pressetext“-Interview. Er verweist darauf, daß ein Ausbau der Erzeugung von elektrischem Strom aus Sonnenenergie eine sinnvolle Maßnahme für die Gebäudekühlung ist.

Die sommerlichen Temperaturen haben dazu geführt, daß vor allem die Preise für Spitzenlaststrom zeitweise explodiert sind.

„Während einigen Großkraftwerken das Kühlwasser und die Energie ausgehen, laufen die rund 200.000 allein in Deutschland installierten Photovoltaikanlagen auf Hochtour und schließen mit 2.000 MW Leistung diese Versorgungslücke“, erklärt der Experte. Auf die Frage, warum in Österreich nicht mehr Solarstrom aus der Steckdose fließe, verweist Molnar auf die unglückliche Regelung im Ökostromgesetz. „Die 15 MW-Deckelung war bereits ein paar Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2003 erreicht. Damit ist auch jede weitere staatliche Förderung ausgeblieben“, so Molnar. Gefördert wurde seither nur auf Landesebene. „Wir fordern, daß auf Basis des österreichischen Ökostromgesetzes neben den Netzeinspeisetarifen von ökologisch erzeugtem Strom auch die Investitionskosten für Kleinanlagen zur ökologischen Stromerzeugung aus Sonnenenergie, Biomasse und Wind gefördert werden“, so Molnar, der betont, dass dies einen erheblichen Impuls für die Errichtung derartiger Anlagen bedeuten würde.

„Das neue Ökostromgesetz weist allerdings einen grundsätzlichen Denkfehler auf: Die rund 17 Mio. Euro, die jedes Jahr zusätzlich für Ökostromförderung gewährt werden, reichen nämlich nicht aus, um den jährlichen Stromverbrauchszuwachs von über einer Terawatt Stunde abzudecken“, erklärt Molnar. „Auf dem Gebiet der Solarthermie sind wir in Österreich bereits Weltklasse, bei der Photovoltaik hinken wir der Entwicklung allerdings nach. Dabei sind bereits heute zwischen 200 bis 300 österreichische Arbeitsplätze in der Produktion entstanden.“ Das Ziel lautet jährlich zumindest 20 MW Photovoltaikleistung neu zu installieren.

„Die oekostrom AG will immer mehr private Haushalte zu ihren eigenen Ökostromproduzenten machen“, erklärt Molnar. Mit der oekostrom-Solarpartnerschaft konnten bisher fast 2,5 MW Photovoltaikleistung realisiert werden. In Zukunft soll diese Partnerschaft auch auf andere Mikrostromerzeuger, wie die Betreiber von Pelletsanlagen mit Stirling-Modul, ausgeweitet werden. ■

<http://www.oekostrom.at/>

A. Wrabetz neuer ORF-General



Foto: ORF/Milenko Badzic

Alexander Wrabetz wurde in der Sitzung des ORF-Stiftungsrats am Donnerstag, dem 17. August 2006, unter dem Vorsitz von Generaldirektor Klaus Pekarek, mit 20 von 35 möglichen Stimmen bei einer Enthaltung zum neuen ORF-Generaldirektor bestellt. Die Funktionsperiode des neu gewählten Generaldirektors beginnt am 1. Jänner 2007 und endet am 31. Dezember 2011.

Wrabetz zu seiner Wahl: „Ich freue mich über die breite Mehrheit der Unterstützung, die ich gefunden habe. Für mich ist das ein klarer Auftrag für den Weg, auf dem der ORF in die Herausforderung der kommenden Jahre zu führen ist. Ich bin mir der großen Verantwortung für das Haus und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewußt und werde mich mit ganzer Kraft dieser neuen Aufgabe widmen.“

Der Vorsitzende des ORF-Stiftungsrats, Generaldirektor Klaus Pekarek, erklärte, die besonders breite Unterstützung, die Wrabetz bei den Mitgliedern des Stiftungsrats gefunden habe, „ist ein gutes Signal für einen stabilen, unabhängigen Kurs, den das Unternehmen ORF in Zukunft steuern wird.“

Die mit Jahresende 2006 scheidende Generaldirektorin Monika Lindner meinte nach der erfolgten Wahl, der Stiftungsrat habe eine Wahl getroffen. „Ich wünsche dem ORF eine gute Zukunft.“

In der Sitzung des Stiftungsrats wurde auch die Zahl der Direktionen sowie die Geschäftsverteilung gemäß ORF-Gesetz festgelegt. Die von Alexander Wrabetz vorge-

schlagene und vom Stiftungsrat einstimmig beschlossene Geschäftsverteilung lautet: Informationsdirektion Fernsehen, Programmdirektion Fernsehen, Hörfunkdirektion, Kaufmännische Direktion, Technische Direktion, Direktion für Online und Neue Medien. Weiters erteilte der Stiftungsrat seine Zustimmung zur Ausschreibung der Funktion der Direktorinnen/Direktoren und Landesdirektorinnen/ Landesdirektoren gemäß.

Das Hearing

Am Hearing vor der Wahl hatten im Rahmen der Sitzung des Stiftungsrats alle sechs nominierten Kandidatinnen und Kandidaten in folgender durch das Los ermittelten Reihenfolge teilgenommen: Helmut Brandstätter, Rudolf Klausnitzer, Viktoria Kickinginger, Prof. Wolfgang Lorenz, Monika Lindner, und eben Alexander Wrabetz.

Wrabetz stellte bei seinem Hearing vor der ORF-Belegschaft vor der Wahl zunächst das Gemeinsame über das Trennende. Der ORF sei „das beste öffentlich-rechtliche Unternehmen Europas“, auf das man gemeinsam stolz sein sollte. Problembereiche ortete er allerdings in der TV-Information sowie in der internen Kommunikation.

Auch der „Mangel an Stolz auf dieses Unternehmen“, Frauenfeindlichkeit und die mangelnde Förderung von Frauen bedürften laut Wrabetz dringenden Handelns.

In der Fernsehinformation müsse es zu einer Dezentralisierung der Strukturen kom-

men: Sendungsverantwortliche und Wettbewerb zwischen den einzelnen Redaktionen. Zur kritisierten Einflußnahme von außen und zu befürchteten Absprachen mit BZÖ-Chef Peter Westenthaler für die BZÖ-Unterstützung



Foto: ORF/Franz Neumayr

Die mit Jahresende 2006 scheidende Generaldirektorin Monika Lindner »wünscht dem ORF eine gute Zukunft«

bei der Wahl sagte Wrabetz: „Bei mir gibt's keine Direktleitung, und zwar zu niemandem.“ Es werde keine Kompromisse und Zugeständnisse geben, so Wrabetz.

Erneut betonte Wrabetz, daß es einen Informationsdirektor Mück unter seiner Führung nicht geben werde. „Was in der Unter-

Personalia



Alexander Wrabetz (li.) und Klaus Pekarek

Foto: ORF/Thomas Ramstorfer

suchungsgruppe festgeschrieben wurde, wird ihn nicht zur Beförderung zum Info-Direktor prädestinieren. Das wird es unter mir nicht geben und das weiß er auch.“

Wie schon in der Vorwoche hielt Wrabetz fest, daß die Breite seiner Unterstützung eine gewisse Form von Unabhängigkeit darstelle. „Das ist die breiteste Unterstützung, die ein ORF-General je hatte.“ Er selbst habe sich überdies nie als „Vertreter einer Partei oder Richtung verstanden“.

Für die Besetzung seiner Direktoren wünscht sich Wrabetz „Topprofis aus dem Haus“, einige seiner Wunschkandidaten seien derzeit selbst Kandidaten für den Job, den er angestrebt habe.

Reaktionen

Aus den Parteizentralen kamen unterschiedliche Reaktionen.

ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka erklärte, die Wahl sei geschlagen, das Wahlergebnis durch die ORF-Stiftungsräte werde selbstverständlich akzeptiert. Es sei eine demokratische Wahl, deren Ergebnis sich durch eine rot-grün organisierte Absprache mit blau-oranger Hilfe abgezeichnet habe. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Behauptungen der Opposition, die ÖVP habe im ORF die alleinige Macht, falsch seien. Wrabetz werde künftig daran gemessen werden, wie er seine Ankündigung umsetze, ein besseres Programm ohne Gebührenerhöhung zu machen.

Der gf. SPÖ-Klubobmann Josef Cap zeigte sich erfreut über die Kür von Wrabetz: „Wrabetz hat in den vergangenen Jahren viel für den ORF geleistet und bewiesen, daß er erfolgreich für das Unternehmen tätig sein will. Seine Wahl im Stiftungsrat bietet die

Chance auf einen starken ORF, der seinem Programmauftrag gerecht wird. Die wohl größte Herausforderung Wrabetz' wird die Beendigung der Informationskrise sein“, so Cap.

Als „Armutszeugnis“ bezeichnete BZÖ-Mediensprecher Uwe Scheuch die Aussagen von ÖVP-Generalsekretär Lopatka. „Es ist bedauerlich, daß in der ÖVP in verkrusteten parteipolitischen Strukturen gedacht wird und das Wohl des Unternehmens ORF offenbar zweitrangig ist. Dies bestätigt einmal die Richtigkeit der heutigen Entscheidung durch die ORF-Stiftungsräte, so Scheuch, der Wrabetz zur Wahl gratulierte.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gratulierte Wrabetz und sieht eine große Chance, den ORF aus seiner ÖVP-Umklammerung zu lösen. Was sich in den vergangenen Tagen rund um die ORF-Wahl abgespielt habe, sei ein trauriges Schauspiel gewesen und habe gezeigt, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Österreich nur als Manövriermasse für politische Taktierereien gesehen werde. Mit der Wahl Wrabetz' könne ein neues Kapitel in der österreichischen Medienlandschaft eröffnet werden.

Der Bundessprecher der Grünen, Prof. Alexander Van der Bellen, begrüßt die Entscheidung des ORF-Stiftungsrats. Die Wahl Wrabetz' sei ein Signal für die Wiederherstellung eines von allen Parteien unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Stiftungsrat habe den „Allmachtsallüren der ÖVP“ eine klare Absage erteilt. Er habe unmißverständlich klargestellt, daß „der ORF keine Teilorganisation der ÖVP ist und auch keine werden soll. Der Stiftungsrat hat die Weichen in Richtung eines unabhängigen, zukunfts- und wettbewerbsfähigen ORF gestellt“, so Van der Bellen. ■

Alexander Wrabetz

Geboren am 21. März 1960 in Wien.

Ausbildung:

1970-1978: 2. BRG XIX Wien

1978-1983: Studium der Rechtswissenschaften an der Uni Wien

03/1983: Promotion zum Dr. jur.

Beruflicher Werdegang (auszugsweise)

1983: Gerichtspraxis als Rechtspraktikant

1982-1983: Freier Mitarbeiter ORF-Landesstudio Wien

1984-1987: Girozentrale und Bank der Österr. Sparkassen

1987-1992: Österreichische Industrieholding AG

1990: Generalsekretär der Austrian Industries/ÖIAG

1988-1994: stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats d. VAMED

1988-1992: Mitglied des Aufsichtsrats der Voest Alpine Intertrading GmbH.

1988-1992: Mitglied Board of Directors der Voest Alpine Trading Corporation, Houston USA;

1990-1992: Associate des European Round Table of Industrialists

1992-1994: Geschäftsführer der Voest Alpine Intertrading Linz

Weitere Funktionen:

1995-1998: Mitglied des Kuratoriums des Österreichischen Rundfunks

1998 bis dato: Kaufmännischer Direktor Österreichischer Rundfunk; Vorsitzender des Aufsichtsrats der ORF-Enterprise; Geschäftsführer der TW1 Betriebsführungs GmbH und weitere Funktionen

Sprachen:

Englisch: verhandlungsfähig

Französisch: verhandlungsfähig

Spanisch: Grundkenntnisse

Personalia:

verheiratet mit Dr. med. Petra Wrabetz

Kinder: Niko (1988), Phillip (1991), Julia (1993)

Anna Netrebko ist Österreicherin

Überreichung des Staatsbürgerschaftsbescheides durch
Salzburgs Landeshauptfrau Burgstaller im Chiemseehof

Seit Dienstag, 1. August, 13.00 Uhr, ist Anna Netrebko offiziell österreichische Staatsbürgerin. Im Chiemseehof, dem Sitz der Salzburger Landesregierung, hat sie von Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller den Staatsbürgerschaftsbescheid erhalten und die Gelöbnisformel unterzeichnet. Die Übergabe des Staatsbürgerschaftsbescheides fand in Anwesenheit von Mitgliedern des Direktoriums der Salzburger Festspiele, Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, dem künstlerischen Intendanten Peter Ruzicka sowie dem langjährigen Salzburger Festspielkünstler Otto Schenk statt, der Netrebko würdigte. Der Verleihung des Staatsbürgerschaftsbescheides an Anna Netrebko war ein Amtshilfe-Ersuchen der Stadt Wien, als zuständige Stelle für die Einbürgerung von Ausländern ohne derzeitigen Wohnsitz in Österreich, vorausgegangen.

Anna Netrebko hat einen Antrag um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft gestellt, der vom Magistrat der Stadt Wien als zuständige Stelle an die Bundesregierung weitergeleitet und von dieser am Dienstag, 25. Juli stattgegeben wurde. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft ist aber erst rechtskräftig mit der Übergabe des Staatsbürgerschaftsbescheides, der Unterzeichnung der Gelöbnisformel und mit der Bestätigung der Übernahme des Staatsbürgerschaftsbescheides, welche heute im Chiemseehof stattfanden.

Künstlerische Heimat

Anna Netrebko hatte in ihrem Antrag angeführt, daß sie derzeit weltweit auf den größten Opern- und Konzertbühnen auftritt. Mit ihrer internationalen Karriere habe sie jedoch in bzw. mit Österreich ihre künstlerische Heimat und Wahl-Heimat gefunden. In ihrem Ansuchen hat sie ebenfalls unterstrichen, daß sie ihre ersten großen internationalen Erfolge auf der Bühne des Großen Festspielhauses in Salzburg feiern konnte; seither sei sie jedes Jahr gerne nach Salzburg zurückgekehrt. Bei ihren bisherigen Aufenthalten konnte sie Österreichs Kultur, Geschichte, Naturschönheit und Lebensart ebenso kennen und schätzen lernen, wie die große



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (re.) und Anna Netrebko Foto: LPB/Franz Neumayr

Wertschätzung, die hier der Kunst entgegengebracht werde. All dies habe dazu beigetragen, daß sie Österreich zu ihrer Wahlheimat auserkoren habe.

Das von Anna Netrebko unterzeichnete Gelöbnis besagt, daß sie der Republik Österreich als getreue Staatsbürgerin angehöre, und deren Gesetze stets gewissenhaft beachten und alles unterlassen würde, was den Interessen und dem Ansehen der Republik abträglich sein könnte.

In die Herzen der Österreicher gesungen

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller betonte in ihren Begrüßungsworten, Anna Netrebko werde in Österreich bewundert und habe sich in die Herzen der Österreicher gesungen. Talent, Fleiß und ihre natürliche Art und

Weise seien Hauptgründe dafür. Anna Netrebko schaffe es, ernste klassische Musik für viele Österreicher leichter verstehbar und hörbar zu machen. Sie selbst sei glücklich, daß Anna Netrebko nunmehr Österreicherin und eine von uns sei, sagte Mag. Burgstaller.

Nachdem sie das Gelöbnis geleistet und den Staatsbürgerschaftsbescheid übernommen hatte, bedankte sich Anna Netrebko mit den Worten: „Ich bin sehr glücklich und hoffe eine gute Österreicherin zu werden.“

Festspielpräsidentin Rabl-Stadler hieß Anna Netrebko als Österreicherin herzlich willkommen und dankte Intendant Ruzicka dafür, daß er Netrebko für Salzburg und deren Festspiele entdeckt habe. „Wir haben Dich als Künstlerin gern, aber besonders wegen Deiner liebenswerten und menschlichen Art“, unterstrich Rabl-Stadler. Die Festspiele fühlten sich künftig für Anna

Netrebko als Österreicherin noch mehr verantwortlich und hofften, daß sie sich auch immer für das beste und größte Festspiel in der Welt einsetzen werde.

Schenk: »Wir brauchen Anna Netrebko«

Der langjährige Festspielkünstler und Regisseur Otto Schenk würdigte Anna Netrebko indem er meinte, sein Leben müsse er in zwei Abschnitte teilen, die Zeit vor und nach Anna Netrebko. Von der ersten Probe ihrer gemeinsamen Arbeit an sei er überwältigt von ihrer künstlerischen Leistung und natürlichen Ausstrahlung gewesen. Anna Netrebko sei keine Diva mit vielen Allüren, sondern eine natürlich und unbefangen auftretende Künstlerin; eine Persönlichkeit mit einer wunderbaren Stimme, die alles, was sie macht, mit ihrer Stimme auszudrücken weiß. Netrebko könne sich nunmehr in Gesellschaft so bedeutender Künstler wie Ludwig van Beethoven und Johannes Brahms, die alle zu Österreichern geworden seien, fühlen. „Wir Österreicher sind gewohnt, die Welt aufzusaugen, und wir brauchen die Welt und so eine wie Anna Netrebko“, so Schenk. Daher seien wir auch ein bißchen stolz, daß sie nur Österreicherin werden wollte. ■

Anna Netrebko

Die im südrussischen Krasnodar geborene Sopranistin Anna Netrebko erhielt ihre Gesangsbildung am Konservatorium von St. Petersburg. Nach ihrem Sieg beim Moskauer Glinka-Wettbewerb (1993) wurde sie von Irina Arkipova zu einem Konzert ans Bolschoi-Theater eingeladen und kurz darauf ins Ensemble des Mariinsky-Theaters in St. Petersburg engagiert, wo sie als Mozarts Susanna debütierte und seither auch in Opern des russischen Repertoires sowie Werken von Berlioz, Rossini, Bellini, Donizetti, Offenbach, Bizet, Verdi und Puccini zu erleben war, oft unter der Leitung von Valery Gergiev. 1995 gab sie in der weiblichen Titelrolle von Glinkas Ruslan und Ljudmila ihr Debüt an der San Francisco Opera und gelangte schlagartig zu internationaler Beachtung.

Neben zahlreichen weiteren Auftritten an diesem Theater (u.a. als Zerlina, Ilia, Musetta, Adina, Nannetta, Luisa in Prokofjews Die Verlobung im Kloster und Marfa in Rimsky-Korsakows Die Zarenbraut) gastiert sie seither an den renommierten Opernhäusern der Welt und arbei-

tet dort mit vielen bedeutenden Dirigenten und Regisseuren zusammen. Am Londoner Royal Opera House, Covent Garden war sie als Gilda, Donna Anna und Servilia zu erleben, an der Metropolitan Opera gestaltete sie die Zerlina, Gilda, Adina, Norina und Natascha in Prokofjews Krieg und Frieden, in Los Angeles trat sie als Lucia di Lammermoor und Gounods Juliette auf. Zwei ihrer größten Erfolge feierte sie bei den Salzburger Festspielen: mit ihrem Debüt als Donna Anna unter der Leitung von Nikolaus Harnoncourt im Jahr 2002 (Wiederaufnahme 2003) sowie im vergangenen Sommer als Violetta in der Traviata-Produktion von Willy Decker und Carlo Rizzi, die inzwischen auf CD und DVD veröffentlicht wurde. In dieser Partie war sie auch an der Wiener und der Bayerischen Staatsoper zu hören. Auf dem Konzertpodium ist Anna Netrebko u. a. in Werken von Bach, Händel, Pergolesi und Mahler aufgetreten.

Quelle: Salzburger Festspiele

Trophée Gourmet A La Carte geht an Slowfood-Gründer Carlo Petrini

Am 6. September erhält Carlo Petrini, der Gründer der Slow Food Bewegung und Präsident von Slow Food International, den Trophée Gourmet A La Carte in der Wiener Hofburg. Der Preis wird direkt von den Chefredakteuren des Gourmetmagazins „A La Carte“ einem internationalen Ehrengast zugesprochen. Dieses Jahr entschieden sie, daß die Gastronomie den erweiterten Begriff von Qualität, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit berücksichtigen muß, Prinzipien, für die Carlo Petrini durch Slow Food auf der ganzen Welt wirbt. Unter den früheren Gewinnern befanden sich Paul Bocuse, Angelo Gaja, Eckart Witzmann und Luigi Veronelli.

Das 1988 gegründete Magazin verleiht diesen Preis seit 18 Jahren, um außergewöhnliche, nationale Taten im Bereich Essen, Wein und Bewirtung zu ehren. Das Ereignis gilt als wahrhaftige kulinarische „Oscar“ Preisverleihung: genau wie bei dem internationalen Vorbild nominieren die Chefredakteure drei

Kandidaten für jede der sechs nationalen Kategorien, und eine österreichische Jury wählt den Gewinner aus. Der Umschlag mit den Namen der Gewinner wird abends während der Gala geöffnet.



Foto: Slow Food

Slow Food-Gründer Carlo Petrini

Die Philosophie der Slow Food Bewegung hat sich seit ihrem Entstehen 1986 entwickelt. Anfänglich war es eine Gruppe von Önologen-Begeisterten und heute ist es eine globale Bewegung, die für den Schutz der Biodiversität, der lokalen Essenstraditionen und für ein Konzept des Guten im sinnlichen und im umwelttechnischen Sinne für Lebensmittel arbeitet – für Lebensmittel, die gut, sauber und fair sind. Diese Konzepte leiten die Aktivitäten und Projekte von Slow Food und veranschaulichen sich in „Terra Madre“, dem weltweiten Treffen der Erzeugergemeinschaften. „Terra Madre“ findet vom 26.–30. Oktober gleichzeitig mit dem Salone del Gusto, der internationalen Messe für handwerklich erzeugte Qualitätslebensmittel, in Turin statt. Der Salone del Gusto bietet hochwertige, traditionelle Erzeugnisse und das Meeting den Dialog zwischen isolierten und nicht anerkannten Produktionswirklichkeiten. Beide stellen konkrete und positive Alternativen zu der Normierung dar, die die Biodiversität in Landwirtschaft und bei Lebensmitteln bedroht. ■

<http://www.slowfood.com>

Sigmund Freud

Österreichischer Mediziner und Begründer der Psychoanalyse

Sigmund Freud war ein österreichischer Neurologe und Tiefenpsychologe, der als Begründer der Psychoanalyse und als Religionskritiker Bekanntheit erlangte.

Obwohl seine Theorien heute umstritten sind und die Methode der Psychoanalyse in den meisten Fällen als ineffektiv oder zumindest ineffizient im Vergleich zu anderen Therapiemethoden betrachtet wird, gilt Freud nach wie vor als einflußreicher Denker des letzten Jahrhunderts.

Freud wird am 6. Mai 1856 als Sohn jüdischer Eltern in Freiberg geboren, wohin die Familie im 14./15. Jahrhundert aus Köln infolge von Judenverfolgungen gekommen war. Obwohl Freud später Atheist wurde, hatte er stets die Bedeutung seines Judentums für sich betont.

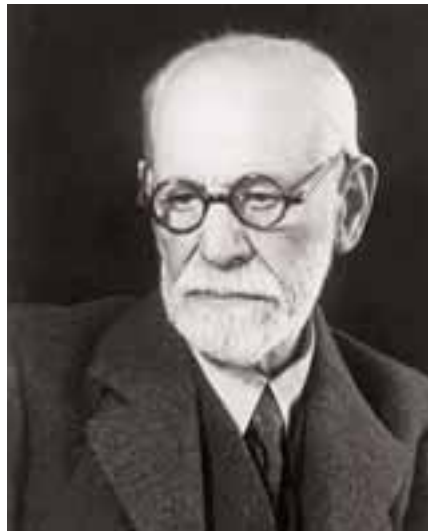
Sein Vater Kallamon Jacob Freud (1815 – 1896), ein verarmter Wollhändler, war bei Sigmunds Geburt schon fast vierzig und zum dritten Mal verheiratet. Freud hatte zwei ältere Halbbrüder aus den früheren Ehen seines Vaters sowie sieben jüngere leibliche Geschwister. 1859 zog die Familie über Leipzig nach Wien. Dort wurde Freud 1865 ins Leopoldstädter Communal-Realgymnasium aufgenommen, wo er 1873 die Matura mit Auszeichnung bestand.

Nach anfänglichen Plänen, Jura zu studieren, immatrikulierte er 1873 an der medizinischen Fakultät der Universität Wien. 1876 befaßte er sich während eines Forschungsstipendiums an der Zoologischen Versuchsstation in Triest unter anderem mit Aalhoden. Im selben Jahr wechselte er in Wien an das Physiologische Institut unter Ernst Wilhelm Brücke. Am 30. März 1881 promovierte er mit dem Thema „Über das Rückenmark niederer Fischarten“ zum Doktor der Medizin.

Wirken als Arzt

1882 trat Freud eine Stelle im Wiener Allgemeinen Krankenhaus unter Theodor Meynert an, wo er bis 1885 blieb. 1884-87 befaßte er sich mit Forschungen zum Kokain. Die Studie „Über Coca“ erscheint nach Selbstexperimenten. Der Versuch, einen morphiumsüchtigen Freund mit Kokain zu heilen, mißlingt.

Während einer Studienreise nach Paris 1885 besucht er u.a. die psychiatrische Kli-



Sigmund Freud. Photographie. 1938.
Copyright:IMAGNO/Sigmund Freud Privatstiftung

nik am Hôpital Salpêtrière, wo Jean-Martin Charcot wirkt, ein als „Napoleon der Hysteriker“ bekannter Professor für Pathologische Anatomie. Des Weiteren lernt der junge Freud den Arzt Josef Breuer kennen. Der Fall „Anna O.“ (Bertha Pappenheim), führt zur gemeinsamen Erfindung der so genannten „Sprechtherapie“, die praktisch eine Vorstufe der Psychoanalyse darstellt. Nach seiner Habilitation erhält er im September eine Dozentur für Neuropathologie an der Universität Wien.

Am 25. April 1886 läßt sich Freud als Arzt nieder und leitet die neurologische Abteilung im Ersten Öffentlichen Kinder-Krankeninstitut von Max Kassowitz bis 1897. Sein im Oktober 1886 gehaltener Vortrag „Über männliche Hysterie“ stößt beim Publikum, der „Gesellschaft der Ärzte“, auf Ablehnung.

1889 besucht Freud in Nancy Hippolyite Bernheim, der Versuche mit der so genannten „posthypnotischen Suggestion“ (Hypnose) betreibt. Aus diesen Versuchen schließt Freud, daß es ein Unbewußtes geben müsse, welches verantwortlich für einen Großteil menschlicher Handlungen ist. In den folgenden Jahren entwickelt er seine Theorie noch weiter (vgl. Verführungstheorie).

1886 heiratet Freud Martha Bernays (1861-1951). Aus der Ehe werden die Kinder Mathilde (1887), Jean Martin (1889-1967),

Oliver (1891-1969), Ernst (1892-1970), Sophie (1893-1920) und Anna (1895-1982) hervorgehen. 1891 zieht Freud innerhalb Wiens in die Berggasse 19 um, wo er die nächsten 47 Jahre verbringen wird.

Die Geburt der Psychoanalyse

In einem Brief an Wilhelm Fliess formuliert Freud 1897 nach selbstanalytischen Betrachtungen erstmals den „Ödipus-Komplex“, also das Phänomen libidinöser Bindungen zur eigenen Mutter bei einem gleichzeitigen Rivalitätsverhältnis zum Vater.

Im November 1899 veröffentlicht Freud sein auf 1900 vordatiertes Werk „Die Traumdeutung“. Traditionell setzt man den Beginn der Psychoanalyse mit dem Publikationsjahr dieses Buches an.

1902 wird er zum außerordentlichen Professor ernannt und gründet die Psycholo-



Sigmund Freud und mit seine Frau Martha Bernays. Um 1890.

Copyright:IMAGNO/Sigmund Freud Privatstiftung

gische Mittwochsgesellschaft, die neben Sandor Ferenczi und anderen auch von Alfred Adler besucht wird. Ihren Namen hat sie von dem Wochentag, an dem regelmäßig neueste Forschungsergebnisse diskutiert werden und die neue Kunst der Deutung geübt wird.

1908 beruft er den „Ersten Internationalen Psychoanalytischen Kongreß“ nach

Kultur

Salzburg ein, es folgen weitere Kongresse 1910 in Nürnberg, 1911 in Weimar, 1913 in München, 1918 in Budapest und 1920 in Den Haag und Berlin. 1910 gründet Freud die „Internationale Psychoanalytische Vereinigung“ (IPV), es folgen 1911 die „Amerikanische Psychoanalytische Vereinigung“ sowie 1919 die „Britische Psychoanalytische Vereinigung“.

1913 erscheint die Schrift „Totem und Tabu“, in der sich Freud mit dem kulturgeschichtlichen Phänomen des Inzestverbots auseinandersetzt.

Freud und Jung

1906 beginnt Freud einen Briefwechsel mit seinem Fachkollegen Carl Gustav Jung. Bei einem Treffen 1907 redet man 13 Stunden lang ohne eine einzige Unterbrechung. Jung wird von Freud als „Kronprinz“ angesehen. 1909 reisen die beiden Psychoanalytiker mit Sandor Ferenczi in die USA. Freuds 1914 veröffentlichte Streitschrift „Zur Geschichte der psychoanalytischen Bewegung“ führt gemeinsam mit vorangegangenen Differenzen zum Bruch mit C. G. Jung, der aus der von Freud gegründeten Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung austritt.

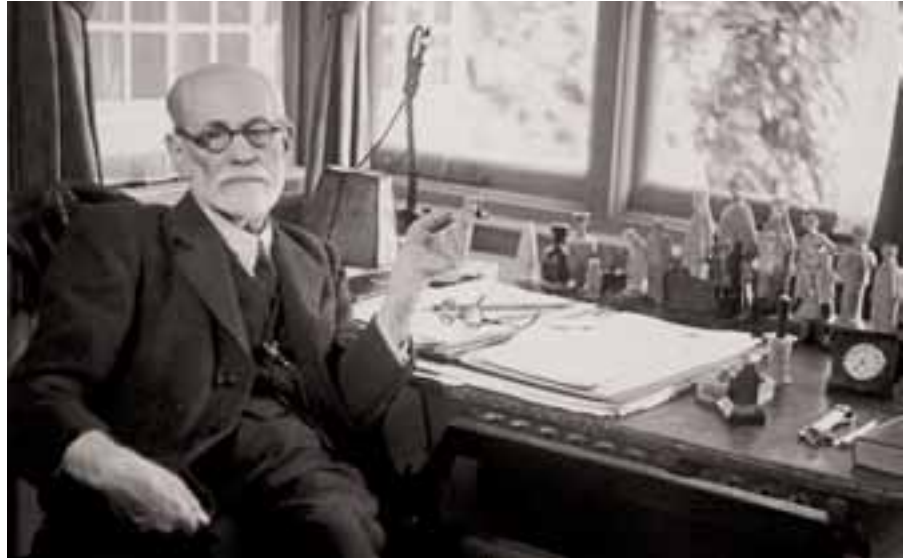
Die wesentlichen Schaffensperioden

In den zwanziger Jahren erscheinen zahlreiche Werke Freuds, die seinen internationalen Ruhm als Psychoanalytiker begründen. Zu nennen sind insbesondere:

- „Jenseits des Lustprinzips“ (1920), in dem es um die biologischen Grundlagen der Psychoanalyse geht und die Begriffe „Wiederholungszwang“ und „Todestrieb“ eingeführt werden;
- „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ aus dem Jahr 1921;
- „Das Ich und das Es“ von 1923;
- „Die Zukunft einer Illusion“ von 1927, das Freuds kulturtheoretisch-religionspsychologische Werke einleitet und
- „Das Unbehagen in der Kultur“ von 1930. 1930 verleiht die Stadt Frankfurt Freud gegen Protest antisemitischer Kreise den Goethe-Preis, 1935 wird er Ehrenmitglied der British Royal Society of Medicine. 1936, zu Freuds 80. Geburtstag, hält Thomas Mann den Festvortrag „Freud und die Zukunft“.

Schicksalsschläge

1920 stirbt Freuds Tochter Sophie in Hamburg an der Grippe. Zwei Jahre später er-



Fotop: IMAGNO/ Sigmund Freud Privatstiftung

Sigmund Freud am Schreibtisch. Photographie. London. 1938.

krankt Freud selbst an Gaumenkrebs, der sich trotz zweier 1923 durchgeführter Operationen mit Entfernung von Teilen des Kiefers und des Gaumens bis zu seinem Tod beständig verschlimmert. 1930 stirbt Freuds Mutter.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten fallen auch Freuds Werke der Bücherverbrennung vom Mai 1933 anheim. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am 12. März 1938 und dem Verhör seiner Tochter Anna durch die Gestapo emigriert Freud am 4. Juni 1938 nach London, wo er ein Haus im Stadtteil Hampstead kauft (20 Maresfield Gardens).

Am 23. September 1939 um 3 Uhr morgens stellt Dr. Schur, Freuds Hausarzt, nach einer Morphiuminjektion von zwei mal zwei Zentigramm Freuds Tod fest.

Das Erbe Freuds

Freuds Arbeit wurde von seiner Tochter, der Volksschullehrerin und Kinderanalytikerin Anna Freud, weitergeführt. Er gilt als Stammvater der modernen Psychoanalyse und hat Einfluß auf nahezu alle Vertreter dieses Fachs ausgeübt.

Ein Sigmund Freud Museum wurde 1971 in Freuds alter Wohnung in der Berggasse 19 in Wien eröffnet. Im Londoner Freud-Museum, welches nach dem Tod von seiner Tochter Anna eröffnet wurde, befindet sich die Mehrzahl von Freuds Büchern, Sammlungsstücken und Möbeln (einschließlich der berühmten Couch). 1964 wurde in Frankfurt ein Sigmund-Freud-Institut errichtet.

Auch wurde in den 1990er Jahren der 1874 errichtete Feldhof in Graz in „Landesnervenklinik Sigmund Freud“ umbenannt;

dabei handelt es sich um eine Einrichtung für Menschen mit psychischen, neurologischen und psychosomatischen Erkrankungen.

Wirkungstätten in Wien

- Pillersdorfergasse 5: Wohnung der Familie
- Glockengasse 30: Wohnung 1869
- Pfeffergasse 5: 1870-1875
- Pazmanitengasse 19: 1875
- Kaiser Josefstraße 3 (heute Heinestraße): 1875-1882
- Rathausstraße 7: Wohnung 1886
- Maria-Theresienstraße 8: Wohnung und Ordination 1886-1891
- Allgemeines Krankenhaus Wien: ab 1. Mai 1883 für fünf Monate als Sekundararzt bei Prof. Th. Meynert beschäftigt
- Pelikangasse 18: 1922 Gründung eines psychoanalytischen Ambulatoriums mit Unterstützung von Guido Holzknicht
- Berggasse 7: Von 1936 bis 1938 Sitz der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung und des Internationalen Psychoanalytischen Verlags.
- Berggasse 19: Wohnung 1891-1938
- Khevenhüllerstraße 6: Sommerwohnung 1931-1932
- Belle Vue Himmelstraße: 1895; In der Nacht vom 23. zum 24. Juli hatte Freud hier einen Traum, den er zum ersten Mal als Wunscherfüllung entschlüsseln konnte und der in seine „Traumdeutung“ als „Traum von Irmas Injektion“ einging.
- Strassergasse 47: Sommerdomizil 1934-1937; Beginn der Arbeit an seinem Buch „Der Mann Moses“
- Hohe Warte 46: Sommerdomizil 1933

http://www.freud-institut.com

Salzburger Gwand und Trachten

Bauernherbst schafft Identität und ist Kristallisationspunkt für die Tradition



Zusammen mit Landeshauptmannstellvertreter Wilfried Haslauer wurde schon für den wegen Schlechtwetter auf nächstes Jahr verschobenen Rekordversuch der längsten Trachtengruppe geprobt.

Alle Fotos: LPB/Franz Neumayr

Mit „Salzburger Gwand und Trachten“ setzt der 11. Bauernherbst, der am 26. August beginnt und genau zwei Monate bis 26. Oktober dauert, einen neuen inhaltlichen Akzent, der von der gesamten Bevölkerung mitgetragen werden soll. Der Bogen ist von traditionellen Trachten über originelles „Trachtiges“ bis zu Kreationen junger Salzburger Modeschöpfer weit gespannt. Die Weltpremiere des offiziellen „Bauernherbst-Tanzls“ wird ein weiterer Höhepunkt sein. Im Zentrum stehen wieder Qualität und die gemeinsame Freude von Einheimischen und Gästen an ihrem Bauernherbst.

„Die große Bedeutung des Bauernherbstes liegt nicht nur in der Belebung der Nebensaison. Der Bauernherbst schafft Identität, die bei jeder einzelnen Veranstaltung im Bundesland spürbar ist. Er ist ein Kristalli-

sationspunkt für die Tradition in Salzburg und für jedermann zu erleben. Jeder kann daran Anteil haben, und die Begeisterung ist in jeder Gemeinde spürbar“, erklärte Salzburgs Tourismus- und Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer in einem Informationsgespräch, bei dem die Schwerpunkte des Bauernherbstes 2006 vorgestellt wurden.

Haslauer betonte auch die Bedeutung des Bauernherbstes für Handwerk und Gewerbe: „Ein Schulterschluß zwischen Wirtschaft und den Bauern ist gelungen. Das freut mich ganz besonders, da beide Gruppen Leistungsträger des Erfolgs in Salzburg sind und beide die Inspiration, die Salzburg für sie bedeutet, erlebbar machen. Es gibt selten etwas, an dem man nur Freude haben kann – der Salzburger Bauernherbst gehört jeden-

falls dazu. Diese Initiative begeistert nicht nur die Salzburger, der Bauernherbst übt auch seit zehn Jahren eine große Attraktion auf die Besucher Salzburgs aus. Und das in einer Zeit, in der früher die Gästebetten durchwegs leer standen“, sagte Haslauer.

Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den vergangenen zehn Jahren die rund drei Millionen Bauernherbst-Besucher für eine Wertschöpfung von mehr als 34 Millionen Euro gesorgt haben. Während in den Nachbarbundesländern die Nächtigungen im September und Oktober seit 1996 gesunken sind, kann sich das Salzburger Land mit dem Bauernherbst über ein Plus von 3,6 Prozent freuen.

„Daß sich der Kreis der Sponsoren mit den Firmen Gössl und Spar so bauernherbstspezifisch erweitert hat, ist ein weiterer



Landesrat und Landwirtschaftsreferent Sepp Eisl, SalzburgerLand-Geschäftsführer Leo Bauernberger, Brigitte und Renate bei der Eröffnung in Filzmoos

Grund zur Freude“, betonte Haslauer im Hinblick auf den wirtschaftlichen Faktor und betonte dabei die Rolle von Gössl als internationaler Salzburger Trachtenbotschafter und von Spar als Wegbereiter von Salzburger Produkten in die Lebensmittelregale dieser Firmenkette.

„Das Schwerpunktthema des diesjährigen Bauernherbstes verspricht besonders bunt und facettenreich zu werden“, ist Leo Bauernberger, Geschäftsführer der SalzburgerLand Tourismus GmbH, überzeugt. „Salzburger Gwand und Trachten werden nicht nur die verschiedenen Bauernherbstfeste bereichern, sondern von der ‚Gwandschau‘ bis zur Ausstellung von kuriosen Gewändern reichen“, ergänzte Bauernberger und wies auf die Modenschauen des Heimatwerkes, Trachtenumzüge und den „Drindlgwandsonntag“ hin, der zur Tradition im Salzburger Land werden soll.

Mit dem Thema „Salzburger Gwand und Trachten“ soll im Bauernherbst vollendet werden, was schon im Almsommer mit dem gleichen Schwerpunktthema begonnen wurde. Die „Busunternehmer-Offensive“ soll überdies durch gezielte Verkaufsförderungsaktionen der SLTG dafür sorgen, daß die Nächstigungen von „Bauernherbst-Busgruppen“ auch weiterhin Zuwachsraten aufweisen.

Volkstanz beleben

Salzburgs Brauchtumsvereine haben sich ein Ziel gesetzt: Volkstanz soll nicht nur von Salzburger Volkstanzgruppen, sondern wieder von allen Salzburgerinnen und Salzburgerinnen getanzt werden. Mit dem „Bauernmadl“ wurde ein Volkstanz gefunden, der von jedermann schon nach etwa zehn Minuten erlernt und getanzt werden kann. Salzburgs Vereine wollen im Bauernherbst die „Leh-

rer“ sein und das ganze Land zum Mittanzen einladen. Die Premieren des offiziellen Bauernherbst-Tanzls werden bei den Eröffnungsveranstaltungen in Bad Hofgastein und Seeham zu sehen sein.

Eröffnung am See und in den Bergen

Die Bauernherbst-Eröffnungen werden Innergebirg am 26. August in Bad Hofgastein und am Sonntag, 27. August, in Seeham den Reigen der 2000 Veranstaltungen einleiten. Bad Hofgastein plant einen riesigen Festumzug und ein ganztägiges Programm, für das der ganze Ort auf den Beinen sein wird. Rund 30 Festwagen werden durch den Ort rollen, wobei natürlich auch „Salzburger Gwand und Trachten“ einen Schwerpunkt bildet. Seeham lädt traditionell an einem motorfreien Familientag zum größten Bauernherbstfest des Landes rund um den Obertrumer See ein, bei dem ein eigenes Heubier vor den Augen der Festgäste gebraut wird.

Bauernherbst-Prämierung und -produkte

Zu einer Bauernherbst-Prämierung von „Salzburger Gwand und Trachten“ lädt Raiffeisen ein. In den Banken und Lagerhäusern können Fotos von eigenen Trachten in den Kategorien „Tradition“, „Originelles“ und „Vereine“ zur Bewertung abgegeben werden. Die Besten werden zu einer Trachtenmodenschau nach Salzburg eingeladen. Die Privatbrauereien Stiegl und Sigl brauen auch in diesem Jahr das Bauernherbstbier, das exklusiv nur bei den Bauernherbst-Wirten ausgeschenkt wird und die Spezialitäten auf der Bauernherbst-Speisekarte abrundet.

Qualität bleibt Schwerpunkt

„Die Qualität des Bauernherbstes ist der Schlüssel für seinen Erfolg“, ist Karl Riegler, Initiator des Bauernherbstes, überzeugt. „Seit Beginn des Bauernherbstes wird er von einer anonymen Qualitätskontrolle begleitet. Besonders erfreulich ist, daß die Ergebnisse dieser Kontrollen schon seit deren Beginn alljährlich im Durchschnitt einen Qualitätszuwachs aufweisen. Kontrolliert werden Bauernherbstveranstaltungen, Ortsdekorationen, die Büros der Tourismusverbände und die Angebote der Bauernherbstwirte“, erklärte Riegler. ■

<http://www.bauernherbst.at/>

Festschloß Hof

Nach vielen Jahrzehnten in Vergessenheit wurde die zweitgrößte Schloßanlage Österreichs nahezu komplett wiederhergestellt



Alle Fotos: Österreich Journal

Das ehemalige Fest- und Jagdschloß des Prinzen Eugen und der Kaiserin Maria Theresia gilt als eines der beeindruckendsten Architekturensembles der Barockzeit. Es umfaßt neben dem eigentlichen Schloßgebäude einen auf sieben Terrassen angelegten Garten und den größten Meierhof Mitteleuropas. Nach seinen prachtvollen Zeiten im 18. und 19. Jahrhundert geriet Schloß Hof weitgehend in Vergessenheit.

In einem beispielhaften und über die letzten drei Jahre reichenden Revitalisierungswerk wurde der Anlage ihre Würde zurückgegeben. Auf Basis umfangreicher Studien konnte Schloß Hof in weiten Bereichen wieder in jenen Zustand zurück versetzt werden, in dem es sich zu Zeiten von Prinz Eugen und Maria Theresia befunden hat. In baulicher Hinsicht beispielsweise durch die Fasadenerneuerung mit reinem Kalkputz; im Hinblick auf die Ausstattung der Appartements durch die Rückführung originaler



Kunstwerke, Möbel und Dekorationsstücke; in gärtnerischer Hinsicht durch historisch korrekte Neugestaltung der Barockbeete unter Verwendung von genau jenen Pflanzenarten, die dem Garten schon zu Zeiten Prinz Eugens eine viel gerühmte Pracht verliehen haben.

Das Kaiserliche Festschloß Hof ist bis 1. November täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Führungen durch die Appartements von Kaiserin Maria Theresia und Prinz Eugen können um 11, 14 und 16 Uhr in Anspruch genommen werden.

Das barocke Schloß

Die Gemächer im 1726 von Lukas von Hildebrandt errichteten Schloßgebäude beherbergen kostbare Möbel und Kunstgegenstände, die zum größten Teil eigens für Schloß Hof geschaffen wurden. Besonderen kulturhistorischen Wert besitzt das aus fünf Zimmern bestehende Appartement Maria



Das »Sitzzimmer« war eine Art privates Wohnzimmer von Kaiserin Maria Theresia, das sie besonders bevorzugte. Unten links der wunderschöne Festsaal, unten rechts ein Blick in die zweigeschoßige, kuppelüberwölbte Kapelle





Foto: Schloß Hof / © Lois Lammerhuber

Therusias – es ist das einzige komplett erhaltene Original-Wohnensemble aus der zweiten Lebenshälfte der Monarchin. Ebenfalls höchst sehenswert sind die anmutige Sala Terrena, der frühklassizistische Festsaal und die zweigeschossige, kuppelüberspannte Kapelle, deren aufwändige Ausgestaltung von Künstlern wie Carlo Carlone, Santino Bussi und Alberto Camesina stammt.

Der barocke Garten

Noch mehr bewunderndes Erstaunen als das Schloß selbst erweckte bei den Zeitgenossen des 18. Jahrhunderts der Garten, den Lukas von Hildebrandt und Dominique Girard für Prinz Eugen entworfen hatten. Reichlich mit Pavillons, Brunnen und Skulpturen ausgestattet, erstreckte sich die barocke Parklandschaft einst über sieben Terrassen bis an das Ufer des Flusses March.

Im Lauf der Jahrhunderte ging das einzigartige Ensemble künstlerisch gestalteter Natur vollkommen verloren. Historische Quellen und die Expertisen der versiertesten Gartenarchäologen erlauben jedoch eine genaue Rekonstruktion seiner ursprünglichen Beschaffenheit. Auf dieser Grundlage sind die drei großen Terrassen um Schloß Hof

wieder in ihre ursprüngliche Pracht zurückversetzt worden.

Der barocke Meierhof

Neues Leben ist auch auf dem Gutshof des Schlosses erwacht. Drechsler, Topfgärtner und Korbflechter sind in das weitläufige Gebäudeensemble wieder eingezogen. In den Stallungen und auf den Weiden tummeln sich wie schon im 18. Jahrhundert abermals allerlei liebenswerte und selten gewordene Tiere wie Pferde altösterreichischer Rassen, Weiße Esel, Kamele oder Walachenschafe. Das Aufgebot an tierischen Bewohnern wird durch die Wisente in der Waldmenagerie, Laufenten und Gänse, Sulmtaler Hühner und Weiße Pfaue ergänzt.

Die barocken Feste

Die barocke Festkultur, die einst das Leben auf Schloß Hof bestimmte, kommt ebenfalls zu neuen Ehren. Das gesamte Areal ist regelmäßig Bühne für erlesene Kulturveranstaltungen, fröhliche Kinderfeste und stimmungsvolle Lustbarkeiten im Zeichen kulinarischer Genüsse.

<http://www.festschlosshof.at>



Foto: Österreich Journal

Flucht nach Wien

Ungarn 1956 – Als Flüchtlinge noch willkommen waren.
Eine Ausstellung im Wien Museum Karlsplatz.



Foto: IMAGNO / Barbara Pflaum

Budapest brennt!: Was am 23. Oktober 1956 mit einer Studentendemonstration begann, entwickelte sich innerhalb weniger Tage zum landesweiten Aufstand. Die Revolution gegen das stalinistische Regime in Ungarn war zugleich die erste Nagelprobe für die Zweite Republik. Mehr als 180.000 Menschen flohen vor den sowjetischen Panzern über die burgenländische Grenze in den Westen – ein einschneidendes Ereignis mitten im Kalten Krieg, das auch für Wien weitreichende Folgen hatte. Die Ausstellung „Flucht nach Wien – Ungarn 1956“ konzentriert sich erstmals auf diesen spezifischen Aspekt.

Die Solidarität mit den „Nachbarn in Not“ war in Österreich zunächst enorm, die junge Republik konnte ihre Großzügigkeit, aber auch ihre Eigenständigkeit und Neutralität im Konflikt beweisen. Doch schon bald wurden kritische Stimmen laut. Ausgehend von den blutigen Ereignissen dokumentiert die Ausstellung zunächst Flucht und Aufnahme in Wien. Wie wurden die Flüchtlinge untergebracht? Wovon lebten sie? Die Schau gibt Antwort auf diese Fragen und beleuch-



Foto: Wien Museum / privat

tet zugleich die innerösterreichischen Folgen des Krisenfalls. Daraus ergeben sich weitere Fragen: Was ist dran an der Legende von der nationalen Hilfsbereitschaft? Und wie wurde aus „Ungarn 1956“ ein Medienereignis?

Auch das „danach“ wird thematisiert: Für die meisten Flüchtlinge war Österreich nur Durchgangsstation, mehr als 80 Prozent entschieden sich für eine Weiterwanderung. An die 15.000 Ungarn blieben schließlich in Wien. Deren Integration und dem Leben der Zweiten Generation ist ein eigener Bereich gewidmet.

Zu sehen ist die kompakte Schau im zweiten Obergeschoß im Rahmen der Dauerausstellung des Wien Museum Karlsplatz, neben Fotos werden Zeitungsmeldungen, Plakate, Flugblätter u. a. gezeigt, ergänzt um prägnante Exponate wie etwa ein Bett aus dem Flüchtlingslager Traiskirchen sowie Ausschnitte aus zeitgenössischen Radio- und Fernsehreportagen.

Ausstellungsdauer: 7. September bis 26. November 2006; Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag und Feiertag, 9 bis 18 Uhr. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Spätgotische Plastik für Maximilianeum

Innsbruck hat lebensgroße Figur von Kaiser Maximilian I. angekauft

Mit der Hilfe von Sponsoren aus der Wirtschaft (BTV, RLB, TISPA/Erste Bank, Hypo, Tiwag, Bank Austria, Wiener Städt. Versicherung) gelang es Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach, eine wertvolle spätgotische Plastik von Kaiser Maximilian I. für das stadteigene Maximilianmuseum „Maximilianeum“ in der Herzog-Friedrich-Straße anzukaufen. Präsentiert wurde die Plastik von Bürgermeisterin Hilde Zach, Kulturamtsleiterin Birgit Neu und dem Direktor des Stadtarchiv/Stadtmuseums Innsbruck, Lukas Morscher am 17. August in Anwesenheit der Repräsentanten der Sponsoren.

Zach beschrieb den Ankauf der Plastik als einen wichtigen Baustein, der es ermöglicht das Gedächtnis der Stadt zu wahren und aufzuarbeiten. Die Kenntnis über die Figur erreichte Zach während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr. Nach dem Einholen von Expertenmeinungen von Lukas Morscher, Walter Frenzel, Monika Frenzel entschied sich Bgm. Zach kurzer Hand die Plastik für das „Maximilianeum“ anzukaufen. Bereits bei der Ersteigerung eines Grotteskhelms vor 10 Jahren zeigte sich ihr Talent Raritäten für die Stadt Innsbruck zu sichern. Die Plastik von Maximilian ist das Einstandsgeschenk für die Erweiterung des Maximilianeums und soll dort nach der Fertigstellung im Jänner 2007 einen prominenten Platz unter einem Glassturz erhalten. „Die Stadt hat nur ab und zu die Möglichkeit etwas Besonderes anzukaufen, im Falle der Plastik von Maximilian I. gelang dies mit der wertvollen finanziellen Unterstützung von Sponsoren. Lukas Morscher dankte Bgm. Zach für ihren Enthusiasmus, mit dem sie sich für den Ankauf der Plastik eingesetzt hatte.“

Zur Plastik

Der Künstler Michael Parth kommt um 1510 nach Bruneck, der Heimat Michael Pachers, dem wichtigsten Meister der Spätgotik. Von ihm sind vor allem im Pustertal mehrere Werke erhalten (Altäre, Figuren, Plastiken), aber auch in Friaul. Als Vorlage dienen im meist Graphiken Albrecht Dürers.



Die Figur ist zwischen 1510 und 1515 entstanden. Sie ist beinahe lebensgroß und wird in der Fachliteratur mit Kaiser Maximilian identifiziert. Der charakteristische Kuhmaulschuh und der Riffelharnisch ergeben eine Zuordnung in den Beginn des 16. Jahrhunderts. Die farbige Fassung ist im Wesentlichen im Original erhalten.

Die Identifizierung mit Kaiser Maximilian I. ergibt sich aus den charakteristischen Gesichtszügen (Nase, „Habsburger-Lippe“).

Plastiken in dieser Qualität kommen nur sehr selten auf den freien Kunstmarkt.

Kaiser Maximilian I. (1459 - 1519)

Seit 1489 Landesfürst von Tirol. Seit 1493 König und seit 1508 Kaiser des Hl. Röm. Reiches. Verstirbt 1519 kurz nach seiner Abreise aus Innsbruck (angeblich haben die Innsbrucker Gastwirte den Troß des Kaisers wegen unbezahlter Rechnungen nicht in die Stadt gelassen) in Wels, bestattet in Wiener Neustadt.

Kaiser Maximilian ist die bedeutendste Persönlichkeit in der Geschichte Tirols. Zahlreiche Bauten gehen auf ihn zurück bzw. hat er maßgeblich beeinflusst: Goldenes Dachl, Hofburg, Zeughaus. Die Hofkirche in Innsbruck, das größte (wenn auch leere) Kaisergrab des Abendlandes ist ein Denkmal von absoluter Weltgeltung.

Daneben führte er aber auch zahlreiche Reformen und Erneuerungen durch: Verwaltung (Innsbruck war für mehrere Jahre die „Hauptstadt“ des Reiches und somit einer der bedeutendsten Orte des Abendlandes), aber auch Bronzezugß (Kanonen), Bergbau etc.

1996 gegründet als Gedenkstätte für Kaiser Maximilian. Seit 2002 in der Verwaltung der Stadt Innsbruck (etwa 25.000 Besucher/Jahr). Neben einem Grotteskhelm und dem berühmten Bild vom Totenbett besteht auch die Möglichkeit eines Blickes in den Erker des Goldenen Dachls. In diese Reihe erlebener Objekte ist die gegenständliche Figur ein weiteres Glanzstück.

2006 werden die Schauräume wesentlich vergrößert und besucherfreundlicher gestaltet. Das Umfeld der Zeit an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit in Innsbruck und Tirol sollen Kinder, Einheimischen und Gästen leicht verständlich vermittelt werden. Der Ausbau wird gegen Ende des heurigen Jahres abgeschlossen sein. ■

<http://www.innsbruck.at/>

Im „Österreich Journal“ ist 2003, mit Unterstützung von Bürgermeisterin Hilde Zach, eine Serie über Innsbruck entstanden. Sie finden die Beiträge in den Ausgaben 15, 16 und 17 auf <http://www.oe-journal.at> unter dem Menüpunkt „Magazin“ / Ausgaben 2003.

Miraculum, ein Hexentanz

Barbara Karlich brillierte als »böse Hexe« im Sommertheater

Alle Fotos: Hexensommer, Bucklige Welt



Am 27. Juli fiel auf der Waldbühne im Niederösterreichischen Bromberg der Vorhang für „Miraculum, ein Hexentanz“. Zahlreiche Theaterfans genossen bei herrlichem Sommerwetter eine zauberhafte Vorstellung in der Buckligen Welt. Offiziell eröffnet wurde der Hexensommer heuer durch Landeshauptmann Erwin Pröll. Er lobte das junge Sommertheater für seine hervorragende Arbeit in den letzten drei Jahren. „Durch die Kultur werden auch der Tourismus und die Wirtschaft in der Region ordentlich angekurbelt“, betonte Pröll.

Anschließend wurde das Publikum dann in die Welt der Hexen und der Magie erföhrt. Mit Elisabeth Daniels Stück „Miraculum, ein Hexentanz“ präsentiert der Hexensommer in diesem Jahr eine Geschichte um Liebe und Leiden, um Ritter und Hexen im Schlattental. „Talk-Lady“ Barbara Karlich (siehe unser Foto) spielte die Rolle der „bösen Hexe“ Ada von Hassbach an der Seite von Michael Reiter (schwarzer Ritter, Konrad von Kranichberg) überzeugend. Gespickt ist das Stück mit humorvollen Szenen, in denen vor allem Publikumsliebbling Willi Wolf (magyarischer Koch, Attila) glänzte. Auch die beiden Nachwuchsschauspieler



Bernhard Piller (Walther von Slaten) und Sandra Hillebrand (Elsa von Hassbach) meisterten ihr Spiel bravourös. Das Ensemble aus Profi- und Laienschauspielern unter der Regie von Roman Kollmer hat den rund 750 Premierengästen ein gelungenes Stück präsentiert. Das detailreiche Bühnenbild und die Spezialeffekte von Manfred Waba machten die Sache perfekt!

Die Veranstalter Willi Oberger und Wolfgang Werner (er ist auch Intendant der Opernfestspiele St. Margarethen und bringt

dort 2007 Giuseppe Verdis „Nabucco“), freuen sich, daß in diesem Sommer wieder über 8500 Besucher nach Bromberg gekommen waren: „Das ist ein schöner Erfolg. Der ‚Hexensommer‘ hat sich in kurzer Zeit als Highlight am Sommertheater-Himmel etabliert.“

Bei der anschließenden Premierenfeier im „Hexenstadl“ tummelten sich zahlreiche prominente Gäste. Neben Landeshauptmann Erwin Pröll gratulierten auch Eva Maria Marold und „Dancing-Star“ Manuel Ortega der „Hexe“ Barbara Karlich zum Erfolg. Auch „Promi-Schneider“ Peppino Teuschler, Baumeister-Familie Lugner und Sportmoderator Robert Seeger feierten mit dem Ensemble. Selbstverständlich war die Region „Bucklige Welt“ stark vertreten: Brombergs Bürgermeister Franz Fahrner begrüßte alle Bürgermeister-Kollegen der Region, darunter auch Nationalrat Johann Rädler. Auch der Obmann der Region Bucklige Welt, Friedrich Trimmel, und Geschäftsführer Franz Piribauer zeigten große Begeisterung für den Theatersommer in ihrer Region.

Auf den nächsten „Hexensommer“ sollte man jedenfalls ein Auge haben! ■

<http://www.hexensommer.at>

Brandauer inszeniert Brecht

Künstler, Köpfe, Charaktere – Die Dreigroschenoper als Höhepunkt des Brecht-Sommers 2006 im Berliner Admiralspalast



Foto: Gregor Anthes

Klaus Maria Brandauer gehört zu den wenigen deutschsprachigen Schauspielern, die weltweite Anerkennung gefunden haben. Bereits Mitte der 60er Jahre war er einer der gefragtesten Schauspieler auf deutschsprachigen Bühnen. Mit Shakespeares Romeo bis Schillers Fiesko, mit Büchners Leonce bis zum Lessingschen Prinzen in der legendären Fritz Kortner Inszenierung spielte er sich in die Herzen der Zuschauer. Seit 1972 ist er Mitglied am Wiener Burgtheater auf Lebenszeit. Dort war er Don Carlos, Ferdinand, Tartuffe, Cyrano de Bergerac und mehr als 100 mal Hamlet. Zurzeit spielt er die Titelrolle in Lessings „Nathan der Weise“. Seine im Jahr 2002 inszenierte Hamlet-Aufführung ist immer noch auf dem Spielplan des Wiener Burgtheaters.

1970 gab er in der Hollywood-Produktion „The Salzburg Connection“ sein Filmdebüt. Im Laufe der Jahre folgten der James-Bond-Streifen „Never Say Never Again“,

„Out Of Africa“, „White Fang“, „Streets Of Gold“, „Rembrandt“ und „Introducing Dorothy“. Mit seinem Freund István Szabó schuf er die Filmtrilogie „Oberst Redl“, „Mephisto“, „Hanussen“. Als Regisseur verfilmte er „Georg Elser – Einer aus Deutschland“ und „Mario und der Zauberer“ von Thomas Mann. Klaus Maria Brandauer ist ordentlicher Professor am Max-Reinhardt-Seminar in Wien, Ehrendoktor der Universität Tel Aviv und Ehrenbürger von Altaussee in der Steiermark und Haynes in Alaska.

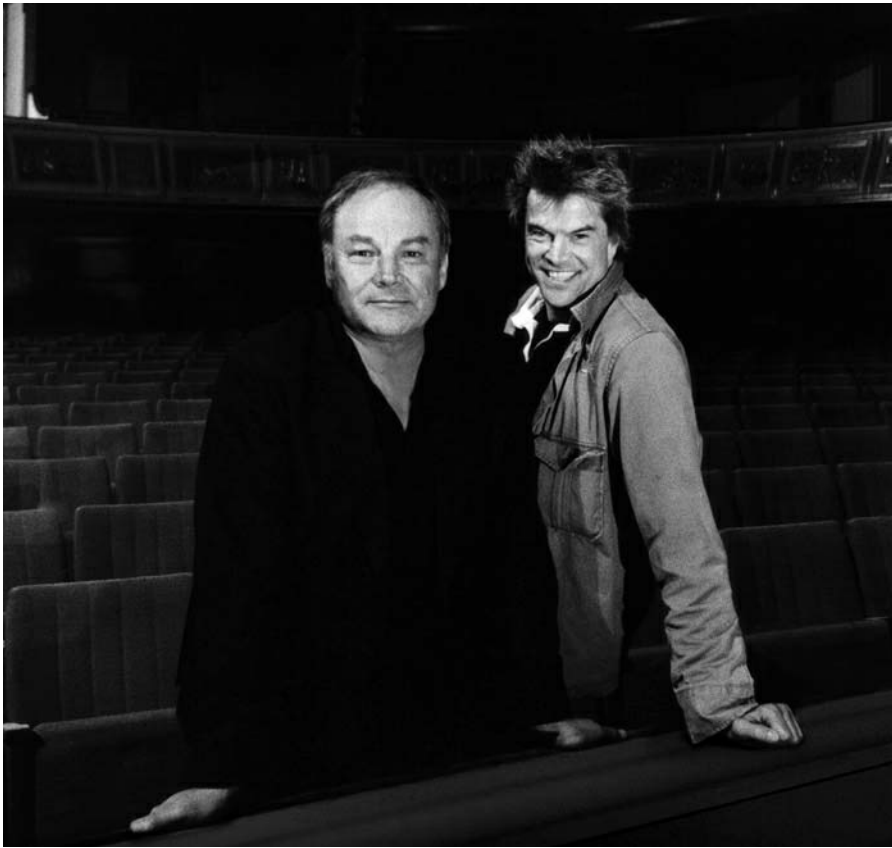
„Die Kunst der Verführung“ heißt ein unlängst über ihn erschienenes Buch. Das Thema der Verführung zieht sich wie ein roter Faden durch das künstlerische Leben von Klaus Maria Brandauer. Und ganz egal, ob auf oder neben der Bühne, vor oder hinter der Kamera, ob er spielt, liest, singt, rezitiert oder inszeniert – in allen Fällen scheint der Charismatiker zu verführen wie kaum ein zweiter Bühnen- oder Filmkünstler unserer

Zeit: Erst erliegen genau die Menschen seiner Begeuerungsfähigkeit, die er braucht, um seine Projekte einzigartig zu machen – dann das Publikum.

Die Dreigroschenoper

Klaus Maria Brandauer macht die Dreigroschenoper – gemeinsam mit einem Ensemble von Künstlern, Köpfen und Charakteren, das nur für die Dauer dieses einmaligen Projektes zusammenkommt: aus Begeuerung für ein Stück, das so voll von aggressivem Witz und so musikalisch ist wie seine Urheber. So schillernd und schimärisch schön wie die Zeit, in der es entstand. Und so elektrisierend wie der Ort, von dem es ausging, um eines der weltweit meistgespielten Theaterstücke zu werden.

Mit Campino, Jenny Deimling, Maria Happel, Gottfried John, Michael Kind, Birgit Minichmayr, Katrin Sass, Walter Schmidin-



Klaus Maria Brandauer und Campino als »Mackie Messer«

Foto: Daniel Biskup

ger und anderen Künstlern bittelt, stiehlt und hurt hier so viel geballte Bühnenpräsenz, daß das Korsett der kanonisierten Klassikeraufführung unweigerlich platzen muß – und sinnenfroh herausfällt, was Die Dreigroschenoper zeitlos macht.

Mit dem Deutschen Filmorchester Babelsberg, das ebenso wie Die Dreigroschenoper in der kulturellen Treibhausatmosphäre der 20er Jahre entstand (als man in Babelsberg mehr Filme produzierte als das ganze restliche Europa zusammen), bringt unter der Leitung von Jan Müller-Wieland das einzige professionelle Filmorchester Deutschlands die Musik von Kurt Weill zum Klingen: ein Orchester, das international so renommiert ist, wie es spielerisch die Grenzen zwischen Populär- und Hochkultur überwindet.

Auf der Friedrichstraße vis-à-vis vom Bahnhof, in fußläufiger Nachbarschaft von Straßenstrich und Synagoge, unweit vom Sitz des Souveräns und der Shops der Reichen und Schönen, hat Klaus Maria Brandauer das Umfeld und die Bühne gefunden, die der Dreigroschenoper angemessen sind. Nicht nur weil der Mythos der pulsierenden Schlagader Berlins auf der „Sauf-, Kauf- und Laufstraße“ anklingsweise noch erahnbar ist, sondern weil diese Gegend Brechts

ureigenstes Territorium war und Die Dreigroschenoper hier ihren gefeierten Auftakt hatte.

Im Admiralspalast schließen sich die Kreise, wenn sich drei Tage vor dem 50. Todestag Bertolt Brechts die Pforten zur Premiere der Dreigroschenoper öffnen. Einzigartig erhaltenes Relikt der Goldenen Zwanziger, wird der legendäre Vergnügungstempel einen kurzen Sommer lang seinen verschwenderischen Glanz mit der Opulenz des Bühnenereignisses um die Wette strahlen lassen. Und wenn das Funkeln auf die Straße dringt und wenn der Funke überspringt – dann wird dieser Sommer ein Fest für Brecht. ■

Die Dreigroschenoper

Ein Stück mit Musik in einem Vorspiel und acht Bildern nach dem Englischen des John Gay. Übersetzt von Elisabeth Hauptmann Deutsche Bearbeitung von Bertolt Brecht Musik von Kurt Weill (Fassung 1928)

Bis 24. September 2006, Dienstag bis Samstag 20:00 Uhr, Sonntag 18:00 Uhr.

Admiralspalast Berlin

*Friedrichstraße 101-102
D-10117 Berlin*

<http://www.die-dreigroschenoper.de>

Mittendrin

Die Dreigroschenoper von Brecht & Weill, Theaterereignis der 20er Jahre und Bühnenklassiker des 20. Jahrhunderts, dieses Stück zum 50. Todesjahr von Bertolt Brecht in der alten und neuen Hauptstadt Berlin aufzuführen, war ein lang gehegter Wunsch. Die Dreigroschenoper steht für das Berlin der „Wilden Zwanziger“. Eine Großstadt zwischen Glanz, Straßenkampf und Wirtschaftskrise, zwischen Aufbruch und Abgrund.

Mittendrin, in Berlin-Mitte, wollte Klaus Maria Brandauer Die Dreigroschenoper inszenieren. Bei allen Lücken, Ablagerungen und Schichten der letzten 80 Jahre liegt hier immer noch etwas von der pusierenden Metropole der „Goldenen Zwanziger“ in der Luft. Ein einmaliger Glücksfall also, daß genau hier in dieser geschichtsträchtigen Gegend eine der legendären Großstadtbühnen just zum Brecht-Sommer 2006 ihre Wiedereröffnung feiert. Dank der Initiative von Joachim Barth, Helgi Björnsson, Marcus Flügge, Jon Tryggvason und Falk Walter erstrahlt der Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße in neuem Glanz.

Für seine Inszenierung hat Klaus Maria Brandauer Künstler gewonnen, die, wie er, niemals zu überreden, sondern allein zu begeistern sind. Es ist eine richtige Freude, zu erleben, mit welcher Leidenschaft alle auf die Aufführung hinarbeiten.

Begeistert hat sich auch die Deutsche Bank. Ihrem umfassenden Engagement ist es zu verdanken, dass das Projekt unter idealen Voraussetzungen verwirklicht werden kann.

Mitbefördert wurde das Projekt von Hans-Jürgen Drescher vom Suhrkamp Theaterverlag, der uns von Anfang an unterstützt hat, und von Carolyn Weber von der Kurt Weill Foundation in New York. Der herzliche und unvergessliche Nachmittag bei der Familie Brecht-Schall in Buckow im letzten Sommer und die persönliche Begeisterung von Barbara Brecht-Schall haben Klaus Maria Brandauer und mich zusätzlich beflügelt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns auf dem Weg durch den Brecht-Sommer 2006 begleiten.

Lukas Leuenberger, Produzent

Linzer Klangwolke

Als Auftakt für das Festival Ars Electronica verwandelt die Visualisierte Linzer Klangwolke am 2. September ab 21.00 Uhr die Donau und den Donaupark wieder zu einer riesigen Bühne.



Alle Fotos: Linzer Klangwolke

Tausende Zuschauer lauschen open air bei freiem Eintritt den Klängen und bestaunen das Feuer- und Lichtspektakel. Heuer heißt es: „Ente gut, alles gut“ frei nach Herman van Veens Märchen „Lachen verboten“.

Hauptdarsteller des Märchens und Star der Klangwolke ist die Ente Alfred Jodocus Kwak, die sich in der lustigen, aber auch hintergründigen Geschichte als UNICEF-Botschafter für Notleidende in Afrika einsetzt. Alfred erfährt durch die Medien, daß es viele Notleidende in der Welt gibt und so macht er sich auf die Reise mit einem Zeitfahrrad, um Geld zu sammeln. Am Ende entdeckt Alfred, dass Geld die Ursache für die Probleme in der Welt ist. Durch die Zusammenarbeit und Weisheit aller Länder gelingt es ihm vielleicht, die Welt zu retten...

„Der Regenbogen beginnt in deinen Augen. Die Sonne geht immer auf – egal ob du glücklich oder traurig bist. Der schönste Schmerz von allen ist der Schmerz vom Lachen!“

Herman van Veen arbeitete bereits 1977 als Student für das Kinderhilfswerk UNICEF. Die Kinderhilfsorganisation hat ihn dazu eingeladen, ein Stück für Symphonieorchester und Kinder zu schreiben. Die Ente Alfred verdankt seinen Namen Alfred Biölek. Herman van Veen fühlte sich auf einer gemeinsamen Reise von ihm inspiriert und meinte: „Alfred Biölek ging so komisch über Deck von Schiff, daß ich sagte, die Ente heißt Alfred“. Edith Leerkes hatte die Idee, die kleine Ente als UNICEF-Botschafter einzusetzen: „So eine Vorstellung gibt mehr

Hoffnung, als mit dem Finger zu zeigen – denn dann hört niemand zu.“

Das Thema der Klangwolke ist dem 60-jährigen Jubiläum des Kinderhilfswerk UNICEF gewidmet. Die UNICEF-Dokumentation „Abgemacht ist abgemacht“ veranschaulicht die Nicht-Einhaltung der Rechte für Kinder. Die Situation der Straßenkinder in Indien, über 600.000 Waisenkinder in Malawi, die Steigerung von HIV-Neuinfektionen, Kinderarbeit, -soldaten und -prostitution bezeugen die Nicht-Einhaltung der Vereinbarung für das Recht auf Gesundheit, Schulerziehung und Sicherheit.

Die Mächte an Land, zur See und in der Luft werden mitarbeiten: der Sternenhimmel, der Sonnenkönig, Indianer, Chinesen, Orchester, Tänzer des Harlekijn Dansthea-

Musik

ters, Stelzenläufer und Musikanten, Schauspieler und Puppen und schließlich Herman van Veen. Die Visualisierte Linzer Klangwolke ist der letzte gemeinsame Auftritt nach 40 Jahren von Herman van Veen und der Ente Alfred Jodocus Kwak – und die Krönung seiner Geschichte. End(t)e gut, alles gut...

Kinderklangwolke 2006

Am Samstag, dem 9. September 2006, 17.00 Uhr, heißt es „Vorwärts marsch!“ für ein heiteres Raum- und Klangerlebnis für Kinder im Donaupark Linz. Zu Beginn der Kinderklangwolke marschiert die Magistratsmusik aus dem Brucknerhaus durch die Publikumsmenge und schafft Platz für das „Theater Irrwisch“. Es gibt keine Bühne – einziger Ankerpunkt ist ein Bauwagen. Eine Musiknummer mit Trommeln, eine Seilnummer mit Freiwilligen aus dem Publikum, eine Slapstickszene und die Musiknummer „Ringelspiel“ stellen die Kinder in den Mittelpunkt des Raum- und Klangerlebnisses. Ruhige, elegische Musik, ein Gstanzl-Lied von Irrwisch und die Schlussmusik der Magistratsmusik sind musikalische Elemente. „Marsch – eine Klangwolke“ vermittelt neben dem Klangerlebnis auch das Erlebnis des Raumes an sich und wirft Fragen über die Beschaffenheit des Raumes auf: Was ist

weit? Was ist nah? Was ist hoch? Was ist tief? Keine Bühne, keine Ton- oder Lichtanlage schränken ein. Der Park als Bühne und gleichsam als Zuschauerraum.

Sie sind Freunde und Gegner, furchtbar cool und total lächerlich, traumwandlerisch und leichtfüßig. Sie blähen ihre Egos auf und brauchen jede Menge Zuspruch: drei richtige Männer auf der Bühne, die das Mannsein ernsthaft und liebevoll persiflieren. „Seil-springende, singende, trommelnde, tanzende Männer erobern sich Herzen. Mit rostigen Requisiten und artistischer Vielseitigkeit erzeugen sie eine Mischung aus Witz, Ekel, zarter Berührung und Freude (Theater Irrwisch). Große Gesten und kleine Gemeinheiten. „Wild Thing“ klingt auf der Ukelele so scharf wie auf der Stromgitarre. Sie spielen auf Rhythmen und Rasseln, mit Zirkus-akrobatik und zarter Pantomime. 50 Minuten lang reihen sich groteske, aber wahrhafte Ideen aneinander, immer in Begleitung einer 40-köpfigen Musikkapelle. Die Möglichkeiten des Theaters werden mit großer Spielfreude und subtilem Spaß ausgeschöpft – in einer Collage aus belustigenden, überraschenden Szenen und berührenden Stimmungen. Die Theatergruppe Irrwisch mit Rudolf Hebing, Stefan Grassl und Stefan Novak tour seit 1992 mit bunten Programmen durch die „Sommer dieser Welt“, immer mit sponta-

nem Spiel, Irrwitz, Poesie und faszinierend artistischem Können.

Die Musik von Peter Androsch setzt auf die Tradition der Blasmusik: „Sowohl der Marsch als auch Potpourris und Charakterstücke sind fixe Bestandteile der österreichischen Seele. Jeder kennt die Formeln und Wendungen der Blasmusik in seinem tiefsten Inneren. Ihre De-Montage und Re-Montage eröffnen einen neuen Kosmos nach dem Baukastenprinzip. Zum Lachen! Die Musik erfüllt die Aufgabe klassischer Theatermusik: Overture, Stimmungsmusiken, Zwischenmusiken zur Akttrennung, Schlussmusik bzw. Epilog.“

Klassische Linzer Klangwolke 2006

Am Sonntag, dem 10. September 2006, wird Serge Baudo um 20.00 Uhr im Donaupark Linz das „Bruckner Orchester Linz“ dirigieren, auf dem Programm steht Igor Strawinskys „Petruschka“ – Burleske Szenen in vier Bildern (1. Fassung) und „Le Sacre du Printemps“ – Bilder aus dem heidnischen Rußland. Inszenierung und Visualisierung von „Le Sacre du Printemps“ wird von Klaus Obermaier und dem Ars Electronica Futurelab umgesetzt. ■

<http://www.klangwolke.at>



Wean hean

Das Wienerliedfestival von 26. September bis 7. Oktober 2006

Dieses Jahr wird der von 26. September bis 15. Oktober dauernde, bunte Konzertreigen im Wiener Künstlerhaus eröffnet. Das traditionsreiche Ausstellungsgebäude wird einen Abend lang Versammlungsort der unterschiedlichsten Schar von Klassikern und Grenzgängern der Wienermusik: Karl Hodina & Roland J. L. Neuwirth, das Trio Alt Wien, Stimmgewitter Augustin, Helmut Bohatsch & Paul Skrepek & Martin Zrost und die Damenkapelle Wiener Hofburg werden der Wienermusik ein besonderes Stelldichein geben.

Auch „wean hean“ hält für den 250. Geburtstag Mozarts ein besonderes Geschenk bereit: Die Zauberflöte als ein buntes, völkerverbindendes Musikspektakel. Mit Stefan Fleischhacker und seinem L.E.O., Letztes Erfreuliches Operntheater, sind Verwicklungen und gute Unterhaltung vorprogrammiert.

Im Mittelpunkt der Begegnung des Ensemble XX. Jahrhundert mit Franz Koglmann, Oskar Aichinger und Otto Lechner steht jene Wienermusik, die schon seit 1850 die multikulturelle Zusammensetzung der Wiener Gesellschaft widerspiegelt. Tief in der Schatzkiste der Wienermusik gewählt, können wir uns auf eine Neu-Begegnung mit der alten Traditionen freuen!

Wolfgang Ambros singt Hans Moser und setzt damit einer Ikone ein kleines, feines Denkmal. Klassiker wie „Der Alte Sünder“, „Hallo Dienstmann“ oder „Die Reblaus“, die wir aus den Hans Moser Filmen kennen, werden kongenial vom Ambassade Orchester Wien unter der Leitung von Christian Kolonovits begleitet.

Der Nachwuchsabend bringt dieses Jahr Favoriten nach Favoriten. Zum ersten Mal bespielt „wean hean“ das Waldmüller Zentrum im 10. Gemeindebezirk. Das Kabarett Andreas Sauerbauer, die Grundlinge, das Tiroler Harfen G'spann und die Salzbäuerinnen werden von „Standard“-Stadtlebenredakteur Thomas Rottenberg präsentiert.

Nach Alegre Corrêa, Karl Hodina, Thomas Gansch, Max Nagl, Oskar Aichinger und Hannes Löschel reflektiert in der Reihe Wean Jazz dieses Jahr Christian Mühlbacher seinen ganz persönlichen Zugang zur Wienermusik. Mit seinem Ensemble wird der für seine stilistische Bandbreite bekannte Komponist und Schlagzeuger vom Moritäten-

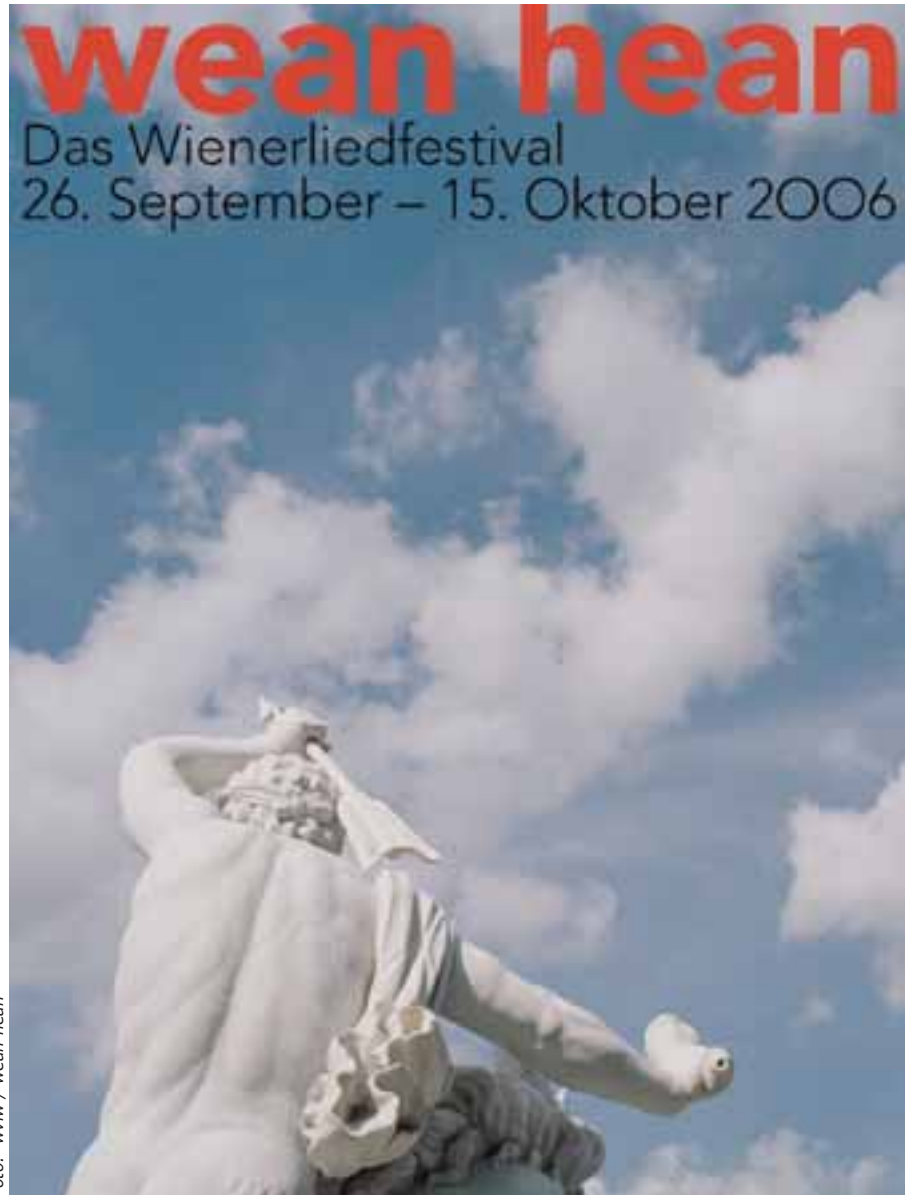


Foto: wwlw / wean hean

Block über den Original Wiener Mühlbacher Nörgelblues bis hin zur Gmoawirt-Paraphrase einiges zu Gehör bringen.

Wer ist Ivica Strauss? Diese Frage stellen sich Georg Breinschmid, Aleksey Igudesman, Sebastian Gürtler und Julia Wesely, wenn sie, inspiriert von der exzentrischen Musik des unbekanntes Sprosses der berühmten Strauss-Dynastie, bislang ungehörte Werke zur Uraufführung bringen. Konzertwalzer, Ouvertüren und Polkas erklingen eingedenk dieses großen Künstlers.

Die Neapolitanische Kultband Nuova Compagnia di Canto Popolare und das Wiener attensam quartett treffen im Wiener Kon-

zertaus aufeinander. Man hört dem begnadeten Erzähler Michael Köhlmeier gerne zu, für „wean hean“ wird er gemeinsam mit den Gegenstimmen die Themen Armut, Reichtum und Arbeit verpackt in Europäischen Märchen thematisieren.

Sperrstund is in der in sinnlichen Samt gehüllten Roten Bar. Was die einfach „Nicht-Heimgehen-Wollenden“ zu später Stunde zu hören wünschen, sind die Top Ten der „Ausschmeisser“. Das Kollegium Kalksburg setzt mit einer fulminanten Late Night Show moderiert von Michael Ostrowski den Schlußpunkt von wean hean 2006. ■

<http://www.weanhean.at/>

Festival Musica Sacra 2006

Kirchenmusik-Festival im Dom St. Pölten, in der Stiftskirche Lilienfeld und der Stiftskirche Herzogenburg

Das „Festival Musica Sacra - Internationale Kirchenmusiktage Niederösterreich“ steht seit Jahrzehnten für Sakralmusik höchster Güte. Mittlerweile zählt es zu den renommiertesten Kirchenmusik-Festivals Österreichs überhaupt, nicht zuletzt Verdienst des Prandauerpreisträgers und künstlerischen Leiters, Domkapellmeister Otto Kargl, der alljährlich ein Programm mit internationalen Top-Ensembles, Solisten und regionalen Musikgrößen auf die Beine stellt. Das Besondere an Kargls Programmierung ist zudem der äußerst erfolgreiche Weg, „Klassiker“ und „Alltime-Hits“ der Kirchenmusik mit neueren Strömungen zu verknüpfen.

Nicht zuletzt besticht das Festival durch seine attraktiven Veranstaltungsorte, welche ausschließlich Sakralräume darstellen: Dom St. Pölten, Stiftskirche Lilienfeld, Stiftskirche Herzogenburg.

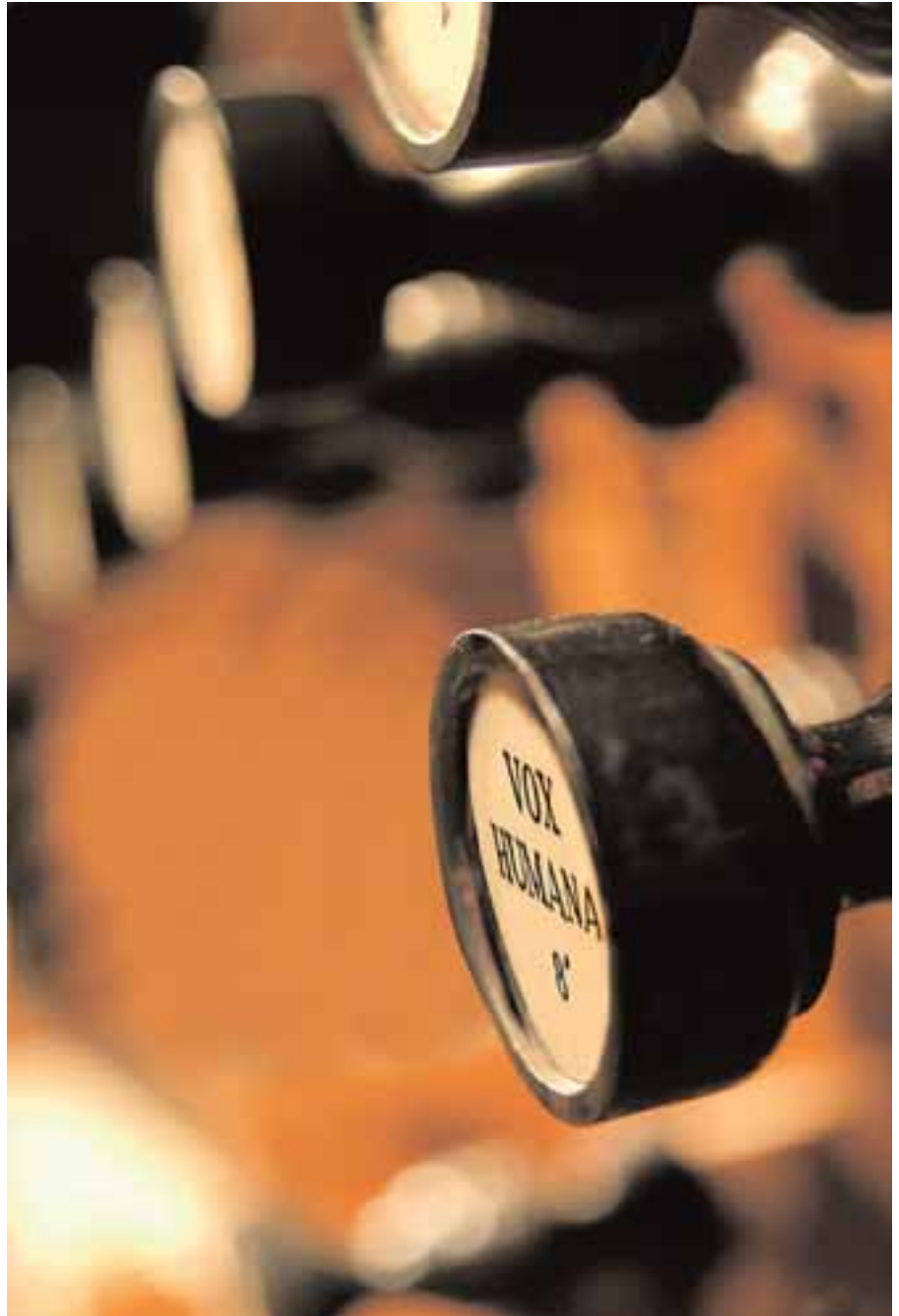
Es beginnt am 9. September in der Stiftskirche Herzogenburg mit einem Konzertabend, der ganz unter dem Motto „Requiem“ steht. Ebendieses wird vom erfolgreichen Schubert-Zeitgenossen Benedict Randhartinger zum Besten gegeben, ebenso darf man sich auf Mozarts Grabmusik freuen. Es musiziert die *Musica capricciosa* unter der Leitung von Kurt Dlouhy.

Als Beitrag zum Mozart-Jahr, und zwar als zeitgenössischer Ansatz, versteht sich das Konzert „Mozart deconstructed“ am 23. September im Dom St. Pölten. Karlheinz Essl, electronics und Franz Danksagmüller, Orgel lösen Mozart auf um ihn wieder – auf neue Weise – zusammenzufügen! Spannend!

Internationale Stars sind am 30. September im Dom St. Pölten zu Gast. Unter dem Motto „Ave Maris stella“ entführen das Pariser Ensemble „La Fenice“ und die spanische Sopranistin Nuria Rial in die italienische Musik um 1600 und lassen u. a. italienische Komponistengenies wie Claudio Monteverdi und Girolamo Frescobaldi.

„Genie meets soliden Komponistenhandwerker“, unter diesem Aspekt kann man das Konzert am 8. Oktober im Dom St. Pölten betrachten. So wird die *Missa in C* des Mozart-Zeitgenossen Carl Ditters von Dittersdorf der *Vesperae solennes de Dominica* von Wolfgang Amadeus Mozart gegenübergestellt.

Den Abschluß des Konzertreigens bildet



das Konzert am 22. Oktober im Stift Herzogenburg, das – wie es bereits im Titel steht – „Musik am Salzburger Hof“ zu Gehör bringt. Das Trompetenconsort Innsbruck unter Andreas Lackner bringt Werke von Johann Heinrich Schmelzer, Heinrich Biber sowie Georg Muffat zu Gehör.

Neben den Konzerten finden im Rahmen des Festivals auch wieder drei hochkarätige

Gottesdienste statt, im Zuge derer die *Missa brevis* von Wolfgang Amadeus Mozart (17. September, Stiftskirche Lilienfeld), die *Missa dolorum* von Michael Haydn (24. September, Dom St. Pölten) sowie – auch vom ORF aufgezeichnet – die *Missa in C* (*Spazmesse*) von Mozart (1. Oktober, Stiftskirche Herzogenburg). ■

<http://www.festival-musica-sacra.at>

Das klingende Mozart-Mobil

Das »Klingende Mozart-Mobil« – ein bunter Doppeldecker-Bus – tourt durch ganz Wien und bringt Musikinstrumente zum Anfassen und Ausprobieren in Schulen, Kindertagesstätten und andere Jugendeinrichtungen.



Foto: »Wiener Mozartjahr 2006«

Intendant Peter Marboe an der Trommel, rechts von ihm »Klingendes Mozart-Mobil«-Gründer Prof. Gerd Albrecht

Von 1. August bis 30. November 2006 besucht das „Klingende Mozart-Mobil“ zahlreiche öffentliche Einrichtungen im Kinder- und Jugendbereich und fährt auch in Bezirke und durch Stadtteile, wo Musikszene nicht selbstverständlich ist. Überall in Wien können so spontane Konzerte stattfinden.

An den Wochenenden werden soziale und kulturelle öffentliche Institutionen bespielt. Die PädagogInnen, die das „Klingende Mozart-Mobil“ begleiten, sind gleichzeitig SchauspielerInnen, die den Kindern anhand der Geschichte und der Person Mozarts die Instrumente näher bringen, erklären und sie spielen lassen. Das Leben Mozarts bildet so den Rahmen für die Instrumenten-Workshops. Das „Klingende Mozart-Mobil“ will zum eigenen Musikerleben anregen und Freude am Musizieren vermitteln.

Ab September steht es dann auch für Schulen bereit, wo Kinder und Jugendliche den Umgang mit den Instrumenten erproben können. Unter der professionellen Anleitung

von Musikpädagogen, die das „Klingende Mozart-Mobil“ begleiten, dürfen die Schüler alle Musikinstrumente ausprobieren und selber spielen. Insgesamt haben sich in Wien bereits über 60 Schulklassen für das Projekt angemeldet. Das Programm umfaßt pro Schulklasse 1,5 Stunden. Bei einem Schuleinsatz werden zwei Schulklassen hintereinander betreut (abhängig von Alter und Größe der Gruppe). Pro Besuch werden so bis zu 60 Kinder an die Instrumente herangeführt.

„Nachhaltig soll es sein, das ‚Wiener Mozartjahr 2006‘ und weiterwirken weit über 2006 hinaus. Was ist da nahe liegender, als jungen Menschen neben der Freude an Musik auch jene am eigenen Musizieren zu vermitteln – weil die Lebendigkeit einer Welt-Musikstadt wie Wien immer auch daran gemessen werden wird. Mit dem ‚Klingenden Mozart-Mobil‘ wird das für viele Kinder in ganz Wien auf einfache Weise möglich sein“, so Peter Marboe, Intendant von „Wiener Mozartjahr 2006“.

Die Einsätze des „Klingenden Mozart-Mobils“ vor Ort sind inhaltlich auf die jeweilige Altersgruppe abgestimmt. Kindern im Schulalter stellt das Team die vier Instrumentengruppen individuell vor. Pädagogisch geschultes Personal erklärt auf spielerische Weise die wesentlichen Unterschiede zwischen Saiten-, Blechblas-, Holzblas- und Schlaginstrumenten. Im Anschluß daran haben die Kinder die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Das Programm für Kindertagesstätten umfaßt Sing- und Klangspiele mit Percussion. Die Programme sind inhaltlich mit der Geschichte und Person Mozarts spielerisch verbunden.

Professor Gerd Albrecht, Dirigent, Gründer der Hamburger Jugendmusikstiftung und der Klingenden Museen in Hamburg und Berlin, leitet dieses Projekt erfolgreich in Deutschland. Marboe und Albrecht haben die Idee für das „Wiener Mozartjahr 2006“ aufgegriffen, adaptiert und erweitert. ■

<http://www.wienmozart2006.at>

Egerländer Musikanten in der New Yorker Carnegie Hall



Foto: Koch Universal

Ernst Mosch sagte einst über die Mitglieder seiner „Egerländer“: „Ohne diese Musiker hätten wir den Jahrzehnte überdauernden Erfolg sicher nicht geschafft. Und deshalb bin ich stolz auf sie – und unendlich dankbar. Jeder von ihnen beherrscht sein Instrument meisterlich. Und – was vielleicht noch wichtiger ist – sie sind alle gute Freunde, verbunden durch die Liebe zu unserer Musik. Nur in dieser Harmonie kann man über die vielen Jahre solche Popularität und Beliebtheit erreichen und erhalten.“

Im Jahr 2006 hätte Ernst Mosch mit seinen „Egerländer Musikanten“ 50-jähriges Jubiläum feiern können. Leider war ihm dies nicht vergönnt, „ein anderer setzt den Schlußpunkt“, wie er selbst immer sagte. In seinem Sinne übernahmen seine Musiker die Aufgabe, nach dem Tod ihres Chefs die Fackel weiterzutragen und die Tradition fortzusetzen.

Ernst Hutter hat 2003, nach vier Jahren der gemeinsamen Verantwortung mit Toni Scholl, die Nachfolge des 1999 verstorbenen, legendären Orchestergründers Ernst Mosch angetreten. Er kam 1985 als Entdeckung von Ernst Mosch zu den „Egerländern“ und

spielte bis zum Tode von Ernst Mosch Tenorhorn, auch als Solist ist er auf einigen Produktionen zu hören. Mit Ernst Hutter können sich die „Egerländer Musikanten“ sicher sein, einen würdigen Nachfolger für Ernst Mosch gefunden zu haben, der die innere Verbindung zum Verstorbenen stets aufrecht erhalten wird. Sein ganzer Einsatz gehört den „Egerländern“ – das spürt man einfach.

Ernst Mosch gründete seine „Original Egerländer Musikanten“ 1956 zusammen mit 13 Freunden. In den Folgejahren formte er die „Egerländer“ zu einem Orchester, das seine Ideen und Vorstellungen von ausgefeilter, virtuoso vorgetragener Blasmusik verwirklichte und setzte Maßstäbe. So entstand der unverwechselbare, swingende Sound, der auch nach 50 Jahren des Bestehens noch das Markenzeichen der „Egerländer Musikanten“ geblieben ist.

Damit ist auch die Frage beantwortet, warum Millionen Menschen gerade die Musik von „Ernst Hutter & Die Egerländer Musikanten“ besonders schätzen. Seit Jahren sind die zahlreichen Konzerttourneen quer

durch Europa ausverkauft und erfreuen sich immer noch wachsender Beliebtheit.

Carnegie Hall

40 Jahre nach dem legendären Konzert von „Ernst Mosch und seinen Original Egerländer Musikanten“ in der weltberühmten Carnegie Hall in New York wurden seine Nachfolger wieder für ein Konzert dorthin engagiert. Sie werden dort im Rahmen ihrer 50-Jahr-Tournee am 18. September ein Sonderkonzert geben und freuen sich ganz besonders, den 15-fachen Grammy-Gewinner „Jimmy Sturr & His Orchestra“ begrüßen zu dürfen.

Chef Ernst Hutter ist begeistert: „Dieses Konzert wird für uns Musiker großartig, wir fiebern bereits jetzt darauf hin und freuen uns riesig. Ich bin mir sicher, daß uns viele Freunde begleiten werden, die sich dieses Egerländer-Highlight nicht entgehen lassen.“

Für Tickets kontaktieren Sie bitte die Carnegie Hall 212-247-7800 oder online unter <http://www.carnegiehall.org> Ticketpreis ab US \$ 25,- pro Person. ■

<http://www.die-egerlaender-musikanten.de>

Den Wein am Ursprung erleben

Weinherbst: Niederösterreichs Kellergassen laden ein

Die Kellergassen in Niederösterreich sind weltweit einzigartige Plätze. Drei besondere Gelegenheiten, diese Orte der Weinseligkeit kennenzulernen, sind Kellergassenfeste, Kellergassenführungen und das Weinviertler Kellergassenkulinarium.

Von Kellertür zu Kellertür schlendern, hier einen edlen Tropfen kosten, dort ein regionales Schmankerl probieren, mit den Winzern plaudern, in die kühlen Tiefen eines Weinkellers hinabsteigen: Ein Kellergassenfest in Niederösterreich zählt zu den stimmigsten Erlebnissen, die man als Weinfreund haben kann. Ab sofort beginnen diese „Feste im Untergrund“ und dauern tief bis in den „Weinherbst“. „Die Kellergassenfeste bieten nicht nur Weingenuß an authentischen Plätzen, sondern tragen auch Sorge dafür, daß diese einmaligen Stätten der Weinkultur lebendig bleiben,“ freut sich Tourismuslandesrat LH-Stv. Ernest Gabmann. Landestourismusmanager Klaus Merkl macht auf die Einzigartigkeit dieser Einrichtungen aufmerksam: „Die Kellergassen sind ein fast ausschließlich in Niederösterreich zu findendes Kulturgut. Mit ihnen haben wir eine Fülle von genuß- und durch die Führungen auch erlebnisreichen Destinationen, um die uns andere Weinreviere beneiden.“ Unter <http://www.weinstrassen.at> finden Wein- und Festliebhaber den kompletten Kellergassenfest-Kalender.

Dem Löß sei Dank!

Warum gerade Niederösterreich eine so ausgeprägte Kellergassenkultur besitzt, hat einen handfesten geologischen Grund: In die in Niederösterreich verbreiteten Lößböden, die aus feinem, stark komprimierten Sand bestehen, konnten Weinkeller vergleichsweise einfach gegraben werden. So entstanden über Jahrhunderte hinweg ganze Straßenzüge an Terrassenlagen, in Hohlwegen oder an den Dorfrändern, in denen der Wein ge- preßt und gelagert wurde.

Führer in die Unterwelt

Besonders häufig sind Kellergassen im Weinviertel anzutreffen, am besten lassen sich diese Stätten der Weinkultur bei einer Kellergassenführung kennen lernen. Über



Fotos: Niederösterreich Werbung / Barbara Krobath

100 Gassen haben ihre persönlichen Führer, die den Besucher in die geheimnisvollen Kellerröhren tief unter der Erde lotsen und Amüsantes und Wissenswertes über Preßhäuser, Weinkultur und Weinbau im Weinviertel zu berichten haben. Weinproben und „Was zum Beißen“ werden bei dieser Gelegenheit natürlich auch serviert. Von Alberndorf bis Zwingendorf – Sie erfahren alles unter <http://www.kellergassenerlebnis.at>

Fahren in die Unterwelt

Wer die Kellergassen im Weinviertel sportlich erkunden möchte, folgt am besten den Weinviertler Themenradwegen, die nach Rebsorten benannt sind. Viele von ihnen führen direkt durch oder zu romantischen Kellergassen. Abenteuerlustige Kellergassen-Erforscher können sich an den Oldtimerclub Poysdorf wenden, der Ausfahrten mit alten Traktoren, Kellergassenführung und Kost- acherl organisiert.

<http://www.oldtimerclub-poysdorf.at>

Keller-Genuss

In einer der schönsten Kellergassen Niederösterreichs kann am 8. September nicht nur die idyllische Atmosphäre, sondern auch ein ausgezeichnetes kulinarisches Angebot genossen werden. Beim Weinviertler Kellergassenkulinarium wird in der Kellergasse von Nappersdorf ein sechsgängiges Menü kredenzt. Jeder Gang wird in einem anderen Keller serviert und von einem anderen Weinstraßen-Wirt zubereitet – die Geschwindigkeit entscheidet also jeder Gast beim Wandeln zwischen den Kellern und Preßhäusern für sich selbst. Zu den Menüs werden die besten Weine der Region – ausgewählt aus den Sortensiegern der Retzer Weinwoche, Salonweinen und Salonsiegern – gereicht. Unterkunft und ein Weintaxi werden gerne organisiert. Anmeldung und Information: Weinstraße Weinviertel, Telefon ++43 / (0)2942 / 22 02-31. ■

Allgemeine Informationen über Niederösterreich erhalten Sie unter der Adresse <http://www.niederoesterreich.at>

Mit »Rabbits« und »Pros« auf dem Green

Wer mit Golfen ein Naturerlebnis verbindet und neben der üblichen Golfer-Infrastruktur noch Panorama genießen möchte, ist in Vorarlberg richtig.



Foto: Peter Mathis / Archiv Vorarlberg

Golfplatz Bregenzerwald: Der international renommierte Architekt Kurt Rossknecht hat hier in den Gemeindegebieten von Riefensberg und Sulzberg den ersten 18-Loch-Platz in Vorarlberg behutsam in die Natur eingebettet.

Die Landschaft mit dem Bodensee im Norden und den bis zu den imposanten Dreitausendern ansteigenden Bergen gegen Süden bildet eine abwechslungsreiche Kulisse.

Die fünf Golfplätze in Vorarlberg sind so kontrastreich wie das Land und werden den verschiedensten Anforderungen gerecht. In der sanften Hügellandschaft ist der GC Bregenzerwald in Riefensberg-Sulzberg (18-Loch) der nördlichste Platz in Vorarlberg. Zahlreiche erhöhte Abschläge, kleine Seen und viele Brücken machen die Anlage zu einem kleinen Park. Hochalpin präsentieren sich im Süden die Plätze von Brand und des GC Hochmontafon Silvretta.

1,5 Millionen Euro hat der Golfclub Brand investiert, um die bestehende Anlage, die zur

Sommerzeit mit frischen Temperaturen punktet, auf 18-Loch auszubauen. „Ein absoluter Genuß für Golf-Sommerfrischler – ein Spiel am Berg mit flachen Fairways, geschickt in die wunderbare Natur eingewoben,“ erklärt der Golfclub-Präsident Helmut Schwärzler begeistert. Mit der Erweiterung wurden 5 Holes der bestehenden Anlage verbessert und die Driving Range neu gestaltet. Der Golfclub bietet die komplette Infrastruktur einer modernen Golfanlage: Golfschule mit Platzreife sowie Wochenkursen, Driving Range mit 14 überdachten Abschlägen, eine Pitching Area und Putting Green. Das Clubhaus und der erste Abschlag befinden sich mitten im Ortszentrum. Ein gesundes Preis-/Leistungsverhältnis rundet das Angebot des Golfclub Brand ab.

Am 9. September kommen Prominente wie Marc Girardelli, Kristian Ghedina oder Hera Lind in Brand zusammen und spielen zugunsten der Franz Klammer Foundation. „Der Erlös geht an den verunfallten Mountainbiker Wolfgang Illek,“ freut sich der Skistar Franz Klammer.

Im Hochmontafon golfen Anfänger und gute Spieler auf 1.100 m Seehöhe mit Blick auf das Silvretta-Massiv. Ein riesiges Feld mitten am Fairway zeugt von den imposanten Nachbarn.

Der GC Braz-Bludenz (18-Loch) und der GC Schruns-Tschagguns (9-Loch) sind zwar selbst im Tal, jedoch von prachtvollen Bergpanoramen umgeben. Beim GC Montafon in Tschagguns findet der Golfer einen weitgehend ebenflächigen Platz mit schönen,

ÖJ-Reisetip



Foto: Golfclub Brand

Die Golflandschaft in Vorarlberg wird um eine Attraktion reicher. 1,5 Millionen Euro hat der Golfclub Brand investiert, um die bestehende Anlage, die zur Sommerzeit mit frischen Temperaturen punktet, auf 18-Loch auszubauen.

natürlichen Fairways. Am Fuße der Lechtaler Alpen, mit dem Auto gut erreichbar, befindet sich der Golfplatz in Bludenz-Braz, der bereits 2005 auf einen 18-Loch-Platz erweitert wurde. Die Anlage ist sensibel in die Klostertaler Kulturlandschaft eingefügt, durch ihre Hanglage aber anspruchsvoll. Das Drumherum ist alpin: Weiden, Bäche, grasende Kühe, Alp- und Heuhütten, Wald und mächtige Felsen säumen die Ranges. Eine

Besonderheit ist die dreistöckige Driving Range auf einer großen, in den Hang gebauten Greenkeeping- und Infrastrukturalle, mit elf Abschlagplätzen, davon sechs unter Dach. Golf-Partnerhotels bieten gemeinsam mit Profis der fünf Golfschulen für Einsteiger und Könnern attraktive Urlaubsangebote. ■

GC Riefensberg-Sulzberg, 18 Holes,
<http://www.golf-bregenzwald.com>

GC Bludenz-Braz, 18 Holes,
<http://www.gc-bludenz-braz.at>

GC Brand 18 Holes
<http://www.gcbrand.at>

GC Montafon, 9 Holes

<http://www.golfclub-montafon.at>

GC Hochmontafon-Silvretta, 9 Holes,

<http://www.gchm.at>

Allgemeine Informationen

<http://www.vorarlberg-tourism.at>



Foto: Golfclub Bludenz-Braz

Stellen Sie sich vor ... die Sonne blinzelt zwischen den Bergspitzen auf topgepflegte »greens«, der Trolley hinterläßt eine Spur im sanften Morgentau, die Lungen füllen sich mit frischer Gebirgsluft ... d a s ist Golf in Bludenz-Braz.

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; ISSN 1605-1130 Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt, um Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten!